



## 41. Sitzung

Mittwoch, 26. September 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b>		Roland Heintze CDU	3080
		Dora Heyenn DIE LINKE	3083
<b>Ansprache</b> zur Pfefferspray-Attacke bei der Enthüllung des Mahnmals zum Gedenken an ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge	3071	Fraktion der FDP:	
		<b>Chaos, Krawall und Konfrontation – der neue Kurs des SPD-Senats für die Metropolregion</b>	
		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
<b>Abwicklung, Änderung und Ergänzung</b> der Tagesordnung	3071	Fraktion DIE LINKE:	
		<b>Gesunde Ernährung in Hamburgs Bildungseinrichtungen sichern – Aufgabe des Staats, nicht privater Sponsoren!</b>	
		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
<b>Aktuelle Stunde</b>	3071	Fraktion der SPD:	
Fraktion der GRÜNEN:		<b>Hamburgs Erfolg im Bundesrat: Wichtige Weichenstellung für die Gleichstellungspolitik in Deutschland</b>	
<b>Arme ärmer, Reiche reicher – umfairteilen und soziale Spaltung bekämpfen!</b>		(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)	
Katharina Fegebank GRÜNE	3071	Fraktion der CDU:	
Wolfgang Rose SPD	3073, 3079, 3085	<b>Der Kita-Schwindel der SPD – Wachsen dem Senat seine</b>	
Katharina Wolff CDU	3074		
Robert Bläsing FDP	3075, 3082		
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3076, 3085, 3086		
Detlef Scheele, Senator	3077		
Nikolaus Haufler CDU	3078		
Anja Hajduk GRÜNE	3078, 3081, 3084		

<b>Wahlversprechen über den Kopf?</b>		<b>Masterplan "Mitte Altona" (Senatsantrag)</b>	
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		– Drs 20/5271 (Neufassung) –	3097
		Dirk Kienscherf SPD	3097
		Hans-Detlef Rook CDU	3099
		Olaf Duge GRÜNE	3100
		Dr. Kurt Duwe FDP	3101
		Heike Sudmann DIE LINKE	3101
		Jutta Blankau, Senatorin	3104
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			
<b>Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung</b>			
– Drs 20/5256 –	3087	Beschlüsse	3105
Ergebnis	3094		
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN:	
<b>Keine Sonderrechte mehr für Occupy Hamburg</b>		<b>GEMA-Tarifstreit: Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen</b>	
– Drs 20/5272 –	3087	– Drs 20/5257 –	3106
Kai Voet van Vormizeele CDU	3087, 3089	Hansjörg Schmidt SPD	3106
Jan-Hinrich Fock SPD	3088	Andreas C. Wankum CDU	3107
Antje Möller GRÜNE	3090, 3093	Farid Müller GRÜNE	3108
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	3090	Katja Suding FDP	3109
Cansu Özdemir DIE LINKE	3091	Norbert Hackbusch DIE LINKE	3109
Dietrich Wersich CDU	3092		
Beschluss	3094	Beschlüsse	3110
Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Drucksache 20/4525:		Senatsantrag:	
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes und des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (Senatsantrag)</b>		<b>Einbürgerungsinitiative und Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Duldungsantragstellern sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. März 2012 (Drucksache 20/3662)</b>	
– Drs 20/5229 –	3094	– Drs 20/5111 –	3110
Barbara Duden SPD	3094	Dr. Martin Schäfer SPD	3110
Kai Voet van Vormizeele CDU	3095	Kai Voet van Vormizeele CDU	3111
Farid Müller GRÜNE	3095	Antje Möller GRÜNE	3112
Dr. Kurt Duwe FDP	3096	Martina Kaesbach FDP	3113
Tim Golke DIE LINKE	3096	Mehmet Yildiz DIE LINKE	3115, 3119
Beschlüsse	3097	Michael Neumann, Senator	3117
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 20/4193:		Beschlüsse	3120
		Antrag der CDU-Fraktion:	

<b>Transparenz bei Schulbau Hamburg</b>		Beschlüsse	3138
– Drs 20/5255 –	3120		
dazu		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		<b>HSH Nordbank – Wer trägt das neue Geschäftsmodell?</b>	
<b>Transparenz bei Schulbau Hamburg</b>		– Drs 20/5269 (Neufassung) –	3138
– Drs 20/5364 –	3120	Norbert Hackbusch DIE LINKE	3138, 3144
Robert Heinemann CDU	3120, 3123, 3129	Andrea Rugbarth SPD	3140
Jan Quast SPD	3122	Roland Heintze CDU	3142
Anja Hajduk GRÜNE	3123	Anja Hajduk GRÜNE	3143
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	3124	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	3143
Dora Heyenn DIE LINKE	3125		
Ties Rabe, Senator	3126	Beschlüsse	3145
Beschlüsse	3130	Bericht des Eingabenausschusses:	
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		<b>Eingaben</b>	
<b>Off-Kultur ermöglichen – Soul-Kitchen-Halle retten!</b>		– Drs 20/5093 –	3145
– Drs 20/5268 –	3130	Bericht des Eingabenausschusses:	
Christa Goetsch GRÜNE	3130	<b>Eingaben</b>	
Gabi Dobusch SPD	3131	– Drs 20/5175 –	3145
Andreas C. Wankum CDU	3132	Bericht des Eingabenausschusses:	
Katja Suding FDP	3132	<b>Eingaben</b>	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3133	– Drs 20/5176 –	3145
Beschluss	3134	Beschlüsse	3145
Antrag der FDP-Fraktion:		<b>Sammelübersicht</b>	3145
<b>Einführung einer nachhaltigen Risikovorsorge für steigende Kreditmarktzinsen</b>		Beschlüsse	3145
– Drs 20/5250 –	3134	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:	
dazu		<b>Situation Zentraler Notaufnahmen und Intensivmedizinischer Stationen in Hamburger Krankenhäusern und Kontrollen des Amtes für Arbeitsschutz</b>	
Antrag der CDU-Fraktion:		– Drs 20/4949 –	3145
<b>Kreditzinsen – nicht benötigte Ausgabeansätze verfallen lassen, Neuverschuldung absenken</b>		Beschluss	3145
– Drs 20/5365 –	3134	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Robert Bläsing FDP	3134		
Jan Quast SPD	3135		
Roland Heintze CDU	3136		
Anja Hajduk GRÜNE	3137		
Dora Heyenn DIE LINKE	3138		

<p><b>Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. Februar 2012</b>  <b>"Bericht des Verkehrsausschusses zu den Drucksachen 20/1804: AKN wird S-Bahn, 20/1937: Elektrifizierung der AKN-Strecke sowie 20/1938: AKN wird S-Bahn – Drucksache 20/3246 –"</b>          – Drs 20/5231 –</p>	<p>Antrag der FDP-Fraktion:  <b>Ausweitung Positivnetz Lang-Lkw</b>          – Drs 20/5251 –</p> <p>Beschlüsse</p>	<p>3146</p> <p>3147</p> <p>3147</p>
<p>Beschluss</p>		<p>3146</p>
<p>Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/3181:</p>		
<p><b>Gesetz zu den Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts sowie zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (Senatsantrag)</b>          – Drs 20/5218 –</p>		<p>3146</p>
<p>Beschlüsse</p>		<p>3146</p>
<p>Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/4848:</p>		
<p><b>Errichtung eines Innovation-Campus for Green Technologies in Hamburg-Harburg; Zustimmung zur Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts an Flächen im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg – Haushaltsplan 2011/2012 – (Senatsantrag)</b>          – Drs 20/5359 –</p>		<p>3146</p>
<p>Beschlüsse</p>		<p>3146</p>
<p>Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 20/4847:</p>		
<p><b>Änderung des Gesetzes über die Hochschule der Polizei Hamburg (Senatsantrag)</b>          – Drs 20/5230 –</p>		<p>3146</p>
<p>Beschlüsse</p>		<p>3147</p>

**Beginn: 15.00 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Freitag wurde in Bergedorf ein Mahnmal zum Gedenken an ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge enthüllt. Daran steht geschrieben: Unrecht niemals vergessen. Der Einweihung wohnten besondere Gäste bei: ehemalige Zwangsarbeiter, die im Rahmen unseres Besuchsprogramms in die Stadt zurückgekehrt waren, in der sie vor mehr als 67 Jahren viel Leid erfahren mussten. Zwei von ihnen wollten dort als Zeitzeugen sprechen und damit ein wichtiges Signal der Versöhnung senden. Doch so weit kam es nicht, denn kaum hatten die Gäste Platz genommen, wurden sie Opfer eines feigen Attentäters, der sie mit Pfefferspray angriff und verletzte. Eine Augenzeugin berichtet, sie habe in das Gesicht des Mannes, der in Sekundenschnelle festgenommen wurde, geschaut. Er lächelte triumphierend und irgendwie irre.

Auch wir Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft sind entsetzt über diese Tat. Sie beschämt uns, und unser Mitgefühl gilt den polnischen Gästen, die erneut zu Opfern wurden. Wir müssen trotz unserer Wut über das Geschehene erkennen, dass es vor solch schändlichen Einzeltätern keinen Schutz gibt. Umso deutlicher bekräftigen wir aber, dass wir nicht nachlassen in unserem Bemühen für eine friedliche Welt ohne Rassismus und Intoleranz und gegen das Vergessen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Allein in Hamburg wurden zwischen 1939 und 1945 rund 500 000 Menschen zur Zwangsarbeit eingesetzt, auch in Bergedorf. Vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion und Polen wurden die Männer, Frauen und Kinder nach Hamburg verschleppt, auch 100 000 Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zählen dazu. Nur wenige von denen, die damals überlebt haben, leben heute noch. Vor zwölf Jahren ersuchte die Bürgerschaft den Senat, ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ins Leben zu rufen. Mehr als 350 Gäste aus Polen, Russland, Tschechien konnten so ein anderes, freiheitliches Hamburg kennenlernen. Sie haben als unsere Gäste die Orte ihres damaligen Leidens noch einmal aufgesucht. Durch ihre Besuche in Hamburger Schulen tragen sie dazu bei, dass weiterhin an die Opfer der NS-Diktatur erinnert wird. Für diesen Einsatz ganz im Dienste der Menschlichkeit gebührt ihnen unser aufrichtiger Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Wir können die damaligen Verbrechen nicht ungeschehen machen, aber mit unseren Worten und Taten möchten wir unser

tiefes Bedauern zum Ausdruck bringen und zugleich den Blick in die Zukunft richten, denn in den vergangenen Jahren wurde zwischen Polen und Deutschland eine Brücke der Verständigung aufgebaut, aus der heute eine tief empfundene Freundschaft gewachsen ist. Wir werden auch weiterhin ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter offen und gastfreundlich empfangen und das Unrecht niemals vergessen, so wie es uns die Worte an der Bergedorfer Stele mahnen.  
– Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Sodann kommen wir zur heutigen Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, diese um einen weiteren Punkt zu ergänzen. Die Drucksache haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurde als TOP 21a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, TOP 5, das ist die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/4884, zu vertagen.

Wir kommen zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der GRÜNEN Fraktion

Arme ärmer, Reiche reicher – umfairteilen und soziale Spaltung bekämpfen!

von der FDP-Fraktion

Chaos, Krawall und Konfrontation – der neue Kurs des SPD-Senats für die Metropolregion

von der Fraktion DIE LINKE

Gesunde Ernährung in Hamburgs Bildungseinrichtungen sichern – Aufgabe des Staats, nicht privater Sponsoren!

von der SPD-Fraktion

Hamburgs Erfolg im Bundesrat: Wichtige Weichenstellung für die Gleichstellungspolitik in Deutschland

und von der CDU-Fraktion

Der Kita-Schwindel der SPD – Wachsen dem Senat seine Wahlversprechen über den Kopf?

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf. Frau Fegebank, Sie haben das Wort.

**Katharina Fegebank GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Reichen werden

**(Katharina Fegebank)**

immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Was in neoliberalen Kreisen gerne als reiner Populismus abgetan wird, ist pure Realität. Arm und Reich entfernen sich immer weiter voneinander, und die Zahlen des jetzt gerade veröffentlichten Armutsberichts der Bundesregierung sind alarmierend. Ich will nur zwei nennen, Sie haben sie sicherlich auch in den letzten Tagen in den Medien lesen können: 10 Prozent der Bevölkerung vereinen 53 Prozent des Nettovermögens, wohingegen die Hälfte der Deutschen nur knapp über 1 Prozent des Vermögens auf sich vereint. Das sind die Zahlen für die Republik, und die stimmen mich und uns GRÜNE nachdenklich. Ich hoffe, dass sie das gesamte Haus nachdenklich stimmen, auch den Teil des Hauses, der sich in jüngster Vergangenheit immer eher mit Überbietungsdebatten um Steuersenkungen hervorgetan hat und sich nicht wirklich Gedanken gemacht hat, wie diese offensichtliche und große Einkommensverteilung ein Stück weit aufgegriffen und behoben werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

Dabei sollte Gerechtigkeit die Zielsetzung sein, und für die GRÜNE Fraktion kann ich sagen, dass Gerechtigkeit im Zentrum unseres politischen Auftrags steht. Dazu gehört natürlich auch, dass man mit Blick auf die Zahlen guckt, wie es gelingen kann, eine gerechte Verteilung von Vermögen hinzubekommen. Wenn ich jetzt den Schlenker weg von den Bundeszahlen mache und auf Hamburg blicke, dann haben wir da zum einen eine andere Studie, die uns sicherlich alle sehr erfreut hat in den letzten Wochen, die Glücksstudie der Post, die besagt, dass hier die glücklichsten Menschen der Republik leben. Wir sind eine prosperierende Stadt und eine Hafenmetropole, in der die Menschen gerne leben, aber – und auch das belegen die Zahlen für Hamburg – Hamburg ist nicht die Insel der Glückseligkeit für alle. An dieser Stelle nutzt auch Hamburg die Chancen und die gute Ausgangslage nicht, die es hätte. Auch hier erleben wir ein ganz starkes Auseinanderdriften der Gesellschaft, Arm und Reich teilen sich auf. Ich will hierzu nur einige wenige Zahlen nennen, die uns in Hamburg mit Blick auf das, was im Bund möglich ist, aber auch mit Blick darauf, was wir hier selbst tun können, nachdenklich stimmen sollten.

Jedes vierte Kind lebt in Armut, 12 000 Haushalte sind mindestens einmal die Woche auf Essen der Tafel angewiesen, und in 16 Stadtteilen beziehen bereits 18 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Transferleistungen. Das ist etwas, was uns nachdenklich stimmen sollte. Die Einkommensverteilung ist stark gespreizt und auch hierzu noch eine Zahl, bei der ich erst einmal schlucken musste: Die 20 reichsten Hamburgerinnen und Hamburger besitzen rund 40 Milliarden Euro und 18 Prozent sind von Armut bedroht. Das ist die Realität in einer Stadt, die laut Glücksstudie die zufriedensten

Menschen hat und in der der Wohlfühlfaktor enorm ist. Das kann ich bestätigen, ich lebe gerne hier, aber es gibt Probleme und diese müssen wir anpacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir jetzt viel über die Spaltungen gesprochen haben, die sich in Geld ausdrücken, muss man auch feststellen, dass arm sein – ich denke, da sind wir uns weitgehend einig – mehr ist als kein Geld zu haben. Armut bedeutet in der Regel auch schlechtere Teilhabe, schlechtere Zugangschancen zu öffentlichen Gütern, schlechtere Bildung und Ausbildung, schlechtere Gesundheit und natürlich schlechtere gesellschaftliche Teilhabe in allen Bereichen. Vielerorts wird sogar schon von der "Generation abgehängt" gesprochen. Abgehängt sein, Segregation, Spaltung, unterschiedliche Stadtteile mit unterschiedlichen Chancen, das alles gefährdet den sozialen Frieden in der Stadt. Das alles lässt Potenziale zurück und das kann sich die Stadt nicht erlauben. Da müssen wir alle gemeinsam an einem Strang ziehen, denn diese Stadt braucht jeden. Ich bediene noch einmal einen Spruch aus der letzten Legislaturperiode, der aber hier vielleicht auch ein großes Maß an Wahrheit beinhaltet: Diese Stadt braucht alle Talente.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Blick auf Hamburg, bevor ich dann zu den gemeinsamen Anstrengungen komme, die wir im Bund vollziehen müssen, und das wird ein kräftiges Stück Arbeit werden. Ein Rezept gegen Armut kann Arbeit sein. Ich sage bewusst kann, denn gerade in den letzten Tagen haben wir noch einmal eindrücklich an bestimmten Beispielen erfahren müssen, dass es eine Reihe von Menschen gibt, die trotz Vollzeitbeschäftigung von ihrer Arbeit nicht auskömmlich leben können. Das ist ein Skandal, den wir gemeinsam anpacken müssen, und da hat auch die Stadt als Arbeitgeberin die Verpflichtung, als Vorbild voranzugehen. Wir brauchen ein Landesmindestlohngesetz, und wir müssen auf die Hamburger Unternehmen einwirken, dass hier zu fairen Bedingungen und fairen Löhnen beschäftigt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jetzt noch einmal zum Bund.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Sie sehen das rote Licht, einen Schlusssatz bitte.

**Katharina Fegebank** GRÜNE (fortfahrend): Dann versuche ich es noch einmal in der zweiten Runde. Umverteilung hat mit Neid nichts zu tun, sondern mit Gerechtigkeit, und deshalb wollen wir auch am Samstag beim Bündnis "UmFAIRteilen" Flagge

**(Katharina Fegebank)**

zeigen und unsere Solidarität bekunden, und ich rufe auch dieses Haus dazu auf, sich daran zu beteiligen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Rose.

**Wolfgang Rose SPD:**\* Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Dieser schlichte Satz aus der Verfassung stimmt heute mit der Wirklichkeit der prekären Lebenslagen von Millionen Menschen in unserem Land nicht mehr überein. Jedes vierte bis fünfte Kind lebt von Hartz IV, zu viele Jugendliche landen nach der Schule nicht in einer Ausbildung, der Niedriglohnsektor weitet sich dramatisch aus, prekäre Beschäftigung wie befristete Arbeitsverträge, Minijobs, Leiharbeit, Werkverträge und fehlende Mitbestimmung nehmen zu. Der Sockel von Langzeitarbeitslosen wird trotz geringerer Arbeitslosigkeit nicht weniger. Nur 40 Prozent der Arbeitnehmer erreichen das Rentenalter, davon nur die Hälfte in einem sozialversicherten Arbeitsverhältnis. Es gibt bereits steigende Altersarmut, und sie droht sich erheblich auszuweiten, wenn dies nicht durch eine wirksame Rentenreform verhindert wird.

All diese Entwicklungen der letzten 10 bis 20 Jahre bedrohen die soziale Lage vieler Menschen, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und letztlich auch die Demokratie. Zugleich ist allein das private Geldvermögen in Hamburg jährlich um 6 Prozent auf aktuell über 220 Milliarden Euro gewachsen, und zwar vorwiegend im oberen Zehntel. Diese Ungleichverteilung, liebe Kolleginnen und Kollegen, können und wollen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten jedenfalls nicht so hinnehmen. Wir wollen das ändern. In Hamburg sind wir dabei, und im Bund werden wir uns bis spätestens nächsten September auch an diese Frage heranmachen.

(Beifall bei der SPD)

Umverteilung muss zuallererst in der Arbeitswelt beginnen, denn es sind die Arbeit und ihr Lohn, über die sich der Einzelne, unser Gemeinwesen und unser Sozialstaat konstituieren und finanzieren. In den letzten zehn Jahren ist die Lohnquote von 72 auf 66 Prozent gesunken. Das "Hamburger Abendblatt" hat dankenswerterweise mit seinem Dossier diverse Beispiele zusammengetragen, in denen der Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren in Unordnung geraten oder teilweise auch in Unordnung gebracht worden ist. Wir als SPD-Fraktion gehen die Probleme systematisch an und werden Schritt für Schritt die Unordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder in Ordnung bringen.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU:* Wo denn?)

Ich nenne dafür fünf Beispiele: Mit dem Korruptionsregister, von der CDU abgeschafft, von uns wieder eingeführt, gehen wir gegen illegale Beschäftigung vor, mit einem Mindestlohngesetz und einem verbesserten Vergabegesetz gegen Hungerlöhne unter 8,50 Euro und gegen Tarifdumping, mit dem Instrument Allgemeinverbindlichkeit gegen die schmutzige Konkurrenz von tarifungebundenen Niedriglöhnern, mit Richtlinien gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für Equal Pay, zuerst bei der Stadt selbst und demnächst bei öffentlichen Unternehmen, und mit einer Novellierung des Personalvertretungsrechts gegen den Abbau der Mitbestimmung durch die CDU im Jahr 2005. Aber wir reden nicht nur, sondern wir stellen uns dieser Herausforderung, und wir bringen den Arbeitsmarkt in unserer Stadt in Ordnung, auch unter den Bedingungen der Schuldenbremse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite große Problematik liegt in der Frage der verteilungspolitischen Fehlentwicklung, der Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Wir merken in Hamburg an allen Ecken, dass die öffentlichen Aufgaben strukturell unterfinanziert sind und es schon lange an der Zeit ist, dass der private Reichtum auch zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen wird. Das ist keine Neiddebatte, sondern ein wichtiger Schritt zum Abbau der sozialen Spaltung.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin von der Leyen hat zum Erschrecken von Minister Rösler in ihren Entwurf zum Armuts- und Reichtumsbericht hineingeschrieben, die Bundesregierung wolle prüfen, ob und wie privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

**Wolfgang Rose SPD** (fortfahrend): Nein, ich würde das gerne zu Ende ausführen.

Frau von der Leyen, wir können Ihnen da helfen. Die Wiederinkraftsetzung der Vermögensteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, die Finanztransaktionssteuer gegen Spekulationen und die Anhebung des Spitzensteuersatzes können dazu beitragen, Daseinsvorsorge und Infrastruktur besser zu finanzieren und gleichzeitig die Binnennachfrage zu stärken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

**(Wolfgang Rose)**

Für uns bleibt es dabei: Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die FDP will bei den CDs nicht den Steuerbetrug bekämpfen, sondern seine Aufklärung. Die CDU mit ihrem Oppositions-populismus will einerseits die Schuldenbremse bereits 2013 umsetzen,

(Glocke)

lehnt die Vermögensteuer ab und reiht sich andererseits mit ihren Forderungen bei den Ausgaben in weitere Ausgabensteigerungen ein.

(*Dietrich Wersich CDU: Wo sind die eigentlich? – Glocke*)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Rose, es klingelt schon eine geraume Zeit und es blinkt auch. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Wolfgang Rose** SPD (fortfahrend): Dann melde ich mich gleich noch einmal, dann können wir den Rest noch machen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Frau Wolff.

**Katharina Wolff** CDU:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Rose, liebe Frau Fegebank, Sie beide haben sich als meine Vorredner in Ihren fast alarmistischen Beiträgen immer wieder auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bezogen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Ist doch Ihre Bundesregierung, oder?*)

Man könnte aber den Eindruck bekommen, dass Sie diesen Bericht oder zumindest den Entwurf des Berichts nicht wirklich gelesen haben,

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Es gibt gar keine Armut, oder? – Gegenruf von Norbert Hackbusch DIE LINKE: Nee!*)

denn sonst wüssten Sie, dass auf Seite 3 der 535 Seiten schon die zentralen Sätze stehen – ich zitiere –:

"Alles in allem belegen die Daten eine positive Entwicklung der Lebenslagen in Deutschland: [...] Die Arbeitslosigkeit insgesamt ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung [...], die Arbeitslosenquote Jugendlicher hat sich halbiert und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen konnte deutlich reduziert werden."

(Beifall bei der CDU und der FDP)

"Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist dies eine beachtlich positive Entwicklung."

Das ist das Ende des Zitats, auch wenn es in diesem Falle von mir kommen könnte.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sind noch nicht Frau von der Leyen! – Gegenruf von Gabi Dobusch SPD: Sie sieht sich schon als Bundesministerin!*)

Bevor Sie sich also das nächste Mal hier hinstellen und ernsthafte Probleme leichtfertig dramatisieren, würde ich Ihnen dringend raten, sich mit Ihren Quellen besser zu beschäftigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Eine Sache wird aus dem Armutsbericht ziemlich deutlich, nämlich dass wir lieber weiter daran arbeiten sollten, Menschen in Arbeit zu bringen, denn das einzig wirksame Mittel gegen Armut ist, Menschen in Arbeit zu bringen, von der sie leben können. Und da, Frau Fegebank, bin ich bei Ihnen, Sie haben es auch angesprochen: Arbeit, von der man leben kann. Wir als Politik müssen dann aber auch alle unsere Hausaufgaben machen. Es darf keiner in die Tarifautonomie eingreifen wollen, der nicht gleichzeitig vor seiner eigenen Haustür kehrt und als öffentliche Hand unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gerechtes Auskommen sichert. Lieber Herr Scholz, dieser Appell geht an Sie oder in diesem Fall auch an Herrn Rose, der das vorhin auch gesagt hat: Der Schrei nach einem Mindestlohn wirkt ziemlich vermessen, wenn man sich in der Berichterstattung der letzten Tage anschaut, wie es in der Stadt Hamburg gehandhabt wird. Mehr als 35 000 Menschen müssen, obwohl sie für eines der 350 Unternehmen der Stadt arbeiten, zum Sozialamt, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht und sie aufstocken müssen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wer hat diese Strukturen hinterlassen? Wer hat in den letzten Jahren regiert? – Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Ihre Politik!*)

Wie lässt sich diese Personalpolitik damit vereinbaren, dass Sie auf der anderen Seite neue hochdotierte Jobs schaffen? Es werden gerade zwei ganze Landesbetriebe neu geschaffen, und dort werden viele Stellen in solche mit höheren Gehältern umgewandelt. Aus A12 wird dann ganz schnell A14, und die Stadt zahlt im Endeffekt mehr.

(Beifall bei der CDU)

Vom Senat wird leider Wasser gepredigt, aber Wein getrunken, und damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der CDU)

Staatliche Umverteilung durch eine Vermögensteuer oder einen höheren Spitzensteuersatz, wie es von vielen auf Bundesebene, aber auch hier in Hamburg gefordert wird, kann dabei nicht die Lösung sein. Diese beiden staatlichen Regulierungen treffen nämlich eben nicht die Millionäre, die DAX-

**(Katharina Wolff)**

Vorstände oder die Banker, sondern unseren Mittelstand, all die mittelständischen Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und die ihr Vermögen selbstständig erarbeitet haben.

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Wer hat Ihnen das erzählt?)*

Geht es unseren Unternehmern, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden, schlecht, geht es auch unseren Arbeitnehmern schlecht, denn dann haben diese Menschen schlicht keinen Job mehr.

*(Arno Münster SPD: Das ist doch nicht mehr auszuhalten!)*

Und das können nicht einmal die Menschen wollen, die nach einer staatlichen Regulierung schreien. Die Steuereinnahmen sprengen momentan alle Rekorde, und trotzdem kommt das Geld nicht bei den Menschen an, die in Armut leben. Um diesen Menschen das Geld zur Verfügung zu stellen, ist aber nicht ein weiteres staatliches Regulierungsmittel vonnöten, sondern eine richtige Schwerpunktsetzung der Politik. In Hamburg erleben wir momentan, dass wir die höchsten Steuereinnahmen seit Jahren haben und trotzdem das Geld nicht bei den Menschen ankommt, die bedürftig sind.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen werden lieber teure Wahlgeschenke finanziert.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Die mit Bildungsgerechtigkeit zu tun haben!)*

Liebe SPD-Fraktion, es ist auch an Ihnen, dem Senat auf die Finger zu schauen, auch wenn Sie der gleichen Partei angehören. Wenn Sie wollen, dass die von Ihnen beschriebene Schere zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft nicht teilt, dann muss Ihr Senat andere Schwerpunkte setzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt nun Herr Bläsing.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der liberale Aufbruch!)*

**Robert Bläsing FDP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die politische Linke aus SPD, GRÜNEN und Links-Partei ist in dieser Neiddebatte wieder einmal politisch vereint, die Robin Hoods des 21. Jahrhunderts möchte man meinen.

*(Dr. Monika Schaal SPD: Wandern Sie doch in die USA aus!)*

Aber ganz so einfach, wie Sie, meine Damen und Herren auf der linken Hälfte dieses Hauses, es sich machen, ist es nun einmal nicht in der Realität.

Mit Robin Hoods Motto "Nehmt den Reichen und gebt den Armen" hat Ihre Politik zudem herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Ksenija Bekeris SPD: Herr Bläsing, da müssen Sie doch selber lachen!*)

Nehmt den Fleißigen und gebt den Banken und dem Staat, das trifft es doch viel eher. Neiddebatte statt Anerkennungskultur, das ist Ihr Motto.

(Beifall bei der FDP)

Ich will mich daher lieber an die Fakten halten. Auf der Website des Aktionsbündnisses "UmFAIRteilen" heißt es zu deren Vermögensteuerplänen, steuerpflichtig seien nicht nur Geldvermögen, also einschließlich Aktien, Staatsanleihen und anderen Wertpapieren, sondern ebenso Immobilien und Betriebsvermögen. Als freie Beträge werden 1 Million Euro Privatvermögen und 2 bis 5 Millionen Euro Nettobetriebsvermögen genannt. Auf alles darüber hinaus sollen 1,5 bis 5 Prozent Vermögensteuer entfallen. Die angeblichen Reichen, die Sie hier zur Kasse bitten wollen, sind also insbesondere Mittelständler und Unternehmer dieser Stadt, genau der Mittelstand, der den Großteil aller Jobs in Hamburg schafft.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

**Robert Bläsing FDP** (fortfahrend): Nein, Frau Sudmann kann sich selbst noch einmal melden.

An dessen Substanz wollen Sie gehen und damit sehenden Auges Arbeitsplätze vernichten. Dabei wurde die Vermögensteuer bereits einmal vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Es sprechen daneben aber auch wirtschaftliche und haushaltspolitische Gründe gegen sie.

Erstens: Die Länder erhielten nach der Abschaffung der alten Vermögensteuer eine Kompensation für den Steuerausfall,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach, welche denn?)*

kein Grund also, so zu tun, als wären in Hamburg die Einnahmen weggebrochen.

(Beifall bei der FDP und bei *Jörg Hamann CDU*)

Zweitens: Die Vermögensteuer belastet nicht Erträge, sondern die Substanz eines Unternehmens. Sie schwächt also das Eigenkapital von Unternehmen und setzt somit eventuell auch völlig falsche Finanzierungsanreize.

Drittens: Diese Schwächung des Eigenkapitals führt die Unternehmen im Gegenzug verstärkt in die Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern, also vor

**(Robert Bläsing)**

allem von den mehr oder minder kriselnden Banken, die Sie so gern kritisieren. Im Klartext: Die "Umfairteiler" wollen in Wirklichkeit nur Staatsschulden aufgrund mangelnden eigenen Sparwillens gegen Unternehmensschulden austauschen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was ist los?)

Viertens: Unternehmen müssen allerdings im Regelfall mehr Zinsen an Gläubiger zahlen als der Staat, das ist allgemein bekannt. Ihr sogenanntes "Umfairteilen" ist also in Wahrheit ein Bankenkonjunkturpaket zulasten von Unternehmen und ihren Angestellten. Dass ausgerechnet die vermeintlich linke Hälfte dieses Hohen Hauses einen solchen Mechanismus unterstützt, ist wohl bloß Ironie der Geschichte.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist aber mehr als die Hälfte!)

– Na ja, ein bisschen mehr.

Fünftens: Die Vermögensteuer wird aus einem bereits versteuerten Einkommen entrichtet und das unabhängig davon, ob Betriebe Gewinne oder Verluste erzielen. Gerade in der Existenzgründungsphase oder in Zeiten schlechter Konjunktur behindert eine Vermögensteuer deshalb die Ansammlung beziehungsweise den Erhalt von überlebensnotwendigem Eigenkapital. Die Vermögensteuer verstärkt somit wirtschaftliche Krisensituationen.

(Beifall bei Dr. Thomas-Sönke Kluth und Katja Suding, beide FDP)

Sechstens: Bei Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften kommt es zu einer grundrechtlich fragwürdigen Doppelbelastung durch die Besteuerung beim Unternehmen sowie beim Anteilseigner. Eine Vermögensteuer auf privates Immobilienvermögen ist eine staatlich verordnete Mieterhöhung für Hunderttausende Mieter, Einzelhändler und Unternehmen in Hamburg, denn die Vermieter werden die Kosten für die Steuern natürlich auf die Miete abwälzen, das ist ganz klar.

Daher das Fazit: Wer glaubt, dass eine Vermögensteuer Vermögende besteuert, glaubt auch, dass ein Volkswirt das Volk bewirtet.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist so dumm und platt! Dass Ihnen das nicht peinlich ist!)

Am Ende zahlt immer der fleißige Mittelbau unserer Gesellschaft: Unternehmer, Arbeitnehmer und Selbstständige. Das ist die Zeche für Ihre "Umfairteilungspolitik", aber das ist wohl auch Ihr strategisches Ziel, denn anders hätten wohl einige aus dem linken Spektrum keine Existenzgrundlage.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Um die Existenzgrundlage müssen Sie sich mal Gedanken machen!)

– Dann legen Sie einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor.

Dabei will ich es dann auch erst einmal belassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Beitrag von Herrn Bläsing war

(Ksenija Bekeris SPD: ... vernachlässigenswert!)

mir ein bisschen zu mau,

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

aber ich möchte gerne auf Frau Wolff eingehen. Frau Wolff, ich habe den Eindruck, das ist noch die Klippschule der Politik gewesen. Das verschönernde Vorwort zu lesen und dann zu sagen, das fasse den Armuts- und Reichtumsbericht sinnvoll zusammen, ist doch wirklich Vorschule. Wie soll ich das sonst nennen?

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Sie müssen lesen, was darin steht, und dann kommen wir weiter.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und bei Phylliss Demirel GRÜNE)

Das entscheidende Moment, das dieser Armuts- und Reichtumsbericht doch gerade aufzeigt, ist, dass man mittlerweile zum Teil trotz Arbeit arm ist in dieser Gesellschaft. Das wird da ausgeführt, damit müssen wir uns auseinandersetzen und auch Sie, auch wenn Sie das nicht wollen.

Ich möchte Ihnen einige wichtige Fakten, die dort enthalten sind, noch einmal vor Augen führen. Uns wird immer so schön gesagt, wir müssten alle den Gürtel enger schnallen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sagt deutlich, dass wir in den letzten 10, 20 Jahren kräftig an Reichtum in dieser Gesellschaft dazugewonnen haben, und nicht, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen. Das Problem ist bloß, dass diesen Reichtum nur 10 Prozent – wenn nicht nur 1 Promille, je nachdem, was man dort sieht – bekommen haben. Das ist ein gesellschaftlicher Skandal und das müssen wir hier diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen das vor allen Dingen deswegen diskutieren, und das ist mir das Wichtige, weil hinter diesen dünnen Zahlen, die dort präsentiert werden, sich doch die gesellschaftliche Realität und das Leben von Millionen Menschen in dieser Gesellschaft

**(Norbert Hackbusch)**

darstellen. Wir gehen unheimlich gern darüber hinweg, weil in der Regel alle, die hier sitzen, mit Armut nicht so viel zu tun haben. Hier werden allgemeine Reden wie die von Herrn Bläsing gehalten, statt sich damit auseinanderzusetzen. Ich verlange von Ihnen, sich damit auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist von meinen Vorrednern schon gesagt worden, dass es ein Phänomen ist, dass vor allen Dingen die Reichen dabei gewonnen haben, und zwar massiv gewonnen. Darüber könnte ich auch gut schimpfen, das wurde aber schon gemacht. Ich fände die Tatsache an sich gar nicht so schlimm, dass sie so viel dazu bekommen haben, aber das, was uns von der Volkswirtschaft so gern erzählt wird, ist nicht passiert, nämlich dass die da unten davon auch irgendetwas abbekommen. In der Volkswirtschaft nennt man das den "Trickle-down-Effekt", das bedeutet, die oben bekommen etwas und irgendetwas fällt schon nach unten durch.

(Olaf Ohlsen CDU: Neiddebatte!)

Das Problem im Bericht ist die Bilanz der letzten 10 bis 20 Jahre, dass die untersten 50 Prozent in dieser Gesellschaft vor 20 Jahren noch 4 Prozent des Volkseigentums besaßen und im Jahr 2008 nur noch 1 Prozent. Das ist aktiver Kampf von oben gegen unten, und die unten bezahlen die oben. Das ist viel schlimmer als alles, was bisher da gewesen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bläsing, sehen Sie sich die Zahlen an, denn der Bericht sagt noch etwas ganz anderes. Er besagt, dass in den letzten 10 Jahren das Vermögen insgesamt um 1400 Milliarden Euro – das können wir uns gar nicht vorstellen – in der Gesellschaft angewachsen ist. Aber der Staat hatte dagegen 800 Milliarden Euro weniger als vorher zur Verfügung. Das heißt, es ist nicht so, dass der Staat gemästet ist, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Die Privaten sind gemästet und der Staat ist arm geworden. Das zeigt dieser Bericht auch, und damit müssen Sie sich auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Meine Damen und Herren! Das Ganze ist kein Naturgesetz und es ist nicht irgendwie passiert; auch das sagt dieser Bericht. Das ist die Bilanz der letzten 10 bis 20 Jahre Politik auf Bundesebene, das ist die ganz einfache, betriebswirtschaftliche Bilanz. Sie hat dazu geführt, dass die Reichen reicher geworden sind, und zwar kräftig, dass der Staat ärmer geworden ist und dass den unteren 50 Prozent praktisch das Geld aus der Tasche gezogen wurde. 75 Prozent ihres Einkommens, das ist ein gesellschaftlicher Skandal und den müssen

wir aufheben. Das ist Aufgabe für jeden, der Politik betreibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses jetzt vorhandene Unrechtsgefühl besteht auch in der Gesellschaft, und das zeigt dieser Bericht. Es ist Ihre politische Aufgabe, das zu verändern. Deswegen verlange ich von Ihnen allen, am Sonnabend um 12 Uhr auf dem Rathausmarkt bei der Demonstration "UmFAIRteilen" mit dabei zu sein. Das ist jetzt eine wichtige politische Aufgabe.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Senator Scheele.

**Senator Detlef Scheele:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich bin mir mit der Mehrzahl meiner Vorredner darüber einig, dass die Vermögens- und Einkommensungleichheit in Deutschland eine Geißel ist, und wir sollten dies verändern.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Unzweifelhaft hat eine Begrenzung der Ungleichheit, wie es zum Beispiel skandinavische Länder zeigen, positive ökonomische und gesellschaftliche Folgen. Zunehmende Vermögenskonzentration verletzt gesellschaftliche Grundprinzipien der Solidargemeinschaft und nicht zuletzt der Chancen- und Leistungsgerechtigkeit zumal dann, wenn Vermögen nicht durch Leistung erworben worden ist.

(*Nikolaus Hauffler CDU: Sondern?*)

– Da gibt es Mittel und Wege.

Es gibt drei Handlungsansätze, um mittel- und langfristig zu einer anderen Vermögens- und Einkommensverteilung zu kommen. Ein Handlungsansatz liegt beim Bund. Wenn wir die Einführung des höheren Spitzensteuersatzes, der Vermögensteuer und einer Finanztransaktionssteuer unterstützen, dann tun wir das nicht aus Neidgründen, sondern weil es zutiefst ungerecht ist, wenn sich nur die Menschen, die von staatlichen Leistungen abhängig sind, an der Schuldenbremse mit dem Bremsen beteiligen. An dem Bremsen müssen sich alle gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrer Stärke und ihres Wohlstands beteiligen, und das kann man nur, wenn man in der Steuerpolitik maßvoll Veränderungen herbeiführt. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der zweite Aspekt, darauf hat Herr Rose hingewiesen, liegt hier in Hamburg. Wir sind dabei, die Ordnung am Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Das ist nicht ganz einfach und es geht auch nicht über Nacht, aber wir sind dabei. Wir wollen ein Landes-

**(Senator Detlef Scheele)**

mindestlohngesetz, und dann würden die Unternehmen, von denen am Wochenende im "Hamburger Abendblatt" berichtet worden ist, nämlich 6 von 270 Unternehmen, auch den Landesmindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zahlen. Das werden wir machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch einen Mindestlohn in das Vergabegesetz schreiben, weil auch da, wo der Staat über Vergabe aktiv ist, ordentliche Arbeitsbedingungen herrschen sollen, die durch einen Lohn von 8,50 Euro sichergestellt werden sollen.

Und wir sind auch dabei, eine Richtlinie zu erlassen, die Zeitarbeit und Leiharbeit in den Unternehmen, die für uns tätig sind oder die uns gehören, so einsetzen, wie Zeitarbeit und Leiharbeit gemeint sind, nämlich für Auftragsspitzen und nur temporär. Und wenn es temporär eingesetzt wird, dann nach dem Prinzip: Equal pay for equal work. Das, glaube ich, ist akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings führt ein Mindestlohn von 8,50 Euro nicht zu Reichtümern, er beseitigt nur ärgste Missstände.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Er führt zur Armutsrentel!)

– Ich sage doch, er beseitigt nur ärgste Missstände.

Nachhaltig wird man diese soziale Ausdifferenzierung in der Stadt und im Land nur dann überwinden können, wenn es uns gelingt, alle Menschen gleichberechtigt und unabhängig von ihrer Herkunft an Bildung teilhaben zu lassen. Das ist der wahre Hebel.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen nämlich, wer arbeitslos wird, insbesondere, wer lange arbeitslos wird, hat meistens eine nicht ausreichende Qualifikation; manchmal kommt noch etwas anderes hinzu. Aber dieser Senat hat sich Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit, unabhängig von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen, auf die Fahnen geschrieben. Das setzen wir um durch den Krippenausbau, durch den Kita-Ausbau, durch die ganztägige Betreuung an Schulen und durch die Jugendberufsagentur, die dazu führen sollen, dass, wenn das Elternhaus nicht helfen kann oder nicht so helfen kann, wie wir es uns wünschen, der Staat mit seinen Instrumenten zur Verfügung steht, um die Defizite, die mitgebracht wurden und die nicht erworben wurden, auszugleichen und dafür zu sorgen, dass alle Jugendlichen am Ende der zehnten Klasse der Stadtteilschule eine Ausbildung machen und nach der Ausbildung in ein Berufsleben einsteigen.

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Haufler?

**Senator Detlef Scheele:** Aber sicher.

**Zwischenfrage von Nikolaus Haufler** CDU:\* Herr Senator, alle in diesem Haus sind für Bildung, aber das Thema auf der Tagesordnung heißt "Umfairteilung".

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das hängt aber damit zusammen, Herr Haufler!)

Und dazu haben Sie noch wenig gesagt. Ich würde gern wissen: Halten Sie die Reformen der SPDgeführten Bundesregierung unter Gerhard Schröder, die auch viele in dieser Partei im Nachhinein für richtig halten, für richtig oder für falsch?

**Senator Detlef Scheele** (fortfahrend): Ich wusste nicht, dass das heute auf der Tagesordnung steht, aber ich sage Ihnen, dass der zentrale Punkt – und da, glaube ich, sind wir uns einig –, um nachhaltig die Ausdifferenzierung der Gesellschaft hinsichtlich Einkommen und Löhnen zu unterbinden, Bildung und die Teilhabe am Arbeitsmarktgeschehen für möglichst alle ist. Da helfen die Schritte des Senats, die ich eben vorgestellt und vorgeschlagen habe, und ich würde mich freuen, wenn dieses Haus uns auf diesem Wege unterstützen würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Frau Hajduk.

**Anja Hajduk** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, dass dieses Thema sich in der Tat nicht so klassisch abspielt zwischen Opposition und Hamburger Regierung, sondern dass diese Thematik weiter greift.

Ich möchte als Erste Frau Wolff ansprechen für ihren Beitrag. Ich glaube, dass das Thema nicht damit beantwortet ist, auf die im europäischen Vergleich geringe Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verweisen. Ich glaube dagegen, dass wir es mit einer Schere zu tun haben, die weiter auseinandergeht zwischen sehr Vermögenden und sehr vielen Leuten, die gar kein Vermögen haben und von denen ein großer Teil sich jeden Tag Sorgen um seine grundsätzliche Existenz machen muss.

Und das ist ein Unterschied, denn es gibt auch Erklärungen oder Wut und Desorientierung über die Situation, denn wir müssen zwei Krisen zusammendenken: die Finanzkrise und ihre Auswirkungen und darüber hinaus die besonders zugespitzte Gerechtigkeitskrise, die wir erleben. Die Menschen erleben es doch so, dass der Staat unheimlich viel Geld zur Bankenrettung ausgibt. In den letzten drei

**(Anja Hajduk)**

Jahren hat sich die gesamte Verschuldung Deutschlands um ein Fünftel erhöht. 400 Milliarden Euro sind zu den 2000 Milliarden Euro dazugekommen in nur drei Jahren. Und gleichzeitig haben wir das Gefühl, der Staat ist derartig überschuldet, dass er viele wichtige Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann. Darauf muss Politik eine Antwort geben, nämlich wie wir mit dieser desolaten Situation der öffentlichen Schulden bei einem immens gestiegenen privaten Reichtum umgehen. Und wie gehen wir dann damit um, dass es empfindlich das Gerechtigkeitsempfinden der Gesellschaft stört? Dazu haben Sie keinen Satz gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei Kersten Artus und Dora Heyenn, beide DIE LINKE)

Deswegen ist es wichtig, dass sich auch einmal eine CDU und eine FDP von altbackenen Sprüchen lösen, Herr Bläsing. Das ist altbacken und langweilig.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Dafür sind Sie eigentlich verdammt viel zu jung.

Ich will Ihnen Folgendes sagen. Sie müssen nicht das machen, was die GRÜNEN wollen, das wäre auch langweilig. Aber die GRÜNEN bringen morgen eine Vermögensabgabe in den Deutschen Bundestag ein, und das ist eine Vermögensabgabe, die so konzipiert ist, dass sie ausschließt, dass kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Substanz überhaupt davon erfasst werden. So etwas geht, wenn man das richtig konzipiert.

(Nikolaus Haufler CDU: Was ist denn mittelgroß? – Robert Bläsing FDP: Dann legen Sie es doch vor!)

Es wird morgen im Deutschen Bundestag vorgelegt. Setzen Sie sich doch einmal mit diesen Vorschlägen auseinander, statt reflexartig darauf zu verweisen, dass es Ihnen um die angeblich Fleißigen ginge. Ihnen geht es um die Leute, die gar nichts mehr tun müssen und bei denen das Geld einfach nur anwächst. Das ist das, was Ihnen einfällt.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich verzichte normalerweise gern auf solche Schärfe, aber wenn die FDP eine Gerechtigkeitsdiskussion, die die Mehrheit der Bevölkerung, auch eine Mehrheit der Wohlhabenden umtreibt, nur mit dem Wort Neiddebatte beantworten will, dann sind Sie gedanklich an dieser Stelle nicht aktiv genug. Deswegen sollten Sie sich einmal mit den Ursachen des Reichtums befassen, von dem wir reden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Insofern möchte ich deutlich machen, dass wir bei der Steuerrückblick immer auch die Effekte auf die wirtschaftliche Dynamik berücksichtigen müssen. Ich kann es selbst aus eigener Erfahrung aus der rot-grünen Bundesregierungszeit sagen: Wir haben einige Steuergesetze festgesetzt, die vielleicht ganz gut waren, aber wir haben auch einige gemacht, die nicht gut waren.

(Nikolaus Haufler CDU: Welche sind welche?)

Dann reagiert man eben wieder, denn wenn man den Spitzensteuersatz zu stark abgesenkt hat, dann muss man ihn wieder erhöhen.

(Jörg Hamann CDU: Ja, das wussten wir ja vorher! Das ist nichts Ungewöhnliches!)

Oder man muss klügere Modelle der Besteuerung von besonders Vermögenden einführen, um den Staat zweckgebunden zu entschulden und ihn damit wieder arbeitsfähiger zu machen.

Es ist ebenso richtig, dass man natürlich auch in Hamburg Hausaufgaben machen muss. Ich finde es gut, Herr Scheele, dass Sie angekündigt haben, dass Sie nun mit dem Landesmindestlohngesetz nicht mehr lange zögern wollen. Wir haben zusammen mit der LINKEN etwas vorgelegt. Ich denke, man kann nicht Sie allein dafür verantwortlich machen, das wäre wirklich etwas sehr billig und schlichtweg falsch, dass wir hier Probleme im Zusammenhang mit Hamburgs öffentlichen Unternehmen haben. Wir wollen, dass diese Landesmindestlohninitiative noch in diesem Herbst zum Erfolg wird. Da können Sie dann auch auf unsere Unterstützung zählen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat Herr Rose das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der hat noch viele fünf Minuten!)

**Wolfgang Rose SPD:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist gesagt worden, und ich will auf zwei Punkte eingehen, die zwei meiner Vorredner und Vorrednerinnen angesprochen haben.

Einmal zu Frau Wolff. Wenn jemand von der CDU nach all dem, was wir erlebt haben in Bezug auf die Mindestlohndebatte in unserem Land, nach vorne geht und derart über die Frage der Aufstocker spricht und sogar die Zahl falsch benennt, denn die 35 000 Menschen arbeiten nicht alle im öffentlichen Dienst,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

die arbeiten in der ganzen Stadt – Sie haben davon gesprochen, man müsse richtig lesen, aber das müssen Sie auch einmal auf sich selbst bezie-

**(Wolfgang Rose)**

hen – und so tut, als liege diese Verantwortung bei der Sozialdemokratie in Hamburg oder auch bei der Sozialdemokratie, die auf Bundesebene in der Opposition ist, dann sage ich Ihnen eines ganz deutlich: Wenden Sie sich an Ihre Kanzlerin und an die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag und sorgen Sie endlich dafür, dass die Aufstockermöglichkeit dadurch beseitigt wird, dass ein Mindestlohn eingeführt wird, der mindestens eine Untergrenze für alle Menschen mit sich bringt. Das wäre Ihre Aufgabe und das ist der richtige Ort dafür.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es wurde schon von Herrn Hackbusch gesagt,

(*Olaf Ohlsen CDU: Aber nicht von Ihnen!*)

es gibt in diesem Bericht natürlich Statistiken. Aber hinter diesen Statistiken steckt die soziale Lebenslage von vielen Millionen Menschen in diesem Land. Und denen können Sie so etwas Scheinheiliges nicht erzählen.

(*Nikolaus Haufler CDU: Aber Sie können das?*)

Die wissen nämlich ganz genau, dass es notwendig ist – das sage ich auch als Gewerkschafter, weil Tarifverträge heute nicht mehr greifen –, als Gesetzgeber dort eine Unterlinie einzuziehen. Das müssen Sie auf jeden Fall jetzt einmal begreifen und entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dann zu dem, Herr Bläsing, was Sie angesprochen haben. Sie haben nun schon ordentlich etwas abgekriegt, insofern tut es mir ein bisschen leid. Aber Sie sind über die Frage der Vermögensteuer einfach falsch und teilweise schlecht informiert.

(*Jörg Hamann CDU: Herr Rose, das ist Ihre Wahrheit! – Katharina Wolff CDU: So ein Schwachsinn!*)

Sie haben gerade so getan, als sei es so gewesen, dass die Vermögensteuer vom Verfassungsgericht deswegen abgelehnt worden sei, weil die Substanz besteuert worden wäre oder Ähnliches. So ist es nicht gewesen, sondern das Verfassungsgericht hat damals gesagt, dass es eine Ungerechtigkeit zwischen den Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern und den anderen gab und diese Ungerechtigkeit beseitigt werden müsste.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Das hat er doch angesprochen! Sie haben nicht zugehört!*)

Und wenn sie beseitigt worden wäre, hätte das dazu geführt, dass mehr Vermögensteuer eingenommen worden wäre als vorher. Das ist aber über viele Jahre, seit 1995, unterblieben.

(Beifall bei *Anja Hajduk GRÜNE*)

Wenn wir heute den Vermögensteuersatz hätten, den wir 1995 in dieser Stadt hatten, dann wäre ein erheblicher Teil der heutigen Unterfinanzierung so nicht gegeben. Das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen. Und deswegen sollten Sie mit uns gemeinsam dafür sorgen, dass die öffentlichen Aufgaben in dieser Stadt auch wieder stärker finanzierbar gemacht werden, Herr Bläsing.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Machen Sie sich im Übrigen keine Sorgen über die Frage, ob der Mittelstand getroffen wird.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Dass Sie sich darüber keine Sorgen machen, ist ja klar!*)

– Hören Sie doch einfach kurz zu und schreien nicht immer dazwischen.

Wir haben einen sehr kompetenten Finanzsenator, der sich mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigt hat. Er gehört zu denjenigen, die derzeit in diesem Land einen Plan vorbereiten, wie man eine Vermögensteuer so gestalten kann, dass sie auch diejenigen trifft, die sie treffen soll, und der dafür sorgt, dass zu viele Verwaltungskosten sie nicht wieder auffrisst. Er hat das alles im Blick und es wird demnächst in den Bundesrat eingebracht. Dann können Sie sich einmal genau ansehen, wie in diesem Land Politik gemacht wird, statt immer dagegen zu krakeelen und Schlagworte aufzuwerfen. Das ist die falsche Art vorzugehen. Sie müssen dafür sorgen, dass die Aufgaben in dieser Stadt finanzierbar gemacht werden. Dieser Senat macht das, und das sollten Sie unterstützen. Wenn Sie das unterstützen wollen, indem Sie am Samstag um 12 Uhr auf dem Rathausmarkt sind, dann wäre das etwas ganz Besonderes von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Heintze.

**Roland Heintze CDU:\*** Herr Rose, seien Sie mir nicht böse, aber das, was Sie in Teilen abgeliefert haben, mutet streckenweise an wie Folklore.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie werfen der Kollegin, die aus dem Armutsbericht zitiert hat, und zwar richtig zitiert hat, vor, dass sie vielleicht ein bisschen jung sei,

(*Ksenija Bekeris SPD: Das war Herr Bläsing!*)

Frau Hajduk, dass sie sich mit dem Thema noch nicht sehr beschäftigt hätte. Es fiel sogar der Begriff "Klippschule" bei Herrn Hackbusch. Herr Hackbusch, Frau Hajduk und Herr Rose, ich muss Ihnen eines sagen: Wenn Sie sagen, mit dem Thema werde nicht seriös umgegangen, dann starten

**(Roland Heintze)**

Sie doch einmal damit, seriös damit umzugehen, und beenden die Folklore zu dem Thema.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rose, vermeintliche Patentrezepte wie die Vermögensteuer funktionieren nicht dadurch besser, dass ein sozialdemokratischer Finanzsenator sich daran beteiligt. Woher nun dieses Argument kommt, das habe ich mitnichten verstanden.

Die Bundesregierung ist tätig, branchenbezogene Mindestlöhne, möglichst durch die Tarifparteien ausgehandelt, anzugehen. Das ist natürlich etwas komplizierter, als Sie es gern hätten, es ist aber durchaus etwas, das bei der Bundesregierung auf der Agenda steht und wo wir Handlungsbedarf sehen. Das ist mir wesentlich lieber, als ein Mantra zu wiederholen, ohne dass irgendetwas passiert.

Man muss einmal genau hinschauen, wann denn die Diskrepanz zwischen Arm und Reich in diesem Land wirklich entstanden ist – dazu haben wir leider gar kein Wort gehört –, das war nämlich in Zeiten rot-grüner Bundesregierung. Herr Hackbusch, es tut mir leid, aber damals gehörten auch Sie noch zu den GRÜNEN. Wenn Sie nun von Redlichkeit sprechen, dann fangen Sie da an. Auch Sie waren daran beteiligt, dass es so entstanden ist, wie es jetzt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber ob dort nun ein Mindestlohn hilft, würde ich bezweifeln. Den Mindestlohn gibt es in den USA seit 1938, aber ich glaube nicht, dass das ein Beispiel für eine nicht gespaltene Gesellschaft ist, was wir in den Vereinigten Staaten sehen. Ich glaube, das Rezept ist zu einfach, und das ist auch das Problem von "UmFAIRteilen". Da lese ich, man wolle jetzt die Vermögensteuer und eine Einmalabgabe für Vermögende, um strukturelle Ausgaben zu finanzieren. Wie man mit Einmalabgaben strukturelle Ausgaben finanziert, habe ich nicht verstanden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist falsch! – Jens Kerstan GRÜNE: Falsch, Roland!)

Aber da das Bündnis besonders breit ist, steht auch noch in dem Aufruf, man tilge damit gleichzeitig Schulden. Ich glaube, die Schwierigkeit dieses Themas und dass man nicht so einfach damit umgehen kann, wie es Rot-Grün in diesem Hause tut, zeigt schon die Komplexität dieses Aufrufs, bei dem man sehr viele Dinge unterbringen musste. Wenn man die einzelnen Teilnehmer befragt, bestände vermutlich gar keine Eile. Das ist nämlich das Problem, wie Sie mit diesem Thema umgehen: populistisch, aber nicht an der Sache orientiert.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Heintze, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hajduk?

**Roland Heintze** CDU: Im Moment nicht, sonst habe ich keine Zeit für den Hamburger Aspekt mehr.

**Präsidentin Carola Veit**: Es wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

**Roland Heintze** CDU: Dann gern, Frau Hajduk.

(Heiterkeit bei der SPD)

**Zwischenfrage von Anja Hajduk** GRÜNE: Sehr geehrter Kollege Heintze, ich nehme mir das mit der Sachlichkeit zu Herzen, weil ich denke, da haben Sie recht. Man muss über die Sache streiten, darauf will ich gern wieder den Akzent legen. Wie finden Sie denn eine einmalige oder zeitlich befristete Vermögensabgabe, die zweckgebunden zum Schuldenabbau, zum Beispiel des Bundeshaushalts, verwendet wird? Es soll nämlich nicht für laufende betriebliche Ausgaben eingesetzt werden.

**Roland Heintze** CDU (fortfahrend): Frau Hajduk, ich habe sehr viel für einmal gebundene Abgaben übrig und würde deswegen den Finanzsenator auffordern, sich dafür einzusetzen, dass das Steuerabkommen mit der Schweiz endlich unterschrieben wird, damit diese Einmalabgabe von 360 Millionen Euro in den Hamburger Haushalt fließen kann und vor allem diejenigen ihn bezahlen, die die Steuerabgaben hinterzogen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP –Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Und wenn das Geld kommt, dann können wir gemeinsam im Haushaltsausschuss dafür streiten, dass in der Tat die Schulden reduziert werden. Das ist ein zentrales Anliegen der CDU.

Aber jetzt muss ich zum Sozialsenator kommen. Wir haben hier viele Dinge gehört, bei denen wir nur "meine Güte" sagen können. Das Dossier im "Hamburger Abendblatt" hat mich auch ein bisschen nachdenklich gestimmt,

(Jan Quast SPD: Leider zu spät!)

ob wir nämlich an dieser Stelle in all unseren Landesbetrieben und mit allem, was wir tun, immer nur das Richtige tun. Natürlich ist klar, dass der Staat, wenn er Arbeitgeber ist, ein fairer Arbeitgeber sein muss. Ob es dann allerdings an dieser Stelle klug ist, gleich auch noch einen Landesbetrieb Gebäudeereinigung dazu einzurichten, wo es doch genug Gebäudeereiniger in dieser Stadt gibt, die diese Aufgaben wahrnehmen können, weiß ich nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wer hat denn den LBK privatisiert?)

**(Roland Heintze)**

Wir haben uns da noch nicht fest entschieden. Aber ich glaube, man muss sehr genau über das nachdenken, was man einerseits generell fordert und andererseits hier fordert. Da gibt es nämlich gewisse Unterschiede, aber eine Lösung haben Sie uns noch nicht aufgezeigt. Aber wir diskutieren schließlich auch noch.

(Beifall bei der CDU)

Schwierig wird es dann, wenn gesagt wird, wir bräuchten eine Einmalabgabe und eine Vermögensteuer. Gleichzeitig aber leistet es sich ein SPD-Senat, auf 1 Euro für das Mittagessen in der Kita bei denjenigen Menschen zu verzichten, die sich diesen 1 Euro locker leisten können und ihn sogar bezahlen würden. Dann verstehe ich nicht, wieso Sie hier die großen Reden schwingen, aber in Ihrer eigenen Politik nicht sagen: Liebe Menschen, die ihr euch 1 Euro für das Mittagessen leisten könnt, vielleicht auch 2 oder 3 Euro, von euch wollen wir ihn auch haben, weil wir das Geld brauchen. Das verstehe wer will, ein konsequentes Handeln in Hamburg ist das sicherlich nicht, liebe SPD.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube, Sie haben eine Menge Hausaufgaben zu machen, bevor Sie demonstrieren gehen. Sie können auch noch ein bisschen daran arbeiten, dass Sie dort deutlich glaubwürdiger demonstrieren können. Ein paar Sachen habe ich Ihnen zumindest aufgezeigt.

Ich bitte Sie, noch einen Punkt mitzunehmen, nämlich dass bei aller Fragestellung, wie man Mehrausgaben finanziert, wie man soziale Mehrausgaben finanziert und wie man die Spaltung zwischen Arm und Reich wieder zusammenbringt, Sie als allererstes einmal darüber nachdenken müssen, ob der Staat auch die Handlungsspielräume für solche Dinge erhöhen kann. Er kann sie erhöhen, wenn Sie auf unsinnige Ausgaben verzichten, zügig dafür sorgen, dass die Stadt keine weiteren Schulden mehr macht und dann über den Schuldenabbau – da sind wir dann mit dem Bündnis einig – versuchen, wieder staatliche Handlungsspielräume herzustellen, die die letzten Jahre verloren gegangen sind. Das scheint mir deutlich wichtiger und generationengerechter als die Folklore, die Sie veranstaltet haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Bläsing.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Die Grausamkeiten nehmen kein Ende!)

**Robert Bläsing FDP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kollegin-

nen und Kollegen! Zunächst einmal zu Herrn Hackbusch. Sie sagten, der Staat sei immer ärmer geworden. Ich stelle fest, dass die Steuereinnahmen der letzten Jahre stringent gestiegen sind. Wir haben nie so viele Steuereinnahmen gehabt wie in diesen Jahren. Wir haben zuletzt Rekordsteuereinnahmen gehabt, und da können Sie nicht sagen, der Staat sei immer ärmer geworden.

(Zuruf von *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Das ist wider die Fakten, Herr Hackbusch, das müssen wir ganz klar feststellen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Der einzige Staat, der arm und pleite war, war der Staat, in dem ich fast noch Jungpionier geworden wäre. Ich glaube, die Zeiten wollen wir nun wirklich nicht mehr haben.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Frau Hajduk, mit welcher Monstranz Sie sich hier hinstellen. Sie waren selbst haushaltspolitische Sprecherin unter Rot-Grün. Sie hätten sieben lange Jahre Zeit gehabt, Ihre Vermögensteuer einzuführen. Sie haben es nicht getan, aber jetzt fragen Sie, warum die schwarz-gelbe Regierung das nicht machen würde – diese hat übrigens immer gesagt, dass sie keine Vermögensteuer möchte – und werfen ihr das vor. Das ist völlig widersinnig, Frau Hajduk.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Halten wir uns doch einmal an die Fakten. Es wird behauptet, die Reichen würden nichts zur Solidargemeinschaft beitragen. Das stimmt doch überhaupt nicht. 10 Prozent der Steuerzahler mit den oberen Einkommen zahlen 50 Prozent des Steueraufkommens. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das stimmt doch gar nicht!)

Stattdessen wird dann wieder die große Symbolpolitik gefahren. Ich habe sehr aufmerksam zugehört, Frau Hajduk. Sie haben dann im Subtext gesagt, dass es nicht wirklich etwas bringen würde, was die Haushaltssanierung angeht. Da haben Sie sich wirklich selbst enttarnt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Welchen Subtext haben Sie denn gehört?)

– Ich habe eben genau zugehört, Herr Dr. Dressel.

Dann wird als glorreiches Beispiel Frankreich genannt. Schauen wir doch nach Frankreich. Der neue Präsident, Hollande, hat die tolle Reichensteuer, die Sie hier propagieren, eingeführt. Da kann man dann sehen, dass die Reichen sich ausuchen können, wo sie hingehen, die ziehen eben

**(Robert Bläsing)**

ins Nachbarland oder gleich ans andere Ende der Welt. Die Armen und natürlich auch die Unternehmer sind da nicht so flexibel. Das sind am Ende die Leidtragenden, die für Ihre Steuerpolitik geradestehen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Frau Hajduk, eine Trial-and-Error-Politik – Sie sagten, früher hätten Sie die Steuern gesenkt, jetzt müsse man sie vielleicht mal wieder erhöhen – eignet sich nicht für die Steuerpolitik.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Man kann nicht heute so, morgen so verfahren; da sind Gradlinigkeit und eine langfristige Perspektive gefragt, und dafür steht die schwarz-gelbe Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist ja eine Lachnummer!)

– Empören Sie sich ruhig.

Ich fasse zusammen: Es handelt sich tatsächlich um eine Neiddebatte, es wird Symbolpolitik betrieben. Und wenn Sie am Samstag rote Fahnen durch die Straßen tragen wollen, dann machen Sie das, es hindert Sie keiner daran. Aber wenn diese Veranstaltung einen Werbeblock in der Aktuellen Stunde benötigt, dann spricht das Bände.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn DIE LINKE:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Debatte sind schon viele Zahlen genannt worden, und zwar sehr erschütternde Zahlen. Vor 20 Jahren hat die Kirche angefangen, darauf hinzuweisen, dass wir in der Bundesrepublik eine neue Armut zu erwarten haben. Die Sozialverbände haben sich dem relativ schnell angeschlossen und darauf aufmerksam gemacht, dass etwas getan werden muss. Sie sind verpönt worden und was ist passiert? Die Armut – das haben wir gerade gehört – hat ständig zugenommen. Jetzt ist die neue Armut in aller Munde und die Politik hat nichts gemacht.

Seit 2004 haben ver.di, andere Gewerkschaften und DIE LINKE – damals noch als WASG – einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Die SPD war der Auffassung, das bräuchten wir nicht;

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wir sind schnell auf Kurs gekommen!)

ich möchte nur an Herrn Müntefering erinnern. Wir haben immer noch keinen Mindestlohn. Immerhin sind wir so weit, dass bis tief in die CDU hinein Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn

vertreten werden. Wir kommen an einem gesetzlichen Mindestlohn nicht vorbei, wenn wir Menschen nicht einfach abhängen wollen. Prekäre Beschäftigung ist zwar mehrfach problematisiert worden – und ich bin sehr dankbar, dass das "Hamburger Abendblatt" das aufgegriffen hat –, sie hat sich aber, während wir sie diskutierten, immer weiter ausgebreitet. Ganz schlimm ist, dass der Niedriglohnsektor, der sich Ende des letzten Jahrtausends nach der Deregulierung langsam herausgebildet hat, immer mehr zunimmt. Jeder zweite neue Arbeitsvertrag gehört inzwischen zu einem prekären Arbeitsplatz. Insofern kann ich verstehen, dass sich viele Verbände aus Wut und Enttäuschung darüber, dass nichts gegen diese soziale Ungerechtigkeit in der Gesellschaft getan wird, zu einem gemeinsamen Bündnis zusammengefunden haben, aufstehen, auf die Straße gehen und versuchen, der Politik ins Stammbuch zu schreiben, dass endlich etwas getan werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Was Sie hier ausgeführt haben, Frau Wolff, das kann ich eigentlich nur unter blankem Zynismus abtun. Es gibt 35 500 Aufstocker in Hamburg, und die sind – Herr Rose hat darauf hingewiesen – nicht alle im öffentlichen Dienst beschäftigt, die arbeiten auch in Ihren wohlgelobten mittelständischen Unternehmen. 20 Prozent aller Beschäftigten in Hamburg arbeiten im Niedriglohnsektor,

(*Dietrich Wersich CDU*: Sie wissen, dass der bis 11 Euro geht!)

und auch die sind nicht alle im öffentlichen Dienst beschäftigt, sondern genauso in der Privatwirtschaft zu finden. Wenn Sie das nicht wahrnehmen wollen, dann ist das wirklich blanker Zynismus.

Frau Hajduk hat zu Herrn Bläsing gesagt, er sei geistig nicht aktiv genug. Ich nehme an, damit haben Sie die FDP insgesamt gemeint, oder?

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Dazu kann ich nur sagen, wer die Realitäten der Spaltung unserer Gesellschaft, die täglich in den Zeitungen veröffentlicht werden, nicht wahrnimmt, der ist ideologisch total verbrettert und hat einen dicken Balken vorm Kopf.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Christa Goetsch GRÜNE* – *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*: Da sind Sie Expertin, Frau Heyenn!)

Jetzt zur Folklore, Herr Heintze. Ich habe das einmal nachgucken lassen, weil ich elektronisch nicht so bewandert bin wie andere in meiner Fraktion: Folklore heißt nichts anderes als Wissen des Volks. Von daher ist mir Folklore bedeutend lieber als Ideologie.

**(Dora Heyenn)**

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Dass Sie die Chuzpe haben, sich hier hinzustellen und den Landesbetrieb Gebäudereinigung anzugreifen, wo Sie als CDU gegen den Willen der Bevölkerung den LBK privatisiert haben und sich jetzt darüber aufregen, dass es Rückkehrer gibt, ist auch wieder blanker Zynismus.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Wir freuen uns, dass die GRÜNEN und auch die SPD an dem bundesweiten Aktionstag teilnehmen. Trotzdem kann ich Ihnen nicht ersparen, noch einmal auf eines hinzuweisen: Dass wir in dieser Situation sind, in der sich unsere Gesellschaft befindet, hat natürlich weitreichendere Ursachen, als Herr Bläsing es dargelegt hat. Wir haben es in den letzten 15 Jahren mit einer Steuersenkungsarie zu tun gehabt, an der auch die SPD und die GRÜNEN beteiligt waren. Das war ein Riesenfehler und muss umgekehrt werden.

(*Robert Bläsing FDP: Die Steuereinnahmen sind trotzdem gestiegen!*)

Ich freue mich, dass Sie sich mit uns auf den Weg begeben und Steuererhöhungen fordern. Es muss eine gerechte Steuer geben und es muss auch die Vermögensteuer geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich freue mich, dass Senator Scheele gesagt hat, am Arbeitsmarkt müsse wieder Ordnung hergestellt werden. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts ist das Ergebnis der Agenda 2010, an der Sie beteiligt waren; das muss alles zurückgedreht werden. Wir hoffen, dass wir da auf einen guten Weg kommen. Der ver.di-Vorsitzende Herr Abel hat gesagt

(Glocke)

– ich bin gleich fertig –:

"Glaubwürdigkeit erlangt man nicht durch Erklärungen, sondern nur durch politisches Handeln."

Ich fordere SPD und GRÜNE auf, gemeinsam mit uns endlich dafür zu sorgen, dass wir wieder zu einer sozialen Gerechtigkeit in diesem Land zurückfinden.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Hajduk hat das Wort.

**Anja Hajduk GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bläsing, ich möchte noch einmal auf einige Aspekte eingehen, weil ich Sie vorhin zugegebenermaßen auch angegriffen habe.

(*Jens Kerstan GRÜNE: Zu Recht!*)

Mir ist Folgendes wichtig: Wenn wir eine Vermögensabgabe so machen könnten – das hatten Sie missverstanden –, wie wir GRÜNE sie vorschlagen, dann handelte es sich dabei nicht um Peanuts, sondern um 100 Milliarden Euro, die wir über einen Zeitraum von zehn Jahren einnehmen würden. Diese immense Summe käme zusammen, obwohl man nur die absolute Spitze der Vermögenden in Deutschland besteuern und faktisch ausschließen würde, dass kleine und mittelständische Unternehmen in ihrem Bestand besteuert würden, da man das an relativ hohen Ertragswertgrenzen festmachen würde. Im Grunde macht diese Summe von 100 Milliarden Euro Einnahmepotenzial nur deutlich, wie hoch die Zuspitzung der Vermögensverteilung in unserem Land mittlerweile ist. Es geht dabei auch gar nicht darum, einfach nur zu sagen, dass es gut ist, soviel Steuern wie möglich einzunehmen; Steuern müssen eine Rechtfertigung haben. Es gibt aber eine Expertise des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.), nach der die öffentlichen Haushalte durch die Bekämpfung der Finanzkrise, bei der im Wesentlichen Unterstützungsgelder an Bankinstitute fließen, mit ungefähr 115 Milliarden Euro belastet werden. Der Grundgedanke dieser Vermögensabgabe ist, diese zusätzliche Verschuldung zu dem bereits jetzt schon sehr hoch gewachsenen Schuldenberg – mit weiteren 400 Milliarden erreichen wir 2000 Milliarden Euro – von denjenigen steuerlich versuchen gegenfinanzieren zu lassen, die das viel leichter als andere tragen können. Das ist der Grundgedanke, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Es gibt mit Sicherheit eine breite gesellschaftliche Akzeptanz, darüber zumindest nachzudenken. Man kann dann immer noch unterschiedliche Lösungen verfolgen. FDP und GRÜNE werden da nicht zusammenkommen, aber das ist auch gar nicht Ziel meiner Ansprache. Ich wollte Ihnen nur vor Augen führen, dass wir uns sehr wohl damit auseinandersetzen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen solche Steuern haben und welche Gerechtigkeitsdefizite mit ihnen aufzufangen sind.

Das war sicherlich eine rhetorisch aufgeheizte Debatte, das gebe ich zu, aber ich sage Ihnen ganz ernsthaft, Herr Heintze: Es geht uns nicht um Folklore, sondern um ein äußerst aktuelles Thema. Die Situation hat sich so zugespitzt, dass neben der Finanzkrise die fehlenden Regulierungen im Finanzmarkt Effekte auslösen, die die Realwirtschaft zutiefst verunsichern. Deswegen finde ich es richtig, dass wir uns den Zusammenhängen von Finanzmarktkrise, Gerechtigkeitskrise und möglichen globalen Effekten stellen. Und deswegen ist es Kern dieser Debatte, wie wir steuerlich eingreifen und die Staatsverschuldung auf eine möglichst gerechte Weise in den Griff bekommen können. Das ist die Frage, die sich in einer neuen Aktualität stellt.

**(Anja Hajduk)**

Zu Frau Heyenn: Ich glaube, dass die Zeit heute eine andere ist und dass sich die Diskussion gegenüber den Auseinandersetzungen, die wir um das Jahr 2000 herum geführt haben, noch einmal verändert hat, auch wenn man die langfristigen Auswirkungen von Steuergesetzen besser berücksichtigen können sollte. Aber ich glaube, dass sich die Politik, und zwar nicht nur die der linken Parteien, um diese Gerechtigkeitsproblematik und um die Steuerungsfähigkeit kümmern muss, denn letztendlich hängt der Bestand und die Stabilität unseres demokratischen Systems daran, wie wir mit diesen Finanzmarktproblemen umgehen und ob wir wieder Orientierung geben können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Andrea Rugbarth* und *Juliane Timmermann*, beide SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Vielen Dank. – Herr Hackbusch hat das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wurde von Herrn Heintze persönlich angesprochen und möchte ihm natürlich gern antworten. Wir haben mit dem Armuts- und Reichtumsbericht eine Bilanz der Politik der letzten zehn oder zwanzig Jahre in harten Zahlen vorliegen. Damit muss man sich auseinandersetzen. Herr Bläsing, wir beide werden uns zusammensetzen und eine gemeinsame Erklärung dazu verfassen, was die fehlenden 800 Milliarden Euro bedeuten. Dann werden Sie Ihre Klatscher nicht mehr bekommen, da bin ich mir sicher. Aber das ist mir jetzt nicht so wichtig.

Herr Heintze, es ist völlig richtig, 1998 habe ich persönlich Wahlkampf für Rot-Grün gemacht. Ich habe gesagt, es wird mehr Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft geben. Ich bin damit auf die Schnauze gefallen, bin bei den GRÜNEN ausgetreten und habe gesagt, dass es so nicht weitergehen kann. Insofern habe ich da eine ordentliche Bilanz.

(*Robert Bläsing FDP:* Mal wieder!)

Ich will noch einmal darauf eingehen, was mir das Wichtigste an den vorliegenden Zahlen ist und was ich bei Ihren Ausführungen am meisten vermisst habe. Der härteste Fakt ist doch, dass 50 Prozent der Gesellschaft jeden Tag unter schlechten Bedingungen rackern. Sie strengen sich an, sie leisten etwas, Herr Bläsing, aber sie bekommen immer weniger. Vor 20 Jahren haben sie 4 Prozent des Volkseigentums besessen, 2008 war es nur noch 1 Prozent. Das ist ein dramatisches Zeichen für unsere Gesellschaft, und da kann man nicht sagen, es gehe dabei nur um die bösen 10 Prozent, die sowieso nichts leisten. Es ist die Mitte dieser Gesellschaft, die betroffen ist, und damit müssen Sie sich auseinandersetzen, das zeigen die Fakten.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Daniel Gritz* und *Dr. Isabella Vértes-Schütter*, beide SPD)

Dann muss ich leider noch einmal auf die Politik der SPD zu sprechen kommen. Es ist völlig richtig, wenn Sie sagen, die Einführung des Mindestlohns sei ein wichtiger Schritt, wir müssten etwas machen. Ich möchte mich noch einmal beim "Hamburger Abendblatt" für die tolle Wochenendbeilage bedanken; da haben wir einiges abzuarbeiten.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Schleim mal nicht rum!)

Was wir aber bei den laufenden Haushaltsberatungen vorgelegt bekommen, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Mit der Beschränkung für die Zuwendungsempfänger in dieser Stadt auf ein Plus von 0,88 Prozent, obwohl alle wissen, dass aufgrund der anstehenden Tariferhöhungen mehr Geld für das Personal gebraucht werden wird, legen Sie, Herr Scholz und die Mitarbeiter Ihrer Behörden, den Zuwendungsempfängern unter der Hand nahe, doch einfach aus dem Tarifvertrag auszutreten,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das stimmt so nicht!)

um flexibel genug zu sein, in dieser Lage zurechtzukommen. Das können Ihnen etliche bestätigen; wir alle kennen Beispiele. Fragen Sie einfach die Zuwendungsempfänger im Kita-Bereich oder in den Bücherhallen. Das ist die Realität, und das ist eine Kriegserklärung an die Gewerkschaften in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Es widerspricht auch dem, was Sie so groß angekündigt haben. Nehmen Sie das zurück, dann wäre schon ein Schritt getan, um diesen Skandal, der im Armuts- und Reichtumsbericht deutlich geworden ist, in dieser Stadt zu verändern. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel* und *Christa Goetsch*, beide GRÜNE)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Rose hat das Wort.

**Wolfgang Rose SPD:**\* Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Erst einmal eine Bemerkung zu Herrn Heintze. Seit es die Debatte um den Mindestlohn gibt, gibt es auch den Versuch, Tarifverträge und gesetzlichen Mindestlohn gegeneinander auszuspielen. Aber wir Gewerkschafter, die Sozialdemokratie und alle anderen Akteure haben doch zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir mittlerweile – und das ist nicht nur eine Frage des deutschen Einigungsprozesses, sondern auch in Westdeutschland so – eine wachsende Anzahl von Betrieben und eine noch stärker wachsende Anzahl von Beschäftigten haben, die mit dem von der Verfassung vorgesehe-

**(Wolfgang Rose)**

nen Instrument Tarifvertrag nicht mehr erreicht werden können. Das kann man, wenn man will, polemisch als Schwäche der Gewerkschaften auslegen, aber es ist, wenn man genauer hinschaut, eine strukturelle Frage der Arbeitswelt in unserem Land. Über die Ursachen kann man lange diskutieren. Was man aber nicht machen darf, ist, diese Frage gesellschaftspolitisch auf dem Rücken derjenigen auszutragen, die durch das Instrument des Tarifvertrags nicht mehr geschützt werden können. Wenn das so ist, dann muss der Gesetzgeber, wie bei vielen anderen Fragen auch, seine Verantwortung erkennen und sagen: An dem Punkt muss eine Untergrenze eingezogen werden.

*(Roland Heintze CDU: Das tut er doch auch in vielen Bereichen!)*

Wenn Sie sich nach vielen Jahren der Debatte immer noch hinstellen und behaupten, dass das etwas sei, was sich gegen die Tarifautonomie richte, dann liegen Sie völlig falsch und haben jahrelang nicht aufgepasst. Sie versuchen, dieses Thema auf dem Rücken der Beschäftigten, und zwar der Niedriglöhnerinnen und Niedriglöhner, auszutragen. Das ist nicht nur eine ökonomische Frage, sondern auch eine moralische; das sollten Sie nicht tun.

*(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)*

Das mit der Kriegserklärung, Norbert Hackbusch, ist für jemanden wie mich schwierig zu kommentieren.

*(Olaf Ohlsen CDU: Sie sitzen doch zwischen den Stühlen als Gewerkschafter!)*

– Ich wäre auch der Letzte, Herr Ohlsen, der den Gewerkschaften, bis vor wenigen Wochen noch mir selber, nicht das Recht zusprechen würde, in der Öffentlichkeit zu dieser Frage interessenpolitisch klar aufzutreten.

Man muss sich zugleich aber einmal Ihre Broschüre anschauen.

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Meine?)*

– Ja, ich habe in der Zeitung gelesen, dass Norbert Hackbusch und Joachim Bischoff der Öffentlichkeit diese Broschüre vorgestellt haben.

*(Heike Sudmann DIE LINKE: So was Gutes haben wir bei uns!)*

Das ist richtig, oder?

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ich wollte es nur noch mal wissen!)*

Also, ich habe mir diese Broschüre angeschaut.

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Können Sie den Titel noch mal sagen?)*

– Darauf komme ich gleich noch.

Da ist natürlich akribisch dargestellt, welche Auswirkungen die Haushaltspolitik, wie wir sie gerade in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss diskutieren und im Dezember beschließen werden, haben wird. Diese Broschüre hat den Titel "ABGESCHOLZT". Wenn ich mir dann aber anschau, was in ihr an Vorschlägen für Einnahmeverbesserungen enthalten ist, die Voraussetzung dafür sind, dass das, was an sozialen Leistungen als Status quo in dieser Stadt erhalten bleiben muss, auch finanzierbar ist, dann sehe ich da im Wesentlichen zwei Punkte: Das eine sind Steuer-verbesserungen, insbesondere durch die Vermögensteuer, und das andere Verbesserungen im Steuervollzug. Bei Letzterem ist es so, dass die Finanzbehörde dabei ist, entsprechende Vorschläge zu entwickeln, und bei allem anderen müssen diese Beschlüsse auf Bundesebene gefasst werden. Insofern sollten Sie sich einmal überlegen, ob Sie als Titel Ihrer Broschüre statt "ABGESCHOLZT" nicht eher "ABGEMERKELT" wählen sollten; das fände ich richtig an diesem Punkt.

*(Beifall bei der SPD)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Hackbusch hat das Wort.

*(Jens Kerstan GRÜNE: Das könnt Ihr doch beim Bier klären!)*

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur wenige Worte dazu. Das Wichtige waren die 0,88 Prozent. Diese 0,88 Prozent waren der Grund, das harte Wort "Kriegserklärung" zu benutzen. Eine Begründung für die Existenz der Gewerkschaften ist ihre Fähigkeit, Tarifverträge abschließen zu können. In dem Augenblick, wo das angegriffen wird, werden die Gewerkschaften in ihrer Substanz angegriffen. Das ist nicht nur meine Meinung und es ist auch keine rein gewerkschaftliche Position. So hat zum Beispiel Frau Stoltenberg vom Diakonischen Werk Hamburg am letzten Wochenende in einem Interview mit "Der Welt" deutlich dargestellt, was das für die Arbeitsverhältnisse im Rahmen der Diakonie bedeutet, die ein wichtiger Arbeitgeber in dieser Stadt ist, und dass sie nicht weiß, wie sie diese aufrechterhalten kann. Die Verantwortung dafür liegt bei dem, der das durchsetzen will, und das ist Herr Scholz, der hier sitzt und sicher zustimmen würde, dass er die Verantwortung hat. Dementsprechend ist der Titel dieser Broschüre völlig richtig.

*(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)*

Die Frage ist: Wie sind wir in der Lage, das zu verändern? Wir wollen in den letzten zwei Minuten keine Haushaltsdebatte führen, wir werden noch mehr Vorschläge machen, aber eines ist doch deutlich: Die Einnahmesituation der Stadt Hamburg wird auf Bundesebene bestimmt, weil die

**(Norbert Hackbusch)**

Bundesebene die Steuern festlegt. Wir können uns zehnmal drehen und sagen, dass Einnahmeverbesserungen notwendig sind, was einmal einvernehmliche Position aller Linken dieser Stadt gewesen ist. Das muss über den Bund gehen, anders sind wir nicht in der Lage, Einnahmeverbesserungen hinzubekommen. Dementsprechend ist das eine kein Widerspruch zum anderen, und ich freue mich, dass Sie die Broschüre gelesen haben. Wir werden das gerne noch weiter diskutieren.  
– Tschüss.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Gibt es weitere Wortmeldungen zum ersten Punkt der Aktuellen Stunde? – Dies ist nicht der Fall.

Dann frage ich die Freie Demokratische Partei, ob Sie darauf besteht, für fünf Minuten ihr Thema aufzurufen zu lassen? – Dem ist nicht so. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 20/5256: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:  
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung  
– Drs 20/5256 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Dies ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen. Das Wahlergebnis wird ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.\*\*

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 20/5272, Antrag der CDU-Fraktion: Keine Sonderrechte mehr für Occupy Hamburg.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Keine Sonderrechte mehr für Occupy Hamburg  
– Drs 20/5272 –]**

\*\* Wahlergebnis, siehe Seite 3094

Wer wünscht das Wort? – Herr Voet van Vormizeele.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Die Grausamkeiten gehen weiter!)

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Pünktlich zur heutigen Debatte hat das Bezirksamt Hamburg-Mitte der Presse gestern mitgeteilt, dass es auch weiterhin das Occupy-Camp dulden werde. Nun will ich mich gar nicht darüber aufregen, wie viel Respekt der sozialdemokratische Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte damit gegenüber dem Parlament zeigt, aber am Vorabend einer Debatte in der Bürgerschaft zu diesem Thema finde ich das schon einen bemerkenswerten Vorgang.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sicher, dass Frau Özdemir gleich die große rhetorische Keule herausholen und uns erklären wird, dass die Zelte von circa 15 Menschen, die seit gut einem Jahr in bester Hamburger Lage wild campieren, größtenteils ohne sanitäre Anschlüsse, eigentlich der Aufbruch der Massen gegen das System seien, welches Systems auch immer. Wir können uns lange über die Frage streiten, ob der klägliche Rest von 15 Menschen wirklich Ausdruck eines weltweiten Aufbruchs gegen was auch immer sein mag. Worüber man aus meiner Sicht aber nicht streiten kann, ist die Tatsache, dass wir hier nicht mehr über eine Anwendung des grundrechtlich geschützten Demonstrationsrechts reden, sondern schlichtweg über die Besetzung eines wichtigen Teils der Hamburger Innenstadt.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchten womöglich viele Menschen ihre Zelte gern einmal mitten in der Hamburger City aufschlagen, sie können und dürfen es aber nicht, weil wir in unserem Gemeinwesen Regeln haben, nach denen wir unser Zusammenleben gestalten. Zu diesen Regeln gehört auch die Vereinbarung, wo man in dieser Stadt wohnen darf, wo man arbeiten kann und natürlich auch, wo allgemein zugängliche öffentliche Plätze sind. Mit der Teilbesetzung des Gerhart-Hauptmann-Platzes haben wir diesen zentralen Platz der Allgemeinheit in Hamburg entzogen. Das kann man machen, wenn man damit wichtige andere Interessen verfolgt, und so war es vor einem Jahr durchaus richtig, den Menschen, die für die Occupy-Bewegung demonstrieren wollten, diesen Platz eine Zeit lang zu überlassen. Aber die Frage bleibt doch, wann diese Demonstration eigentlich in eine dauerhafte Aneignung dieses Platzes überging. Vom Senat wird das weiterhin geduldet, aber nur, solange keine anderen Interessen des Bezirks Hamburg-Mitte vorliegen. Das heißt im Klartext: Wenn es um gebührenträchtige Einnahmen geht wie beim Weihnachtsmarkt

**(Kai Voet van Vormizeele)**

und anderen Aktivitäten, dann hat das Vorrang und die Weltrevolution fällt für eine Zeit lang aus, geht es aber nicht um gebührenpflichtige Einnahmen, sondern nur um den Normalbürger, dann dürfen auch künftig weiterhin gern Zelte in der Innenstadt aufgeschlagen werden.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir beim zentralen Punkt dessen, was dort stattfindet und offenbar auch Wille der sozial-liberalen Koalition in Hamburg-Mitte ist, nämlich bei der Frage, ob hier nicht eigentlich Eigennutz vor Gemeinwohl geht. Haben wir es hier nicht mit der hemmungslosen Hinnahme der Verwahrlosung eines wichtigen Bereiches unserer Stadt zu tun?

(Beifall bei der CDU)

Das, was dort auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz geschieht, ist schon lange nicht mehr mit dem legitimen Ausdrücken einer politischen Meinung zu begründen, sondern ist schlichtweg die Bekundung staatlichen Desinteresses am öffentlichen Raum.

Damit sind wir dann auch bei dem Punkt, der die Hamburger in den letzten Monaten offensichtlich vermehrt umgetrieben hat. Nicht nur der zentral gelegene Gerhart-Hauptmann-Platz wird als rechtsfreier Raum behandelt, auch der Hauptbahnhof ist wieder auf dem Weg zurück in die Verhältnisse von vor 2001. Laut einer sehr schönen, heute Morgen von "Radio Hamburg" veröffentlichten repräsentativen Umfrage sind 70 Prozent der Hamburger in den letzten Monaten am Hauptbahnhof Ziel einer Belästigung geworden, und eine überwältigende Anzahl der Hamburger schämt sich, auswärtigen Gästen den Hauptbahnhof zu präsentieren. Ich finde, das ist eine traurige Aussage, werte Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist leider eine Tatsache, dass Gleichgültigkeit bei der Verwahrlosung des öffentlichen Raums weitere Verwahrlosung nach sich zieht, und deshalb muss konsequent gegen solche Erscheinungen vorgegangen werden.

(Beifall bei der CDU)

Das Occupy-Zeltlager ist schon lange keine politische Aussage mehr, sondern einfach die illegale Nutzung öffentlicher Wegeflächen. Deshalb muss die Nutzung beendet werden, und es darf auch in ein paar Monaten nicht, wie bisher geplant, zu einer Fortsetzung kommen. Andere Städte wie das sozialdemokratisch regierte Frankfurt haben längst Konsequenzen gezogen. Hamburg muss dies auch tun, ansonsten weiß ich nicht, wie man Menschen in dieser Stadt in Zukunft erklären soll, warum sie ihre Wohnwagen nicht im Stadtpark aufstellen dürfen; das müsste dann schließlich auch legitim sein.

Das kann nicht Sinn und Zweck sein, was Sie wollen, und deshalb muss die Bürgerschaft ein deutliches Signal setzen, dass die weitere Verwahrlosung unserer Stadt nicht hingenommen wird, und ein klares Bekenntnis dazu ablegen, dass die Besetzung dieses Platzes beendet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Fock hat das Wort.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

**Jan-Hinrich Fock SPD:** Herr Hamann, wir hatten einmal eine Große Koalition, wie ich mich erinnere, und da hieß unser Thema Bambule. Das haben wir nicht mit großen Worten und Geschrei und Theaterdonner hinbekommen, sondern das Problem hat sich eigentlich sehr gut von selbst gelöst. Ich möchte einmal Revue passieren lassen, was Sie, Herr van Vormizeele, gesagt haben. Sie unterstellen den Sozis, dass sie die ganze Stadt vernachlässigen würden. Dazu haben Sie einen großen Bogen geschlagen vom Hauptbahnhof bis zum Stadtpark. Ich darf einmal darauf hinweisen, was Sie in Ihrem Antrag fordern. In Nummer 1 fordern Sie, der Gerhart-Hauptmann-Platz solle geräumt werden, wenn die Occupy-Bewegung den Platz nicht spätestens bis zum 1. Oktober 2012 verlässt. Nun liegt dieser Antrag – das musste ja nach den drei Schriftlichen Kleinen Anfragen von Ihnen so kommen – hier vor. Das war so sicher wie das Amen in der Kirche und ist auch Theaterdonner. Haben Sie eigentlich einmal mit den Beteiligten gesprochen?

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Meinen Sie die Bürger?)

– Herr van Vormizeele, unter Beteiligten verstehe ich, dass man einmal mit den Aktivisten der Occupy-Bewegung spricht.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Mit welchem Ziel?)

Ich habe das getan, und es war an und für sich ein sehr konstruktives Gespräch. Ich habe gefragt, ob sie den Gerhart-Hauptmann-Platz zum 1. Oktober verlassen und Platz für den Handwerkermarkt und anschließend für den Weihnachmarkt machen wollen oder nicht. Natürlich machen sie Platz. Vielleicht kommen sie danach wieder zurück – das ist noch nicht ganz raus –, aber auf jeden Fall werden sie diesen Platz verlassen, sodass dieses Argument schon einmal völlig entfällt.

(*Roland Heintze CDU:* Sollten wir Sie als Mediator einsetzen?)

– Hören Sie sich das doch ruhig einmal an.

**(Jan-Hinrich Fock)**

Ich habe dann mit diesen Menschen gesprochen und gefragt, ob sie wüssten, dass die CDU diesen Antrag gestellt habe.

*(Olaf Ohlsen CDU: Natürlich!)*

Die haben den Antrag gelesen und völlig zu Recht gefragt: Was soll das, wir gehen doch freiwillig? Die Antwort haben Sie eben selbst gegeben. Sie wollen, dass geräumt wird, raus aus der Stadt mit diesen Schmuttelkindern von Occupy. Wohlweislich, Occupy ist eine Organisation, die große Sympathien hat etwa bei der SPD, den GRÜNEN, der LINKEN, ob auch bei der FDP, das weiß ich nicht.

*(Anna-Elisabeth von Treuentfels FDP: Wir fragen sie dann noch mal!)*

Ich höre auch vom Bundesfinanzminister und von der Bundeskanzlerin, dass sie durchaus Sympathie haben und die Bewegung gut finden. Jetzt wollen Sie aber erst einmal alles platt machen, das Camp soll weg, es soll geräumt werden. Ich habe natürlich auch mit den Verantwortlichen der HSH gesprochen und zu hören bekommen, dass diese ziemlich entspannt mit der gesamten Situation umgehen. Es ist so, dass dort auch die Toilette benutzt werden kann.

*(Glocke)*

Darf ich eben noch meinen Satz zu Ende bringen?

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Nein, jetzt habe ich das Wort.

*(Dr. Mathias Petersen SPD: Er kann doch wohl seinen Satz zu Ende sprechen!)*

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Voet van Vormizeele?

**Jan-Hinrich Fock SPD:** Ja.

**Zwischenfrage von Kai Voet van Vormizeele** CDU: Vielen Dank. Herr Kollege, können Sie mir kurz erklären, wenn die Sympathien der Sozialdemokraten so groß sind und so grundsätzlich, warum dann ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister von Frankfurt vor wenigen Wochen, übrigens ausgesprochen gewaltsam, das Lager von Occupy in Frankfurt geräumt hat?

*(Hansjörg Schmidt SPD: Das ist doch was anderes!)*

**Jan-Hinrich Fock SPD** (fortfahrend): Die Situation in Frankfurt ist eine andere. Herr van Vormizeele, es ist schon ein Unterschied, wenn so etwas großflächig vor der EZB passiert. Ich möchte, lassen Sie mich das noch einmal erläutern, dass diese Situation in Hamburg nicht eintritt.

*(Beifall bei der SPD)*

Ich war stehengeblieben, als ich gesagt habe, dass ich mit den Verantwortlichen der HSH gesprochen habe. Die sagten, an und für sich gingen sie mit der Situation recht entspannt um.

*(Dirk Kienscherf SPD: Die haben andere Sorgen!)*

Natürlich werden Occupy und HSH niemals Freunde werden in diesem Leben, aber es sieht so aus, dass sie auf jeden Fall etwas nicht wollen. Sie wollen nicht, dass dort bürgerkriegsähnliche Zustände,

*(Roland Heintze CDU: Bei 15 Menschen!)*

die bei einer Räumung offensichtlich unabdingbar sind, vor ihrer Haustür passieren – das auf jeden Fall nicht. Das hat auch diese Stadt nicht verdient, das muss man auch einmal klar und deutlich sagen.

*(Beifall bei der SPD)*

Wenn wir jetzt Ihren Antrag einmal beurteilen, dann muss man das in diesem Kontext tun. Das Erste ist die Zuständigkeit. Zuständig, das haben Sie auch schon gesagt, ist das Bezirksamt beziehungsweise die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte. Von der dortigen CDU habe ich keine Impulse vernommen, die sich damit befassen, dass Occupy weg soll. Einen Anlass sehe ich auch nicht. Natürlich gibt es dort einige Vorkommnisse, aber ob die nun alle Occupy zugerechnet werden können, sei dahingestellt. Es gab einen schwerwiegenden Anlass, das war die Stürmung der Deutsche-Bank-Filiale am Adolphsplatz, und das sind Dinge, die werden wir nicht gutheißen. Es ist sicherlich richtig, dass die Deutsche Bank Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet hat.

*(Dietrich Wersich CDU: Ich denke, die haben Ihre Sympathie! Waren das denn andere?)*

– Das hat mit Sympathie nichts zu tun. Es ist auch nicht das Ziel von Occupy, Banken zu stürmen, das ist völlig unsinnig.

Jetzt kommen wir zur juristischen Beurteilung. Im Grunde genommen geht es um die Frage, ob die Occupy-Besetzung – in Anführungsstrichen – des Gerhard-Hauptmann-Platzes eine Versammlung im Sinne des Artikels 8 Grundgesetz ist. Das bleibt unklar, jedenfalls nach meinen Informationen. Rechtlich ist es tatsächlich eine vom Bezirksamt geduldete Nutzung ohne formale Genehmigung. Im Grunde genommen bringt uns diese juristische Beurteilung nicht weiter.

Ich komme zu der politischen Würdigung. Die CDU will räumen, und damit provozieren Sie eine Eskalation, die in keiner Weise dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht; das muss man mit aller Klarheit deutlich machen. Haben Sie sich eigentlich Gedanken gemacht, was Ihr Antrag auslösen kann? Ich kann mir vorstellen, dass sich schon ei-

**(Jan-Hinrich Fock)**

nige Touri-Chaoten in Berlin oder Frankfurt die Stiefel schnüren, um nach Hamburg zu kommen. Es werden bei einer Räumung Bilder von Hamburg möglicherweise um die Welt gehen, die mit der Weltoffenheit und Toleranz dieser Stadt in keiner Weise vereinbar sind.

*(Hans-Detlef Roock CDU: Du liebes Lottchen!)*

Im Übrigen – Herr Wersich, hören Sie einmal zu – meine ich, dass Ihr Antrag auch den Bemühungen um eine moderne Großstadtpartei, die die CDU sein will, entgegensteht. Sie machen im Grunde genommen genau das Gegenteil von dem, was der Zielsetzung der modernen Großstadtpartei entsprechen würde.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Davon haben die sich eh verabschiedet!)*

Auf den Punkt gebracht lautet die Frage: Geht es um Scharfmacherei oder um Besonnenheit? Wir wählen die Besonnenheit und werden Ihren Antrag ablehnen.

*(Beifall bei der SPD)*

Im Übrigen hoffen wir, dass weiterhin alles friedlich verläuft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Bevor ich Frau Möller das Wort gebe, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Beifallskundgebungen im Plenum passieren, aber nicht auf der Besuchertribüne.

Frau Möller hat das Wort.

**Antje Möller GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe auch nach der Rede von Herrn van Vormizeele nicht wirklich verstanden, was eigentlich die Intention des Antrags ist. Wollen Sie wieder einmal über mehr Sauberkeit in dieser Stadt reden, oder wollen Sie noch einmal die politische Auseinandersetzung, die Sie eben in der aktuellen Stunde schon verweigert haben, über das, wofür Occupy steht? Ich glaube, dass Sie selbst nicht wissen, was Sie mit diesem Antrag erreichen wollen.

Zur Frage der Störung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung wurde eben schon vom Kollegen der SPD einiges gesagt. Es gibt klare Regelungen und es wird auch eingegriffen, wenn es nötig ist. Die andere Frage lautet, was ist eigentlich weltweit von der Occupy-Bewegung noch zu sehen? Dieses ist tatsächlich der letzte noch nicht geräumte Standort eines Camps in Deutschland, und dabei sollten wir es auch belassen, schlicht und einfach.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)*

Die Vereinbarung, die es mit dem Bezirk gibt, dann, wenn der Platz genutzt wird, ...

*(Zuruf von Roland Heintze CDU)*

– Vielleicht nicht Weltkulturerbe, das mag zu viel sein, aber immerhin haben sie an der Documenta teilgenommen. Das war doch schon mal etwas, Herr Heintze.

In dem Sinne brauchen wir nämlich Anstöße, um über das Thema, für das Occupy steht, zu diskutieren. Auch in diesem hamburgischen Camp werden immer wieder Angebote gemacht, Angebote zu Diskussionen, Angebote, einfach nur zuzuhören oder etwas loszuwerden. Solche Angebote gibt es viel zu wenige in dieser Stadt.

Was Sie mit dem Antrag erreichen wollen, warum Sie sich darüber beschwerten, dass der Bezirk schon reagiert hat und es, was eigentlich alle schon seit Wochen wissen, einvernehmliche Vereinbarungen für die nächsten Wochen und Monate bezüglich der Nutzung des Platzes gibt, habe ich nicht verstanden. Ich glaube, Sie kommen nicht weiter mit diesem Antrag, und vor allem kommen Sie nicht weiter, wenn Sie so sehr deutlich machen, dass es Ihnen schlicht und einfach nur darum geht, prekäres Leben, Armut, Dinge, die nicht den mittelständischen Lebenszielen entsprechen, auf der Straße nicht sehen zu müssen. Darüber wollen Sie vielleicht auch gar nicht stolpern. Ich glaube, dass die Allgemeinheit überhaupt nicht eingeschränkt ist in der Nutzung dieser öffentlichen Fläche, sondern dass sie mit dem Occupy-Camp schlicht und einfach ein neues Angebot bekommen hat, und das sollten wir weiter nutzen.

*(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)*

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Frau von Treuenfels.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der CDU, vor einem Jahr war die Occupy-Bewegung noch in aller Munde. Heute, zwölf Monate später, sind ihre Camps in den Weltfinanzzentren zwischen der Wall Street und der Frankfurter EZB aufgelöst. Es wird stiller um die Protestbewegung, wohl auch, weil viele Menschen erkannt haben, dass okkupieren keine Probleme lösen kann. Nun kommt die Hamburger CDU und will ausgerechnet vor der kränkelnden HSH Nordbank eine Räumung des dortigen Restcamps beschließen lassen. Eine bessere Methode, um diese sterbende Bewegung wiederzubeleben, gibt es wahrscheinlich nicht.

*(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Das sehe ich auch so!)*

– Ja, das sehe ich so.

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

Etwas Besseres, um auf sich aufmerksam zu machen, scheint der Hamburger CDU im Moment nicht eingefallen zu sein. Das ist schade, denn Sie unternehmen hier den untauglichen Versuch, mit einem völlig überflüssigen Antrag Polizeihardliner zu spielen. Nach Ihren eigenen Worten geht es um eine Räumungsverfügung und deren Durchsetzung. Für beides – jetzt müssen wir doch einmal juristisch werden – bestehen klar geregelte Zuständigkeiten, und die liegen weder beim Senat noch bei der Bürgerschaft. Daher sollten wir uns grundsätzlich davor hüten, ungefragt und ohne Not neue Zuständigkeiten zu kreieren und schon gar nicht mit Vorratsbeschlüssen. Das ist weder nötig noch klug. Außerdem sollten Sie einmal die Kirche im Dorf lassen. Mit knapp einem Dutzend Zelten und den dazugehörigen Bewohnern werden die Behörden mit Sicherheit in Ruhe fertig werden. Ich habe daran jedenfalls keinen Zweifel.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sehr gut!)

– Vielen Dank, das muss ich auskosten, Beifall von der SPD.

Wenn man sich schon in der Sache mit dem Camp beschäftigt, sollte dies zumindest auf differenzierte Art und Weise geschehen. Das fand ich bei der CDU nicht ganz gelungen. Sie monieren das Fehlen einer Genehmigung. Wir vermissen an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit der Fragestellung, ob es hier wirklich einer Genehmigung bedarf. Dass das Ganze nicht so einfach ist, zeigt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom August dieses Jahres. Gleich über mehrere Seiten setzt sich das Gericht dezidiert mit der Fragestellung auseinander, ob die konkrete Veranstaltung von Occupy in Frankfurt noch unter den Versammlungsbegriff fällt oder eine Sondernutzung darstellt. Die CDU hingegen glaubt, in Hamburg mit einem einzigen Satz eine Antwort auf diese komplexe Frage geben zu können, nicht schlecht. Sie machen es sich etwas einfach.

Der entscheidende Punkt ist und bleibt allerdings, dass weder Senat noch Bürgerschaft zuständig für den Erlass einer Räumungsverfügung und deren Vollstreckung sind. Hätten Sie, liebe Kollegen von der CDU, dies von vornherein erkannt, könnten wir uns hier und heute die Befassung mit einem, wie ich finde, etwas überflüssigen Antrag ersparen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Özdemir hat das Wort.

**Cansu Özdemir** DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich frage

mich, was eigentlich Ihr Problem ist. Ich frage mich, welches Problem haben Sie mit Occupy Hamburg?

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich stellt sich auch die Frage, was Sie zu dem merkwürdigen Populismus hier und heute führt.

(*Wolfgang Rose SPD*: Wir wollen die aufwerten!)

Jetzt mal ehrlich, Sie wollen ein Camp räumen lassen, das für nächste Woche seinen Umzug angekündigt hat. Haben Sie in dieser Zeit wirklich nichts Besseres zu tun?

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In Ihrem Antrag fordern Sie nicht nur die Räumung, sondern auch, dass die Bewegung nie wieder zurückkehren kann. Anscheinend haben Sie große Angst vor dieser Bewegung. Ich möchte Ihnen einmal darstellen, wie ungefährlich die Aktivisten dieser Bewegung eigentlich sind. Zunächst einmal beziehen sie sich auf die Deklaration der Menschenrechte von 1948, sie bekennen sich zum Völkerrecht, sie bekennen sich zum Grundgesetz und sind empört über die herrschenden Verhältnisse, sie fordern einfach nur eine gerechtere Verteilung der Reichtümer auf dieser Welt. Was soll daran, bitte schön, gefährlich sein?

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gert Kekstadt SPD*)

Ich kann Ihnen auch sagen, was auf dem Gelände gemacht wird, was die Menschen den ganzen Tag über tun. Sie treffen sich, Sie diskutieren, sie machen Workshops – das kann man alles auf ihrer Website lesen, das ist höchst transparent –, sie setzen sich auseinander mit sich selbst, mit der Welt, so, wie sie ist oder so, wie sie sein könnte, sie machen sich Gedanken und sie fühlen sich verantwortlich für die Gesellschaft. Daran ist doch nichts Gefährliches.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phylliss Demirel* und *Christa Goetsch*, beide GRÜNE)

Wir leben in einer Demokratie und da ist es doch ganz normal, dass Menschen teilhaben möchten, dass sie sich an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen möchten, und das sollten wir doch bitte respektieren. Wir als Links-Fraktion finden das gut. Wir finden es gut, wenn Menschen zusammenkommen, wenn Menschen diskutieren, sich darüber Gedanken machen, was sich auf der Welt ändern sollte. Das sollte noch viel häufiger passieren, vor allem in unserer Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus macht die CDU aus einer Sache ein Problem, das gar keines ist. Die Leute von Oc-

**(Cansu Özdemir)**

cupy sprechen mit dem Bezirksamt, und das Bezirksamt hat auch kein Problem erkannt. Ich verstehe nicht, Herr van Vormizeele, warum Sie es so schlimm finden, wenn Menschen ihre Grundrechte wahrnehmen. Zu einer Demokratie gehören Menschen, die sich beteiligen, die auch mitgestalten möchten und sich einmischen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch Protest auf der Straße gehört dazu, und das Versammlungsrecht ist ein Grundrecht. Ich denke, Ihr eigentliches Problem ist nicht, dass Menschen sich dort versammeln, Ihr eigentliches Problem ist der Inhalt, nämlich der Protest gegen die Bankenmacht und der Protest gegen die ungerechte Vermögensverteilung, der Protest, der deutlich macht, wie unerträglich die soziale Spaltung ist, wie wir sie auch in unserer Stadt sehen können. Wir haben vorhin in der Aktuellen Stunde über den vierten Armutsbericht gesprochen. In dem Bericht können Sie noch einmal nachlesen, nicht nur im Vorwort, wie die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, und vielleicht können Sie sich dann vorstellen, warum die 99 Prozent sich gegen das eine Prozent wehren. Zur Aufklärung sei noch einmal gesagt, die 99 Prozent sind die, die in der Finanzkrise verloren haben. Das sind die Menschen, die jetzt das ausbaden müssen, was das eine Prozent in der Gesellschaft verursacht hat.

(Beifall bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Möchte die CDU leugnen, dass es diese Verlierer in der Gesellschaft gibt, oder möchten Sie etwa nicht, dass alle Menschen versuchen, sich etwas dazu einfallen zu lassen, oder wollen Sie leugnen, dass Ihnen bisher zu der Problematik nichts eingefallen ist?

Wir lehnen als Links-Fraktion diesen Antrag natürlich ab, und am Samstag werden wir, auch mit den Occupy-Leuten, auf dem Rathausmarkt und auf dem Adolphsplatz mit verschiedenen Initiativen gemeinsam auf der Straße sein. Vielleicht schauen Sie doch noch einmal in den Bericht hinein, vielleicht schaffen Sie es ja, bis Samstag umzudenken und vielleicht werden wir Sie dann dort auch treffen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Herr Wersich.

**Dietrich Wersich CDU:** Meine Damen und Herren! Bei unserem Antrag und auch bei der Debatte geht es uns nicht um die Inhalte der Occupy-Bewegung.

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Worum dann?)

Im Gegenteil, viele Fragen, die die Occupy-Aktivisten bewegen, bewegen auch viele andere Menschen im Land, auch viele Menschen im bürgerli-

chen Spektrum. Darum geht es nicht, sondern es geht um die Frage, ob eine Gruppe sich auf Dauer eigene Rechte herausnehmen und den öffentlichen Platz okkupieren kann.

(Beifall bei der CDU)

Und es geht darum, dass ein Bezirksamt – Frau Möller, Sie sprachen es an, es gibt zu wenig Möglichkeiten, politische Diskussionen zu führen –, das bekannt dafür ist, Schilder von Abgeordneten einzusammeln und das bekannt dafür ist,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist der Hintergrund!)

ganz genaue Wegmarkierungen für Außengastronomie in der Stadt durchzusetzen, dass ausgerechnet dieses Bezirksamt aus politischer Sympathie alle Regeln außer Acht lässt, wenn auf Monate öffentlicher Raum zweckentfremdet wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das verstehen die Leute doch nicht.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Schreiben Sie das doch mal in Ihren Antrag!)

Das ist doch der Punkt, die Menschen in der Stadt verstehen das nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Man soll nicht von sich auf andere schließen! – Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Herr Wersich hat das Wort.

**Dietrich Wersich CDU** (fortfahrend): Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn in diesem Haus die CDU die Partei ist, die für Recht und Ordnung und für eine saubere und gepflegte Stadt für alle Nutzer steht,

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD)

selbst wenn wir damit hier politisch allein sind. Ich weiß aber, dass es draußen viele Bürger so wollen.

Herr Fock, was Sie gesagt haben, das kam mir ein bisschen wie ein Déjà-vu vor. Sie sprachen davon, dass sich die Probleme sonst auch von selbst gelöst hätten, die Beteiligten seien für Sie sozusagen nur die, die sich ihr eigenes Recht herausnehmen und nicht der normale Bürger. Wenn der Staat konsequent wird, dann sprechen Sie gleich von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Diese Äußerungen zeigen, dass Sie nichts gelernt haben aus der Zeit vor 2001,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

als die Hamburger Bürger diese Haltung nämlich gründlich satt gehabt haben.

**(Dietrich Wersich)**

(Beifall bei der CDU)

Man merkt doch, wie wenig Luft bei Ihnen dahinter ist, wenn Sie selbst und andere Redner sagen, dass in Hamburg das letzte Camp steht. In anderen Städten sind sie aufgelöst worden. Hier geht es nicht um Bürgerkrieg, sondern hier geht es darum, die öffentliche Fläche wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und nicht auf Dauer zu besetzen.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Kommt doch alles! – Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Herr Wersich, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

**Dietrich Wersich** CDU (fortfahrend): Nein, derzeit nicht.

Wenn Sie nicht wahrnehmen, dass dies ein Thema ist, das die Bürger beschäftigt, dann sollten Sie vielleicht auch als unsere politischen Konkurrenten öfter einmal Infostände machen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Ich kann mich über Ihre Reaktion nur freuen, weil ich weiß, dass es so am schnellsten mit Ihnen wieder bergab geht.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen trotzdem noch einmal gern, was uns die Bürger sagen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Dann erzählen Sie mal!)

dass ihnen nämlich auffällt, dass die Verwahrlosung rund um den Hauptbahnhof,

(*Barbara Duden SPD*: Das war nicht Occupy!)

um die Spitalerstraße, um die Mönckebergstraße wieder zunimmt. Das stellen die Menschen fest und das erfüllt die Menschen mit Sorge. Manche sagen, wir haben nicht mehr die wachsende Stadt, sondern wir haben wieder die wachsenden Urin- und Dreckbarrieren in der Stadt. Das ist kein gutes Aushängeschild für Hamburg.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Schreiben Sie das in Ihren Antrag! Blödsinn! – *Wolfgang Rose SPD*: Das ist ja peinlich!)

Sie werden sich wundern, das ist sogar ernst gemeint, denn ich glaube, wenn Sie mit den Menschen, die in Hamburg-Mitte leben und arbeiten und dort ihre Geschäfte betreiben, reden würden, dann würden Sie erkennen, dass für sie eine Situation eingetreten ist, wo sie sagen, so geht es nicht weiter, weil das hier unsere Chancen in der Stadt schädigt.

(Beifall bei der CDU)

Was neu gegenüber der Situation im Jahr 2001 ist, das gestehe ich Ihnen gern zu, ist nicht nur die Ignoranz, dieses Leugnen von Problemen. Diese Haltung wird jetzt von der Politik verschärft durch die Kürzung im Bereich der Jugendhilfe

(*Dirk Kienscherf SPD*: Oh!)

und der Arbeitsprojekte, aber natürlich auch durch die Kürzungen beim Personal und den Sachmitteln in den Bezirksamtern, weil jetzt weniger Menschen da sind, die für die Pflege der Grünanlagen arbeiten können. Diese Kombination von Ignoranz und Kürzung der Mittel zur Pflege der Stadt wird Ihnen böse auf die Füße fallen.

(Beifall bei der CDU – *Barbara Duden SPD*: Thema!)

Wenn Sie die Probleme leugnen, wenn Sie sagen, das löse sich von selbst, dann stelle ich fest, dass Sie nichts gelernt haben. Sie sind auf dem Weg zurück zur Situation vor 2001, und das ist nicht gut für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira**: Frau Möller hat das Wort.

**Antje Möller** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Wersich, ich finde, Sie haben die gerade Linie der politischen Diskussion hier eindeutig verlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Sie haben einen Antrag gestellt, der die Überschrift Occupy hat. Darüber kann man politisch diskutieren, trägt man die Ziele, findet man die Mittel und Wege, die die Occupy-Bewegung sich nimmt, richtig oder falsch. Das wäre eine schöne Debatte. Ihre Debatte aber lautet, dieses Camp soll weg, weil es Sicherheit und Ordnung stört und es keine ordentliche Vereinbarung mit dem Bezirksamt gibt. Das kann man auch diskutieren, aber das haben Sie nicht getan und der Kollege van Vormizeele hat es auch nicht getan. Im Endeffekt läuft es immer darauf hinaus, dass Sie eine sehr persönliche Abmachung mit der Leitung des Bezirksamts Hamburg-Mitte haben. Das haben wir auch manchmal, aber an dieser Stelle finde ich Ihre Argumentation völlig unangemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Zum anderen ignorieren Sie völlig die Tatsache, dass es ein inhaltliches Anliegen gibt.

(*Dietrich Wersich* CDU: Aber der Zweck heiligt doch nicht alle Mittel!)

**(Antje Möller)**

Ich habe es eben schon gesagt: Ich finde das daneben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/5272 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Bevor ich Punkt 22 aufrufe, möchte ich Ihnen das Ergebnis der Wahl eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung vorstellen.

Bei dieser Wahl sind 108 Stimmzettel abgegeben worden, es waren 0 Stimmen ungültig. Herr Hauke Kloust erhielt 96 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen. Damit ist er gewählt worden.

Ich rufe auf Punkt 22, Drucksache 20/5229, Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes und des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht.

**[Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Drucksache 20/4525: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes und des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (Senatsantrag) – Drs 20/5229 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Duden wünscht das Wort und bekommt es.

**Barbara Duden** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute diskutieren wir über die Stärkung der Demokratie, die Stärkung der Bürgerbeteiligung durch die Novellierung des Volksabstimmungsgesetzes. Artikel 50 der Hamburgischen Verfassung wurde im Jahre 2008 neu gefasst, und um in dieser Frage eine klarere Gesetzeslage zu erreichen, wurde der Wille der Bürgerschaft mit einem interfraktionellen Antrag deutlich gemacht.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Nun legt der Senat auf dieser Grundlage einen Gesetzentwurf vor, den wir heute in zwei Lesungen beschließen werden. Die Volksgesetzgebung ist eine der wichtigsten Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen allen die Chance geben, den Bürgerwillen auf diesem Weg mitzugestalten. Hamburg hat mit diesem Gesetzentwurf eine Vorreiterrolle bei der Volksgesetzgebung.

Deshalb ist es mir aber auch sehr wichtig, an diesem Punkt deutlich zu machen, dass die Bürgerinnen und Bürger mit einer höheren Beschwerdemacht sozusagen nicht allein die Volksgesetzgebung dieser Stadt vorantreiben dürfen. Viele von uns werden sich sicher noch an den ehemaligen Oberbaudirektor Kossak erinnern – einige positiv, andere eher negativ –, der gesagt hat, man könne es eigentlich nicht hinnehmen, dass die Abiturdichte in einzelnen Stadtteilen damit korreliert, wie viele Bürgerbegehren dort zum Abschluss gebracht werden. Ich glaube, in Zukunft wird es eine der wichtigen Aufgaben der Bürgerschaft sein, darauf zu achten, dass die Volksgesetzgebung sich nicht nur in den Stadtteilen mit einer hohen Beschwerdemacht durchsetzt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Aber genauso wenig darf es in Zukunft möglich sein, im Zuge der Volksgesetzgebung Einzelinteressen durchzusetzen. Für uns sollten immer die Gesamtinteressen im Vordergrund stehen, auch darauf wird die Bürgerschaft in Zukunft zu achten haben. Heute können wir miteinander diskutieren, was sich denn nun geändert hat. Volksentscheide müssen grundsätzlich an Wahltagen, entweder zur Bürgerschaft oder zum Bundestag, durchgeführt werden. Das ist eine wesentliche Erleichterung. Es muss eine zeitnahe Beschäftigung mit den Initiativen geben, und die Initiatoren müssen die Möglichkeit haben, sich mit ihren Anliegen an die Ausschüsse der Bürgerschaft zu wenden; auch das ist eine wesentliche Verbesserung.

Das Verfassungsgericht muss angerufen werden, wenn es berechtigte Zweifel an der Zulässigkeit gibt. Das sichert nicht nur die Rechtssituation für die Initiativen, sondern es vermeidet auch kostspielige Verfahren. Und es wird nicht weiterhin der Regierung überlassen, ob sie die Möglichkeit, Verfahren auf ihre Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen, vornimmt oder nicht. Damit unterbleibt das politische Kalkül, und das ist in dieser Frage auch sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei *Tim Golke* DIE LINKE)

Ebenso wichtig ist auch die Frage des Spendenannahmeverbots. Damit wird eine Anonymisierung verhindert und Transparenz sichergestellt. Wir alle haben vor einigen Sitzungen über das Transparenzgesetz diskutiert und auch dies ist hier unheimlich wichtig, denn es darf nicht sein, dass es Initiativen gibt, die aus irgendwelchen Quellen Gelder einwerben und sich damit auf eine Ebene begeben, wo sie nicht mehr unabhängig agieren können.

(Beifall bei der SPD und bei *Tim Golke* DIE LINKE)

**(Barbara Duden)**

Wenn man erkennt, dass es Gesprächsbedarf bei einigen Fragen gibt, dann wird es auch möglich sein, Fristen zu verlängern, um einen einmaligen Konsens zu erreichen. Auch das wird wesentlich zur Vereinfachung beitragen.

Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf sind die Regeln der Volksgesetzgebung auch auf Landes- und Bezirksebene angeglichen. All das, was wir heute, sicherlich auch im großen Konsens, gemeinsam beschließen werden, ist zustande gekommen, weil es unter anderem sehr viele und sehr ausführliche Gespräche und Beratungen, auch mit "Mehr Demokratie", in dieser Frage gegeben hat. Das macht auch deutlich, wie wichtig uns dieser interfraktionelle Vorstoß ist. Ich danke noch einmal allen Beteiligten, und wenn wir heute das Gesetz in zwei Lesungen beschlossen haben, dann werden wir eine klarere und richtigere Gesetzesgrundlage in Hamburg haben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel:** Herr Voet van Vormizeele hat das Wort.

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Inhalt dessen, was wir jetzt als Beratungsgegenstand haben, hat Frau Duden eben schon in bewundernswerter Weise sehr viel gesagt. Ich erlaube mir, einmal kursorisch aus dem Bericht zu zitieren, den wir als Beratungsgrundlage haben. Dort steht, die Vorsitzende stellte fest, dass es keine Wortmeldungen gäbe, und ließ sodann abstimmen, und es war einstimmig. Das Ganze ist auch nicht überraschend, weil wir aufgrund eines einstimmigen Begehrens diskutieren, das wir hier vor einem Jahr beschlossen haben. Dieses einstimmige Begehren hat der Senat unstrittig 1:1 umgesetzt, und wir haben es gemeinsam mit den Initiatoren besprochen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Guter Senat!)

– Wenn es um das technische Umsetzen geht, gibt es genug gute Beamte in dieser Stadt, denen trauen wir viel zu. Ich weiß auch, dass die guten Beamten das hervorragend gemacht haben.

Ich gebe zu, dass ich ein bisschen überrascht war, diesen Punkt noch einmal als Debatte angemeldet zu sehen. Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken, wie wir in der Öffentlichkeit die Attraktivität unseres Parlaments besser darstellen können als Debatten zu Themen zu führen, die nicht wirklich politisch entspannt sind.

Nichtsdestotrotz würde ich gern zu Protokoll geben, dass auch wir natürlich nach dieser langen, gemeinsamen Arbeit und Vorfreude heute der Umsetzung zustimmen. Mehr muss man zu diesem langen Prozess nicht sagen. Allerdings, Frau Du-

den, würde es mich fast reizen, wenn wir noch einmal anfangen würden, die Alt-Debatten, die wir vor drei, vier, fünf Jahren über Sinn und Unsinn von Volksgesetzgebung geführt haben, erneut zu führen. Aber ich glaube, das wollen wir uns alle nicht antun. In diesem Sinne kann ich für meine Fraktion sagen, dass wir natürlich zustimmen werden.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel:** Herr Müller, Sie haben das Wort.

**Farid Müller GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Tatsächlich hat die Bürgerschaft Ende 2008 durch die Verfassungsänderung das Wichtigste in diesem Parlament beschlossen. Wir vollziehen heute im Grunde genommen die einzelnen Ausführungen, wie die höhere Verbindlichkeit von Volksentscheiden in dieser Stadt aussehen soll und welche Möglichkeit das Volk hat, damit umzugehen, wenn die Bürgerschaft doch einmal auf die Idee kommt, wieder einen Volksentscheid zu verändern. All das ist jetzt im Gesetz genau geregelt. Frau Duden hatte auch schon ein bisschen die anderen Regelungen, die uns allen sehr wichtig waren und die sich in der Zwischenzeit angesammelt haben, skizziert.

Ich wurde heute von einigen angerufen, was das denn schon wieder für ein neues Gesetz sei, und ich habe geantwortet, dass es die Angelegenheit von 2008 sei.

(*Robert Heinemann CDU:* Aber wir reden noch mal drüber!)

Auch wenn das Herr van Vormizeele gar nicht mehr hören will, muss man natürlich erzählen, warum wir das machen, denn es ist einzigartig in Deutschland, dass wir so eine Verbindlichkeitsklausel in der Verfassung haben und nun auch in einem Ausführungsgesetz genau beschreiben. Die Ursache liegt darin, dass zwei Volksentscheide in diesem Hause gekippt wurden und das Volk damit nicht einverstanden war. Hinterher sind wir dann Gott sei Dank alle zu der Überzeugung gekommen, dass das nicht wieder vorkommen soll, und damit das nicht wieder vorkommt, haben wir jetzt Regeln geschaffen.

Ich sage noch einmal Dank an die Verwaltung, die uns im Vorwege bei der Entwicklung dieses Gesetzes sehr zur Seite gestanden hat. Ich möchte auch einen Dank an die Vertreterinnen und Vertreter von "Mehr Demokratie" richten, die uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Es ist keinesfalls so, dass dieses Parlament nur vor "Mehr Demokratie" kuschelt, wie uns öfter mal in der Öffentlichkeit vorgeworfen wird. Wir haben nämlich auch gelernt, dass es schlau ist, wenn die Bürgerschaft einen Gesetzentwurf, der an sich als Volksentscheid auf dem Weg war, übernimmt. Man muss

**(Farid Müller)**

es nicht immer zum Volksentscheid kommen lassen, wenn das Parlament auch einsieht, dass dies etwas Wichtiges ist und wir das tun sollten. Das haben wir in diesem Jahr mit dem Transparenzgesetz gemacht, und das kann sich in Zukunft wiederholen. So ist das ganze Volksabstimmungsgesetz auch angelegt. Grundsätzlich soll die Bürgerschaft auch lernen dürfen, und nicht nur durch das letzte Instrument eines Volksentscheides. Ich will es nicht ausschließen, denn manchmal gibt es Themen, bei denen man anderer Meinung ist und das entschieden wissen will. Diesen Punkt haben wir beispielsweise in einem Jahr bei der Bundestagswahl, das Gesetz zum Rückkauf der Netze. Da gibt es eine unterschiedliche Haltung, und das muss dann eben entschieden werden.

Ich habe mich auch ständig mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern ausgetauscht. Zuletzt gab es einen sehr berühmten Volksentscheid, nämlich in Baden-Württemberg. Die wären froh, wenn sie die gesetzliche Grundlage hätten, die wir in Hamburg haben. Die werden sie auch so schnell nicht bekommen, weil nämlich die dortige CDU sich einer Verfassungsänderung bisher noch verweigert. Das muss man auch einmal festhalten. Hamburg kann stolz sein, wir haben hier gelernt. Und ich glaube, in diesem Gesetz ist jetzt dokumentiert, dass wir die Volksgesetzgebung nicht als Feind sehen, sondern als Bereicherung für das politische Leben und die Demokratie in dieser Stadt. Wir gestehen gleichzeitig zu, dass es auch Anstöße von außen geben kann, die die Bürgerschaft dann gern aufnimmt, sich eine Meinung dazu bildet und es übernimmt, und ob nun 1:1 oder nur zu einem kleinen Teil, wird man dann sehen. Insgesamt hat sich das gut entwickelt.

Zu den beiden anderen Änderungen, die nichts mit der Verfassungsänderung 2008 zu tun haben, nämlich der Frage, ob diese Regierung in dieser Stadt auch einmal das Verfassungsgericht anrufen kann, wenn sie der Meinung ist, ein Volksentscheid könnte verfassungswidrig sein, haben wir einstimmig nein gesagt; aus dem Kann soll ein Muss werden. Wenn es berechtigte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit eines Volksentscheides gibt, dann muss der Senat das Verfassungsgericht anrufen, um das klären zu lassen, und nicht erst das Volk entscheiden lassen und den Volksentscheid hinterher möglicherweise vom Verfassungsgericht kippen lassen. Das ist dann alles andere als bürgerfreundlich. Diese Regelung ist bisher demokratiefeindlich gewesen. Deswegen freue ich mich, dass wir das einstimmig beschließen werden. Vor der Abstimmung wird also geklärt, ob darüber abgestimmt werden darf, das ist richtig.

Über einen anderen Punkt haben wir auch schon gesprochen, Frau Duden hatte es erwähnt. Wir hatten bei einem Volksentscheid, der um Bildung ging – wir erinnern uns alle –, die Situation, dass bei einer Initiative, die Spenden eingesammelt hat-

te für ihre Kampagne, am Ende die Transparenz bezüglich der einzelnen Spender nicht gegeben war. Das war eine Gesetzeslücke, die wir mit diesem Gesetz geschlossen haben, damit das in dieser Form nicht mehr stattfinden kann. Das ist auch im Sinne von Politikfreundlichkeit und Bürgerfreundlichkeit richtig. Wir wollen wissen, wer hinter den einzelnen Kampagnen und hinter den Parteien steckt. Wir haben bei den Parteien eine Veröffentlichungsgrenze von 10 000. Bei den Volksentscheiden ist es wesentlich niedriger, sie liegt bei 2000 bis 2500. Insofern haben wir eine noch höhere Transparenz geschaffen, auch um zu sehen, wer ein Interesse an welchem Thema hat.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Also insgesamt bitte ich um Zustimmung, das wurde auch signalisiert. Ich freue mich, dass wir das so einvernehmlich machen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

(*Wolfgang Rose SPD:* Aber nicht noch mal das Gleiche!)

**Dr. Kurt Duwe FDP:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist immer erfrischend, wenn man ein Gesetz vorgelegt bekommt, das verfassungskonformer sein soll als das ursprüngliche.

Ich möchte mich nur auf wenige Punkte beschränken. Diese Gesetzesänderung ist für die Bürger positiv, das heißt, sie führt zu mehr Transparenz, sie führt zu mehr Rechtssicherheit und auch dazu, dass man in irgendeiner Form unnötige Volksentscheide nicht durchführen muss, weil man a) entweder Kompromisse gefunden hat oder b) vorher gerichtlich geklärt hat, ob der Gegenstand dieser Volksinitiative auch verfassungskonform ist.

Ich möchte es dabei belassen. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Uwe Lohmann SPD*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Golke, Sie haben das Wort.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Noch kürzer!)

**Tim Golke DIE LINKE:** Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Dressel, vier Minuten hat man mir zugestanden.

Die Verbindlichkeit von Volksentscheiden sollte, das haben wir hoffentlich mittlerweile alle gelernt, eigentlich selbstverständlich sein. Das war sie in der Vergangenheit – Herr Müller hat darauf hingewiesen – leider in dieser Stadt nicht. Das hat auch etwas damit zu tun, warum wir uns heute als Parla-

**(Tim Golke)**

ment dieses Gesetz geben zur Durchführung von Volksentscheiden und den vorgelagerten Dingen, wo unter anderem, das ist noch nicht zur Sprache gekommen, auch die Sicherungsmechanismen angezogen wurden.

Dieses Referendum über ein von der Bürgerschaft geändertes, vom Volk beschlossenes Gesetz ist schon eine deutliche Drohung an die jeweilige Mehrheitsfraktion oder die die Mehrheit tragenden Fraktionen, die gerade regieren, und auch an den Senat, weil dies ganz deutlich ein Abstimmen über aktuelle Senatspolitik in kurzer Frist nach dieser Entscheidung darstellt. Und das ist tatsächlich in dieser Republik einmalig.

Gleichzeitig schien es in dieser Stadt nötig zu sein, genau diese Drohung dem Parlament permanent, wenn es so etwas denn tun möchte, vor Augen zu halten. Ich fände es schade, wenn wir es ausgerechnet an dem Punkt – und das geht in Richtung der FDP und der CDU – der Volksgesetzgebung bei der Einführung von Quoren bei Bürgerentscheiden genau mit einem solchen Referendumsbegehren zu tun bekommen würden, was möglich ist.

Die Links-Fraktion wird diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Ich verstärke den Dank an die Verwaltung, die uns unterstützt hat, gern noch einmal. Das war ein vernünftiger Prozess, er ist gut gelaufen. Wir werden selbstverständlich den Senat bei den nächsten Volksentscheiden, die anstehen, im Auge behalten bezüglich dessen, was danach kommt und wie da getrickst wird.

*(Barbara Duden SPD: Getrickst?)*

Wir werden uns aber an dieser Stelle deutlich kritischer unterhalten.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes und des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht aus Drucksache 20/4525 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

*(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)*

Das tut er. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist damit

auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Ich rufe nun den Punkt 24 unserer Tagesordnung auf. Das ist die Drucksache 20/5271 in der Neufassung, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Masterplan "Mitte Altona".

**[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 20/4193: Masterplan "Mitte Altona" (Senatsantrag) – Drs 20/5271 (Neufassung) –]**

Der Bericht liegt Ihnen in einer Neufassung vor. Die darin enthaltenen Ausschussempfehlungen wurden unter f) um einen weiteren Punkt ergänzt. Die bisher unter f) aufgeführte Empfehlung finden Sie nun unter g). Wird das Wort gewünscht? – Herr Kienscherf, Sie haben es.

**Dirk Kienscherf SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem jetzt vorgelegten Masterplan "Mitte Altona" und den Ergänzungen der Bürgerschaft vollenden wir erfolgreich das erste Kapitel des neuen Stadtteils Altona Mitte. Es ist ein Stadtteil, der neben der HafenCity zu dem größten städtebaulichen Projekt in dieser Stadt gehört, in den wir in den nächsten Jahren mehrere Hundert Millionen Euro investieren werden, in den wir auf heute brachliegenden Bahnflächen und einem noch zu verlagernden Fernbahnhof ein neues Quartier mit rund 3600 Wohnungen und Platz für 8000 Menschen schaffen werden, insbesondere für Familien. Das ist ein wichtiges Projekt, das die Bürgerschaft insgesamt unterstützen sollte.

*(Beifall bei der SPD)*

Es wird ein Stadtteil sein, der neue Akzente setzen wird, sich aber gleichzeitig einpassen wird in die Umgebung. Es wird ein Stadtteil sein, der höchst attraktiv ist, und es wird vor allen Dingen ein Stadtteil für alle sein. Ich glaube, es muss unser Ziel sein, höchst attraktive Standorte so zu entwickeln, dass es sich alle Menschen in dieser Stadt leisten können, in diesem Stadtteil zu wohnen. Wir Sozialdemokraten wollen das jedenfalls.

*(Beifall bei der SPD)*

Eine Hamburger Tageszeitung hat neulich geschrieben, dass das Projekt "Mitte Altona" in Zeitverzug sei. Aber ich glaube, es war richtig, dass wir uns bei diesem wichtigen Projekt die Zeit genommen haben. Wir wollten nicht einfach entscheiden, die Politik sollte nicht allein beraten und entscheiden, sondern wir haben uns die Zeit genommen für einen breiten Beteiligungsprozess. Dieser Beteiligungsprozess war beispiellos. Er wurde eingeleitet von Schwarz-Grün. Schon damals hatte unser damaliger Fraktionsvorsitzender, Michael

**(Dirk Kienscherf)**

Neumann, gesagt, dass wir das, was gut ist, auch gutheißen werden. Und auch in diesem Fall müssen wir Ihnen sagen, dass das, was Sie damals als schwarz-grüne Koalition eingeleitet haben, richtig war.

Wir müssen bei solchen Prozessen die Stadt an diesen Diskussionen beteiligen. Es waren nicht immer bequeme Diskussionen, aber wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen, und ich glaube, es wird ganz deutlich, dass Stadtentwicklungspolitik nicht von Schnellschüssen lebt, sondern von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Das eine oder andere haben wir nicht berücksichtigen können; Frau Sudmann wird nachher wahrscheinlich noch eine Menge dazu sagen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Oh ja!)

Aber trotzdem wird sicherlich vieles von dem aufgegriffen werden, wenn es zum Thema B-Plan kommt oder wenn es darum geht, die Funktionspläne zu erstellen, denn der Masterplan an sich bildet den Rahmen für die weiteren Entwicklungen und die weiteren Konkretisierungen. Er ist vor allen Dingen ein Rahmen dafür, mit den privaten Eigentümern ins Gespräch zu kommen. Auch das ist eine Einmaligkeit an dieser Stelle.

Es ist nicht nur eine höchst attraktive Fläche, sondern es ist auch eine Fläche, die sich in Privateigentum befindet. Auch wenn der eine oder andere es nicht hören will: Auch dort muss Stadtentwicklungspolitik reagieren. Und es war richtig, dass sich damals Schwarz-Grün und die Vorgänger-Senate 2007 beziehungsweise 2008 durch einen Senatsbeschluss das Recht eingeräumt haben, hier zu agieren. Eine solch wichtige Fläche kann man nicht allein den Privateigentümern überlassen. Hier muss der Staat Einwirkungsmöglichkeiten haben.

(Beifall bei der SPD – Heike Sudmann DIE LINKE: Muss, Herr Kienscherf!)

Das haben wir, denn wir geben mit dem Masterplan Ziele vor, nämlich Leitziele. Das Erste, was wir machen wollen und werden, ist, dass zwei Drittel des Wohnungsbaus, der dort stattfinden wird, Mietwohnungsbau sein wird, und 50 Prozent davon wird sozialer Wohnungsbau sein. Das heißt, durch diesen Drittel-Mix, den wir auch in anderen Bereichen einführen, der hier aber auf einer privaten Fläche realisiert werden soll, erreichen wir es, einen lebendigen Stadtteil für mittlere, niedrige, aber auch für höhere Einkommen zu schaffen. Ich glaube, genau das ist der richtige Weg.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig lassen wir natürlich nicht außer Acht, dass diese Fläche nicht unkompliziert zu entwickeln ist. Es kostet viel, viel Geld, die Erschließungsmaßnahmen und die Bodensanierungsmaß-

nahmen durchzuführen. Und wir werden es schaffen, auch durch diesen Drittel-Mix, dass die Steuerzahler in dieser Stadt möglichst gering belastet werden und dass die privaten Eigentümer daran beteiligt werden. Wir Sozialdemokraten werden mit ihnen gemeinsam dafür sorgen, dass etwaige Bodenwertsteigerungen nicht zugunsten der Privaten ausfallen, sondern dass sie in dieses Gebiet wieder hineinfließen. Das ist unser Ziel und auch das ist eine sozial verträgliche Stadtentwicklungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen darüber hinaus, dass dieser Stadtteil für alle Menschen offen ist, das heißt, nicht nur vom Einkommen her, sondern auch vom Gesundheitszustand her. Deswegen ist es ein wichtiges Anliegen, das hier formuliert wurde, dass dieser Stadtteil beispielhaft werden muss für seine Barrierefreiheit. Viele Menschen vor Ort haben sich in langen Diskussionsrunden damit beschäftigt. Auch an den vielen Gesprächen mit den Investoren kann man erkennen, dass hier der Wille – wir formulieren es trotzdem noch einmal ganz deutlich – sein muss und auch ist, dass viele, möglichst alle Wohnungen, barrierefrei und ohne Schwellen zu erreichen sind. Wir wollen auch barrierefreie Außenflächen. Hier kann dieser Stadtteil als Beispielprojekt gelten. Wir sollten das alle gemeinsam unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Fläche kennt, weiß, dass es sich bei dem Fernbahnhof um eine attraktive und sehr zentrumsnahe Fläche handelt; wir wollen hoffen, dass er noch verlegt wird. Es gibt Einkaufsmöglichkeiten, Schnellbahnstationen, aber auch andere Attraktivitäten sind in unmittelbarer Nähe. Von daher muss es das Ziel sein – und das formuliert der Masterplan auch –, ein Modellprojekt zu schaffen mit möglichst wenig Autos im Quartier. Wir wollen hier das autoarme Wohnen verwirklichen in großen Bereichen. Wenn wir es schaffen, ein ganz neues Mobilitätskonzept zu entwickeln, das die Bereiche Carsharing, Fahrradfahren und gute Fußgängerverbindungen ermöglicht, dann schaffen wir es hier, ein in Deutschland beispielhaftes Projekt zu entwickeln. Der Masterplan gibt dort klare Vorgaben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eine weitere Vorgabe, die der Masterplan gibt, ist das Thema Denkmalschutz. Wir retten den Wasserturm, wir retten die Kleiderkammer, wir retten die pfahlhistorischen Gebäude und wir integrieren sie, sodass wir auf der einen Seite einen neuen Stadtteil schaffen, ihn auf der anderen Seite aber verbinden mit seiner Geschichte und diese Geschichte auch erlebbar machen. Das haben wir uns alle sicherlich an anderer Stelle schon gewünscht in dieser Stadt, aber oftmals kam es nicht dazu. In Altona wird es dazu kommen. Ich denke, das ist der richtige Weg, und er ist auch beispiel-

**(Dirk Kienscherf)**

haft für andere Dinge. Hier haben wir etwas Gutes entwickelt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Gewerbetreibende sagen. Auch hier ist die verständliche Sorge der Gewerbetreibenden groß, die sich in dem Gebiet befinden, aber auch die der umliegenden Gewerbetreibenden. Das sind kreative Kräfte in dieser Stadt, die günstige Gewerbemieten haben und die Neues entwickeln. Wir müssen alle darauf achten, dass wir durch solche Neustrukturierungen und Neuschaffung von Stadtteilen in diesem Bereich, aber auch in den angrenzenden Bereichen, nicht dieses Potenzial verschütten und diese Betriebe letztendlich wegsagen, sondern dass wir mit ihnen gemeinsam ein Gewerbemietenkonzept entwickeln, auch mit den Investoren, die dafür sorgen, dass diese Potenziale in diesem Stadtteil erhalten bleiben. Ich denke, das ist sehr, sehr wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele andere Dinge, die in diesem Masterplan geregelt sind. Die Detailfragen werden im B-Plan-Verfahren geregelt werden. Worauf wird es jetzt ankommen? Der B-Plan ist die Grundlage für die nun anstehenden Verhandlungen mit den privaten Grundeigentümern. Da wird es darauf ankommen, dass die Stadt aufgrund des Masterplans deutlich macht, was ihre Ziele sind. Dieses Verfahren haben sich weder die Vorgängersenate noch der jetzige Senat ausgedacht, sondern sie sind klar geregelt im Baugesetzbuch, auch wenn der eine oder andere das nicht wahrhaben will.

Die Stadt muss jetzt mit diesem Paket, das wir ihr zur Verfügung stellen, auf die Investoren zugehen und ausverhandeln, dass die Investoren bereit sind, diese Kriterien und diese Vorgaben zu erfüllen. Wir sind zuversichtlich, dass das gelingen kann. Aber eines muss auch ganz deutlich werden: Wenn die Investoren und die Privateigentümer nicht bereit sind, diesen Weg einer sozial verträglichen Stadtentwicklung in diesem Bereich mitzugehen, dann muss und wird die Stadt das Vorkaufsrecht wahrnehmen. Hier muss die Stadt ganz entschlossen reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch eines sagen, weil Frau Sudmann das sicher nachher auch sagen wird, ich kenne sie mittlerweile.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ja!)

Warum ist das Vorkaufsrecht jetzt nicht wahrgenommen worden beim ECE-Kauf einer Fläche der Holsten-Brauerei? Es war eine Fläche und es war ein Kauf, der aber nichts mit den jetzigen Abwendungsvereinbarungen zu tun hat. In diesem Fall hätte die Stadt immer nachweisen müssen, dass ECE nicht bereit ist, in diesen Diskussionsprozess

einzusteigen. Das aber hat ECE erklärt. Von daher war es rechtlich nicht möglich, auch wenn ältere Männer aus der Stadtentwicklung – der Name Kosak ist ja heute schon gefallen – sich das vielleicht wünschen, aber rechtlich war es nicht möglich. Deswegen war der Weg richtig, dieses Vorkaufsrecht nicht wahrzunehmen.

Jetzt kommt es darauf an zu sehen, wie sich die Investoren verhalten. Wir haben einen Masterplan entwickelt und wir haben ihn ergänzt durch die Bürgerschaft. Ich denke, wir haben ein gutes Paket geschnürt und sollten das heute verabschieden. Wir sollten dann gemeinsam an dem Thema weiterarbeiten, an der Entwicklung der entsprechenden Bebauungspläne und an der Entwicklung der sozialen Infrastruktur. Das wird ein interessanter Prozess und ich freue mich darauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Rook, Sie haben das Wort.

**Hans-Detlef Rook** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber in dieser Frage doch. Sie haben schon viele Einzelheiten genannt, die ich nicht wiederholen will. Frau Sudmann, es hat auch nichts mit einem Senatssprecher zu tun, denn ich glaube, mein Beitrag wird deutlich machen, welche Positionen wir einnehmen.

Wir als CDU-Fraktion sind der Meinung, dass wir mit der "Mitte Altona" einen großartigen neuen Stadtteil entwickeln können. Die Grundlagen wurden bereits im Dezember 2007 mit den vorbereitenden Untersuchungen nach Paragraf 165 Baugesetzbuch in unserer Regierungszeit gelegt. Heute sind wir nun so weit, über den Masterplan zu entscheiden.

Vorausgegangen sind ein besonderes und neues Bürgerbeteiligungsverfahren und ein städtebaulicher Wettbewerb. Frau Sudmann, wir haben neu über Beteiligungsverfahren im Plenum diskutiert. Ich habe am Freitag eine schwedische Delegation begleitet, die ein hohes Interesse an moderner Stadtentwicklung hat.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Das war aber nicht IKEA, oder?)

Die "Mitte Altona" strahlt schon jetzt international aus und ich finde das gut.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Beteiligungsverfahren ist in Deutschland einmalig und wird auch bis zur endgültigen Entwicklung des Stadtteils die unterschiedlichen Prozesse begleiten. Das ist gut so und fördert die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern.

**(Hans-Detlef Roock)**

Frau Sudmann, Querschüsse der LINKEN mit der Streuung von Gerüchten wie zum Beispiel, dass Investoren spekulieren würden und sich die Taschen vollstopfen, oder dass zulasten der Wohnbebauung ein Riesen-Shoppingcenter dort gebaut werden solle, sind bei diesem Projekt wenig hilfreich. Im Gegenteil, es verunsichert die Bevölkerung und es diffamiert und verschreckt seriöse Investoren, die wir für die Weiterentwicklung unserer Stadt dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist mit uns nicht zu machen und wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um dagegenzuhalten.

Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich und ohne Zeitdruck den Masterplan in zwei Sitzungen beraten. Es waren deshalb zwei Sitzungen, weil die Fraktionen Zeit und Gelegenheit haben sollten, den Masterplan und das Bürgergutachten zu bewerten und daraus eigene Schlüsse zu ziehen. Das Ergebnis liegt Ihnen heute mit dem Bericht des Stadtentwicklungsausschusses vor.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Senat die von uns eingeleiteten Maßnahmen fortschreibt. Deshalb haben wir auch im Ausschuss dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt, der überwiegend Klarstellungen und Konkretisierungen zur Drucksache beinhaltet. Das Wettbewerbsergebnis und der Masterplan haben eine hohe Flexibilität, sodass unabhängig von der Entscheidung der Deutschen Bahn hinsichtlich der Verlegung des Fernbahnhofs einzelne Bauabschnitte verwirklicht werden können.

Und ich meine, es ist unstrittig, dass die Entwicklung der Flächen eine besondere städtebauliche Bedeutung insbesondere auch für die umliegenden Stadtteile hat. Das Wettbewerbsergebnis und der Masterplan sind eine gute Grundlage, die Entwicklung des Gebiets und der umliegenden Stadtteile voranzutreiben. Die Details sowie sinnvolle und realistische Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sind in qualifizierten Bebauungsplänen zu klären; Herr Kienscherf hat schon darauf hingewiesen. Wichtig ist insbesondere, dass der dringend benötigte Wohnraum erstellt werden kann. Insofern, Herr Kienscherf, sind wir jederzeit bereit, sinnvolle Maßnahmen mitzutragen, und werden diesem Bericht unsere Zustimmung geben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Christel Oldenburg SPD*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Duge, Sie haben das Wort.

**Olaf Duge** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, da die Entwicklung so weit fortgeschritten ist, dass der Zeitpunkt gekommen ist, die Grundlagen für die Ver-

handlungen der Abwendungsvereinbarung zu beschließen. Der vorliegende Masterplan schafft an dieser Stelle die Voraussetzungen dafür. Wir meinen auch, dass er eine vernünftige Grundlage ist, mit der jetzt in die Verhandlungen hineingegangen werden kann.

Wir haben als Fraktion der GRÜNEN frühzeitig einen Entwurf mit einer Vielzahl von Ergänzungen in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht, die wir gern zur Konkretisierung in das Petikum aufgenommen haben wollten. Bei einigen Punkten ist uns das gelungen, so wird beispielsweise die Har Kortstraße keine vierspurige Straße werden. Wir haben erreicht, dass der Schutz denkmalwürdiger und denkmalgeschützter Gebäude ebenso aufgenommen wurde wie die Erstellung eines umfassenden Verkehrskonzepts vor der Verlegung des Altonaer Fernbahnhofs. Damit sind einige wichtige Eckpfeiler hinzugekommen.

Wir sehen auch in dem von der SPD eingebrachten Petikum einige recht positive Aspekte. Wichtig erscheint uns dabei insbesondere die kleinteilige Vergabe, weil es für die Lebendigkeit und Vielfalt des Stadtteils und für die Projekte, die in Altona Mitte in Angriff genommen werden können, wichtig ist, dass unterschiedliche Gruppen agieren und verschiedene Möglichkeiten umgesetzt werden können.

Dennoch gibt es natürlich einige Schwachpunkte und unpräzise Formulierungen, und ich hoffe, dass diese im Verlauf der Verhandlungen geklärt werden. Einen dieser Punkte möchte ich besonders aufgreifen. Es geht in diesem neuen Stadtteil einerseits um Inklusion, es geht aber auch um Kosten. Es geht um preiswerten Wohnraum und ein innovatives und ganzheitliches Verkehrskonzept mit attraktiven Mobilitätsangeboten und mit Alternativen zum Auto, so wie es auch im Petikum der SPD steht.

Dazu im Widerspruch steht aber nach wie vor die Hamburger Stellplatzverordnung, die den Eigentümer zwingt, eine bestimmte Anzahl von Stellplätzen bereitzustellen, ob sie nun gebraucht werden oder nicht. Was nützen zwangsweise errichtete Stellplätze und Tiefgaragen, die mehrere 10 000 Euro pro Stellplatz verschlingen? Sie führen zum einem zu kostenungünstigem Bauen und verhindern preiswerten Wohnraum. Sie verhindern die Nutzung alternativer Mobilitätsangebote und sind letztlich schädlich für ein verkehrsberuhigtes und verkehrssicheres Quartier. Deswegen kann ich Senat und SPD nur auffordern, diesen unsinnigen Stellplatzzwang endlich abzuschaffen. Das würde uns mehr Möglichkeiten eröffnen, ganz besonders in diesem Bereich, der so im Blickfeld ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Folgendes möchte ich zu bedenken geben. Es gibt viele Erklärungen der Investoren. Im Grunde ge-

**(Olaf Duge)**

nommen sind das wohlfeile Bekenntnisse, vielleicht von durchaus ehrenwerten Personen, aber das macht sie letztendlich nicht gerichtsfest. Verbindlich ist das, was schwarz auf weiß in den Abwendungsvereinbarungen und im Bebauungsplan steht; darauf werden die weiteren Entscheidungen fußen und nicht auf dieser allgemeinen Erklärung.

Wenn – auch das muss ich noch anführen, es war immer wieder Gegenstand der Diskussion – die Bahn sich nicht für eine Verlagerung des Fernbahnhofs entscheiden sollte, kann das natürlich dazu führen, dass das Viadukt in eine andere Streckenführung integriert wird. Das könnte für die weitere Gestaltung des nächsten Abschnitts Folgen haben, aber es könnte auch Folgen für den jetzigen Abschnitt haben, weil dieser nämlich der Kurvenführung des jetzigen Viadukts folgt. Ich glaube, wir sollten in der Abwendungsvereinbarung diesen Fall der Fälle mit aufnehmen und diese Möglichkeit im Auge behalten. Wir sollten einen Plan B fassen, der eine solche Entwicklung berücksichtigt. Ich hoffe, dass wir in dieser Richtung weiter vorankommen, weil dieser Platz – das ist schon gesagt worden – nicht einfach so liegenbleiben kann. Er ist wichtig für Hamburg und für die Entwicklung der Stadt und schafft insbesondere für die städtebauliche und städteplanerische Entwicklung Strukturen. Ich hoffe, dass wir auch im Hinblick auf den Aspekt der Inklusion, der bisher nur angedeutet ist, in den Abwendungsverhandlungen weiterkommen. Ich wünsche, dass das gelingt, damit wir das auch weiter vorantreiben können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

**Dr. Kurt Duwe** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duge, Sie haben mir das Stichwort gegeben: Plan B. Das ist das, was uns bei der "Mitte Altona" ein bisschen fehlt. Man sollte, wenn man mit einem Dritten rechnet, doch vielleicht auch einmal in Betracht ziehen, dass der Dritte eben nicht das macht, was man sich wünscht, nämlich den Fernbahnhof zu verlagern. Das ist aber durch diese Entscheidung über den Masterplan geschehen; diese Option haben wir nicht mehr. Herr Duge hat dankenswerterweise erwähnt, dass wir natürlich noch einige Möglichkeiten haben, diese bisher suboptimale Lösung, so der Bahnhof nicht verlegt wird, doch noch zu verbessern. Ich hoffe, dass das dann auch in den weiteren Verhandlungen und Planungen durchgesetzt werden kann, denn man muss davon ausgehen, dass ein Plan B nicht vorliegt und der Senat mit großem Gott- und Selbstvertrauen vorangeschritten ist. Wenn das gelingen sollte, ist das auch in Ordnung.

Ich will als Opposition nicht nur meckern, ich will nur darauf hinweisen, dass, wenn wir davon ausgehen, dass Diebsteich wirklich irgendwann Fernbahnhof wird, der Senat beginnen muss, über Verkehrs- und Stadtentwicklungskonzepte für Nord-Altona und Bahrenfeld nachzudenken. Dieser Bahnhof wird nicht in einem neutralen Umfeld gestaltet werden, und wir müssten jetzt zumindest einmal etwas fundiertere Informationen darüber bekommen, welche Auswirkungen die Verlegung des Fernbahnhofs an dieser Stelle haben wird. Die Verlegung wird Auswirkungen haben, positive und negative, und wir sollten nicht darauf warten, dass wir irgendwann Diebsteich 21 bekommen, weil einige Bürger mit einem Mal feststellen, dass künftig in nächster Nähe Busse vorbeifahren oder ein neuer Bahnhof errichtet wird.

Wenn wir jetzt den Masterplan beschließen – und das wird dieses Haus tun – und davon ausgehen, dass wir, so die Bahn es will, in vielleicht zehn oder fünfzehn Jahren einen Fernbahnhof in Diebsteich haben werden, dann müssen wir natürlich die Planungen für die "Mitte Altona" fortsetzen, dürfen aber nicht vergessen, dass von dieser Entscheidung auch andere Stadtteile und ihre Umwelt, ihre Bevölkerungszusammensetzung und ihre Ausgestaltung berührt sein werden.

Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen, aber wir wollen ihm auch nicht im Wege stehen. Ich möchte noch einmal die herzliche Bitte an die BSU richten, schon jetzt darüber nachzudenken, was bei einer Verlegung des Fernbahnhofs im Norden des Bezirks Altona mit dem Verkehr und den Bewohnern geschieht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

**Heike Sudmann** DIE LINKE:\* Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, Sie stimmen mit der Links-Fraktion überein, dass wir mit der "Neuen Mitte Altona" wirklich einmalige Chancen haben. Wir haben eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, die diesem Stadtteil ihre Freizeit und ihr Engagement widmen wollen und das auch tun. Wir haben die große Chance, dort den Wohnungsbau hinzusetzen, den wir in dieser Stadt brauchen, und – Herr Kienscherf sprach es schon an – das Gewerbe zu versorgen, das sonst keine Möglichkeit hat, sich auf dem Markt gut zu versorgen. Wir haben auch die große Chance auf ein lebendiges, gemischtes Quartier.

Wir finden, dass der Senat diese Chancen vergibt. Sie opfern diese Chancen den Rendite- und Profitwünschen einiger. Deswegen sagen wir als LINKE: Eine sozial gerechte Stadtplanung sieht komplett anders aus.

**(Heike Sudmann)**

(Beifall bei der LINKEN)

Welche Wohnungen brauchen wir in Hamburg? 410 000 Haushalte – das sind 42 Prozent – verfügen über ein so geringes Einkommen, dass sie Anspruch auf eine Wohnung mit einer Nettokaltmiete von 5,90 Euro haben. In Hamburg beträgt das Angebot an diesen Wohnungen, also Sozialwohnungen oder Wohnungen mit einer Miete unter 6 Euro pro Quadratmeter, knappe 200 000. Das deckt nicht einmal die Hälfte der Nachfrage. Der Senat hat gesagt, er wolle jährlich genau 1200 neue Wohnungen bauen, die dann mit einer Nettokaltmiete von 5,90 Euro an den Markt gehen können. Vorausgesetzt, alle Wohnungen, die jetzt Sozialwohnungen sind, bleiben in der Sozialbindung, und vorausgesetzt, die Armut nimmt nicht weiter zu, dann braucht dieser Senat 170 Jahre, um den Bedarf zu decken. Das ist doch ein wahres Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Was wollen Sie denn? Wollen Sie 20 Jahre lang nur Sozialwohnungen bauen!)

In der "Mitte Altona", Herr Kienscherf, ist für den ersten Bauabschnitt vorgesehen, 1000 Wohnungen frei finanziert oder als Eigentumswohnungen zu bauen. Die Zahl der vorgesehenen Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von 5,90 Euro beträgt 350. Das ist doch Irrsinn, es muss doch genau andersrum sein: mindestens 1000 Wohnungen mit einer Kaltmiete von 5,90 Euro; darüber können wir gern reden.

Herr Kienscherf, Sie haben gerade wunderbare Worte dafür gefunden, was wir für die kleinen Gewerbetreibenden tun müssen. Ich stimme Ihnen komplett zu, aber Sie haben es nicht konkretisiert. Wir haben in diesem Letter of Intent, wie es so schön neudeutsch heißt, also in der Vereinbarung mit der ECE, keine Passage gefunden wie: ECE sorgt dafür, dass Gewerbetreibende Mieten unter 5 Euro zahlen – kein Wort davon, und auch heute wieder nur schöne Worte von Ihnen. Das finden wir schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir einmal zum Thema Beteiligung. Sie haben gerade gesagt, es gäbe eine großartige Beteiligung. Seit Mai 2010 gab es massenhaft Präsentationen, Info-Veranstaltungen und Workshops.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Ist das verkehrt?)

– Nein, das ist überhaupt nicht verkehrt, das ist gut.

Aber eine Voraussetzung für echte Beteiligung – da möge Schwarz-Grün noch einmal genau zuhören – ist Transparenz. Ich habe aufgrund meiner Schriftlichen Kleinen Anfragen feststellen dürfen, dass die vorbereitenden Untersuchungen, die für die Bürgerinnen und Bürger relevant gewesen wären und die erst im April 2012 öffentlich vorgelegt

wurden, schon vor zwei Jahren fast komplett abgeschlossen waren. Sie haben dem Auftragnehmer schon Anfang Mai 2010 90 Prozent seiner Rechnung bezahlt, das heißt, Sie hätten das schon im Mai 2010, als Schwarz-Grün noch an der Regierung war, veröffentlichen können. Das haben Sie nicht gemacht. Das ist null Transparenz, das ist eher alles hinter dem Berg halten.

Ich dachte, jetzt würde vielleicht die SPD klatschen, weil sie Schwarz-Grün einen reinwürgen kann, aber die SPD hat es leider auch nicht wahn-sinnig viel besser gemacht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir wussten, dass das kommt!)

Sie haben einen guten Schritt gemacht, als Sie letztes Jahr dafür gesorgt haben, dass auf einem Bürgerforum von engagierten Bürgerinnen und Bürgern ein Koordinierungsgremium gewählt wurde. Das finde ich super. Sie haben gesagt – das steht auch so im Masterplan –, dass die Aufgabe dieses Koordinierungsgremiums die kritische Begleitung und das Aussprechen von Empfehlungen an die Planungsakteurinnen und –akteure sei. Genau das hat das Koordinierungsgremium gemacht. Es war bei uns im Ausschuss und hat seine Empfehlungen vorgestellt, und Sie haben das komplett ignoriert oder gefragt, was die Leute denn wollten, das könne alles viel später geklärt werden. Sie haben vertröstet. Das ist keine Beteiligung, das ist reine Papiertigerei.

(Beifall bei der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Nee, nee, nee! Das war ein bisschen anders, Frau Sudmann, das wissen Sie doch!)

Aber kommen wir jetzt zu dem spannenden Thema, was es kostet, wer es bezahlt und wer davon profitiert. Wir hätten erwartet, dass wir eine richtige Kosten- und Finanzierungsübersicht bekommen. Bisher gibt es nur grobe Schätzungen. Der Senat vertagt das Thema Kosten- und Finanzierungsübersicht. Dabei hätte er genau das gebraucht, um mit der ECE Verhandlungen wegen des Vorkaufrechts nach dem Baugesetzbuch und vor allen Dingen über die Abwendungsvereinbarung zu führen; das haben wir nicht. Bei dem Bodenwertgewinn habe ich bisher das Gefühl, dass die BSU die Bodenwertsteigerung eher herunterrechnet anstatt darauf zu schauen, was sie für die Stadt bekommen könnte.

Nun zum Thema ECE und Holsten. Ich frage mich immer noch, warum die Stadt das Vorkaufrecht nicht ausgeübt hat, und ich möchte, genau wie Frau Duden vorhin für die SPD-Fraktion, mich in diesem Fall positiv auf Herrn Kossak beziehen und zitieren:

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ja, der alte Mann!)

"Die Stadt ..."

**(Heike Sudmann)**

– sagt Herr Kossak im "Hamburger Abendblatt", ich zitiere mit Quelle –

*(Gabi Dobusch SPD: Das wird ja nicht richtiger, nur weil es da drinsteht!)*

"... muss bei derart wichtigen Stadtentwicklungsprojekten das Vorkaufsrecht für die notwendigen Flächen ausüben. Nur dann kann sie sicherstellen, dass ihre Pläne auch wirklich umgesetzt werden. Außerdem ist den Bürgern nicht zu erklären, warum ausschließlich private Großunternehmen finanziell von der Entwicklung eines Stadtteils so enorm profitieren sollen."

Das hätten wir nicht anders gesagt; er hat genau recht.

*(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienscherf SPD: Nein, er hat nicht recht!)*

Herr Kossak, der zu SPD-Zeiten als Oberbaudirektor eingesetzt wurde – ich merke, es macht Sie ganz nervös –, den Sie ausgewählt haben und dessen Vertrag Sie ein- oder sogar zweimal verlängert haben, sagt dann auch noch, wieder im "Hamburger Abendblatt":

*(Dirk Kienscherf SPD: Ach, Herr Kossak erzählt viel!)*

"Aber wahrscheinlich hat es sich die Stadt mit Otto nicht verderben wollen."

Dazu können Sie hier gern noch einmal etwas sagen.

*(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)*

Nun aber zu dem, was dieser Senat jetzt macht. Um das Vorkaufsrecht auszuüben, da haben Sie recht, muss nachgewiesen werden, dass ECE in diesem Fall nicht bereit ist, das, was die Stadt will, umzusetzen. Dazu muss die Stadt aber sehr klar und konkret sagen, was sie möchte. Sie haben aufgrund meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage gerade erst den Letter of Intent – es tut mir leid, aber das Ding heißt neuerdings so –, also die Absichtserklärung, veröffentlicht, in der ECE sich äußert. Ich will einmal ein paar Zitate daraus vorlesen. Zum Beispiel sagt ECE:

"Wir sind bereit, an einer freiwilligen Bodenordnung [...] konstruktiv mitzuwirken. Die genauen Einzelheiten [...] sind vertraglich zu vereinbaren."

Das ist also eine Nullnummer, weil noch nichts Konkretes feststeht. Weiter sagt ECE:

"Wir erkennen die Zielsetzung der Freien und Hansestadt Hamburg an, [in der Mitte Altona den Drittmix zu machen]."

Wir erkennen an, da steht nicht: Wir werden es machen.

*(Zuruf von Jörg Hamann CDU)*

Und jetzt, Herr Hamann, kommt der beste Satz:

*(Jörg Hamann CDU: Nee, lassen Sie mal!)*

"Für die Umsetzung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in der Mitte Altona setzen wir voraus, dass Angebote geeigneter Unternehmen oder Baugemeinschaften mit der notwendigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorliegen, die im Segment des öffentlich geförderten Wohnungsbaus innerhalb der förderungsfähigen Grenzen [...] liegen."

Was soll das denn, ECE setzt voraus? Und wer entscheidet, ob das der Fall ist? Da hat der Senat sich echt über den Tisch ziehen lassen, und dann ist es kein Wunder, dass Sie nicht mehr ablehnen können und das Vorkaufsrecht nicht ausüben.

Für mich sieht es so aus: Der Senat hat alles weggegeben, das Vorkaufsrecht ist weg.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt doch gar nicht!)*

Wenn das ein Signal für die späteren Abwendungsvereinbarungen sein sollte, dann tut mir dieser Senat wirklich leid.

*(Beifall bei der LINKEN – Dirk Kienscherf SPD: Sie haben es einfach nicht begriffen, Frau Sudmann!)*

– Ich habe es sehr gut begriffen, lieber Herr Kienscherf, und wir können auch gerne weiter darüber diskutieren. Sie nutzen nicht aus, was der Senat und die SPD-Fraktion machen könnten. Ich weiß nicht, warum Sie das nicht tun; ich würde mir viel mehr Mut von Ihnen wünschen für eine Stadtentwicklung, die diese Stadt braucht.

Mein Fazit lässt sich relativ leicht zusammenfassen: In Ihrem Masterplan wird ganz vieles auf später verschoben; Sie sagen selber, dass das Sinn und Zweck des Masterplans sei. Ich habe nachgefragt, wie man eigentlich sagen könne, dass Wohnungen entlang des Viadukts entstehen sollen, wo es doch ursprünglich hieß, dass das wegen des Lärms nicht ginge. Als Antwort habe ich bekommen, dass der Masterplan keine konkreten Aussagen zu den Nutzungen treffe.

*(Zuruf von Hans-Detlef Roock CDU)*

– Das hat der Senat gesagt, Herr Roock. Warum regen Sie sich auf, ich habe den Senat zitiert.

*(Hans-Detlef Roock CDU: Das legen doch die Bebauungspläne fest!)*

Aber, lieber Herr Roock, wenn die Nutzungen erst später im B-Plan festgelegt werden – ich kann Ihnen als Stadtplanerin sagen, dass es genau so ist –, dann frage ich mich, wie der Senat jetzt sagen kann, dass im ersten Bauabschnitt 1600 Wohnungen entstehen werden. Es ist ein Widerspruch in sich: Mal ist der Masterplan verbindlich für die

**(Heike Sudmann)**

Abwendungsvereinbarung, mal gibt der Masterplan nichts her.

Ich kann für die Links-Fraktion nur sagen: So nicht. Wir fordern Sie auf, die Chance zu nutzen. Den Masterplan in diesem Zustand sollten Sie in die Tonne treten.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Jetzt hat Frau Senatorin Blankau das Wort.

**Senatorin Jutta Blankau:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte mich schon so gefreut, dass wir heute optimistisch, weil sehr geschlossen, den Masterplan "Mitte Altona" beschließen. Das, was Sie eben gemacht haben, Frau Sudmann, habe ich nicht erwartet, denn wir hatten im Ausschuss doch schon etwas länger darüber diskutiert. Die ECE hat das Grundstück von der Holsten-Brauerei gekauft, und in diesem Zusammenhang entstand ein erstes Vorkaufsrecht, so würde ich das einmal vereinfacht darstellen. Dieses erste Vorkaufsrecht haben wir nicht gezogen, nachdem ECE den Letter of Intent unterschrieben hat. Eine Abwendungsvereinbarung gibt es überhaupt noch nicht, die verhandeln wir, und wenn dort das, was im Letter of Intent angekündigt ist, nicht vertraglich vereinbart wird, besteht die Möglichkeit, ein zweites Vorkaufsrecht wahrzunehmen. Im Ausschuss habe ich bereits erklärt, dass wir, wenn diese Gespräche nicht zu dem Ergebnis führen, das wir gern haben wollen, erneut diskutieren und darüber befinden müssen, ob wir dieses Vorkaufsrecht ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Frau Sudmann, hatte auch Herr Kien-scherf das in seiner Rede bereits angesprochen.

Wenn wir über die Situation auf dem Wohnungsmarkt reden, dann sollten wir doch froh darüber sein, dass wir heute einen Masterplan vorliegen haben, der ein eindeutiges Signal aussendet: Auf ehemaligen Bahnflächen wird ein neuer Stadtteil entstehen. Das ist das größte Stadtentwicklungsprojekt nach der HafenCity, und ich finde, darüber sollten wir uns alle freuen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Hamann*  
*CDU* – *Jens Kerstan* *GRÜNE*: Wir freuen uns still!)

In den verschiedenen Quartieren wird es rund 3500 Wohneinheiten, einen 8 Hektar großen Park, eine Stadtteilschule und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur geben. Damit schließen wir die Lücke zwischen Altona-Nord, Bahrenfeld und Ottensen und gewinnen dieses bisher unzugängliche Gebiet für die Stadt zurück. Mit dem Masterplan wird die künftige städtebauliche und landschafts-

planerische Struktur des Gebiets abgesteckt. Er ist ein Grundgerüst, das jetzt ausgefüllt werden kann.

Ich möchte kurz auf einige wichtige Inhalte des Masterplans eingehen. Eine wichtige Festlegung betrifft die Entwicklung von innerstädtischem Wohnraum. Hamburg hat nicht viele Flächen in petto, auf denen wir so viel für bezahlbaren innerstädtischen Wohnraum tun können; da haben Sie recht, Frau Sudmann. Wir wollen die Chance nutzen und hier in zentraler Lage den Wohnungsbau-Drittelmix verwirklichen: ein Drittel sozialer Wohnungsbau, ein Drittel freifinanzierter Wohnungsbau und ein Drittel Eigentumswohnungen. Wir wollen nicht in einzelnen Quartieren ausschließlich Sozialwohnungen bauen, das hat uns in der Vergangenheit politisch nicht besonders gutgetan und es entspricht auch nicht unseren Zielen. Wir wollen sozialen Wohnungsbau überall in der Stadt ermöglichen und ihn als selbstverständlichen Teil vielfältiger, gemischter Quartiere mit guter Anbindung und guten Bildungs- und sozialen Dienstleistungseinrichtungen etablieren. Das heißt, dass wir eben nicht nur in der "Mitte Altona", sondern beispielsweise auch im Pergolen-Viertel oder im Kellerbleek gemischte Quartiere entwickeln wollen. Zu dieser Mischung unterschiedlicher Wohnformen werden auch Baugenossenschaften und Integrationsprojekte beitragen. Bis zu 20 Prozent der Flächen werden an Baugemeinschaften vergeben werden können.

Ein weiterer Punkt ist, dass der Masterplan durch seine kleinteilige Gliederung einen städtebaulichen Bezug zu den umliegenden Stadtteilen herstellt und die Höhen der Baukörper – in der Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss auch immer wieder thematisiert – sich auf die Höhen der Umgebungsbauten beziehen. So wird sichergestellt, dass sich die "Mitte Altona" gut ins Bild der umgebenden Stadtteile integriert.

Meine Damen und Herren! Auch der Nachhaltigkeitsaspekt findet sich im Masterplan wieder. Die Umnutzung von Bahnflächen ist nachhaltige Stadtentwicklung. Behutsam entwickeln und verdichten wir den Stadtraum, um nicht wertvolle Naturflächen im Außenbereich Hamburgs nutzen zu müssen. Darüber hinaus setzt der Masterplan mit ressourcenschonender Energieversorgung und naturnaher Regenwasserbewirtschaftung deutliche ökologische Ausrufezeichen.

Das Mobilitätskonzept haben Sie schon angesprochen. Dazu hat es bereits am letzten Samstag einen Thementag gegeben, auf dem die breite Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort für dieses neue Mobilitätskonzept deutlich wurde.

Eine oft gestellte Frage ist – das hat ja auch eben eine Rolle gespielt –, ob wir auf die Entscheidung der Deutschen Bahn über die Verlagerung des Fernbahnhofs nach Diebsteich warten müssen. Der Masterplan gibt die Antwort: nein. Er berück-

**(Senatorin Jutta Blankau)**

sichtig – Herr Roock hat es schon gesagt –, dass der zweite Entwicklungsabschnitt später angegangen werden kann, wenn die Bahn entschieden hat. Mit dem ersten Bauabschnitt können wir jetzt beginnen.

Meine Damen und Herren! Ob ein so großes städtebauliches Projekt wie die "Mitte Altona" gelingt, hängt maßgeblich von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und den Diskussionen in den politischen Gremien ab, darüber sind wir uns eigentlich alle einig. Für beides hat es viel Zeit und Raum gegeben. Das ist eine gute Investition, denn die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern und die Beschlüsse der Gremien auf Bezirks- und Bürgerschaftsebene haben das Projekt vorangebracht.

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE* – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Auf Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, Frau Sudmann, ist der Dialog seit Juni 2011 weiter intensiviert worden. Von Experten wurden Interviews und Workshops durchgeführt, und die Beteiligungs- und Informationsangebote wurden durch die Einrichtung des Koordinierungsgremiums ergänzt. Die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedenen Veranstaltungen flossen bei der Überarbeitung des Masterplans für den ersten Abschnitt der "Mitte Altona" ein. Sie wurden in schriftlicher Form in einem Anhang zum Masterplan dokumentiert und sind damit Teil der Senats- und der Bürgerschaftsdrucksache.

Das Parlament hat sich ebenfalls intensiv mit dem Masterplan "Mitte Altona" auseinandergesetzt. Im Stadtentwicklungsausschuss haben wir die Vertreter des Koordinierungsgremiums angehört und den Masterplan ausführlich debattiert. Dabei haben die Abgeordneten mit ihren Beschlüssen eine Reihe von Punkten im Masterplan betont wie die Sicherstellung eines großen Angebots preiswerten Wohnraums und einen höheren Anteil autoarmes Wohnen. Deshalb können wir auch konstatieren: Bürgerbeteiligung und politische Beratung brauchen Zeit, aber sie verbessern das Ergebnis und ermöglichen, dass die vielen unterschiedlichen Interessen gegeneinander abgewogen und womöglich miteinander in Einklang gebracht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Stadtentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nur unter Beachtung der demokratischen Spielregeln gelingt, und zu den Spielregeln gehört es, fair miteinander umzugehen. Das gilt auch für Investoren. Und da komme ich auf die Debatte zurück, die Sie in den Mittelpunkt Ihres Redebeitrags gestellt haben, Frau Sudmann, die Debatte um den Verzicht auf das Vorkaufsrecht einer Fläche aus dem Masterplangebiet, die die ECE im Juli von der

Holsten-Brauerei gekauft hat. Entscheidend für den Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechts ist, dass sich die ECE bereiterklärt hat, die städtischen Ziele zu verwirklichen, die ich beschrieben habe. Und wenn ein Investor das verspricht, dann nehmen wir das auch ernst. Wir haben mit dem Bündnis für das Wohnen in Hamburg einen konstruktiven und vertrauensvollen Dialog mit allen Akteuren, die in dieser Stadt im Wohnungsbau Verantwortung tragen, aufgebaut. Wir können diese erfolgreiche Kooperationskultur nicht dadurch ad absurdum führen, indem wir den erklärten Willen ignorieren, sich mit uns zu einigen.

Meine Damen und Herren! Wie wird es nach dem Beschluss des Masterplans, von dem ich ausgehen kann, da sich auch einzelne Oppositionsparteien zustimmend geäußert haben, weitergehen? Jetzt erfolgt die Aufstellung des Bebauungsplans, der im kooperativen Verfahren mit dem Bezirk Altona erarbeitet wird. Begleitend finden der Freiraumwettbewerb, die Hochbauwettbewerbe und die entsprechenden Fachplanungen statt, die den Masterplan konkretisieren. Parallel dazu läuft die Bürgerbeteiligung weiter, so mit den Thementagen "Wohnen & Leben" im Oktober und "Park & öffentliche Plätze" im Januar. Wir wollen im ersten Quartal 2013 die Abwendungsvereinbarungen mit den Eigentümern abschließen und dann den Senat und die Bürgerschaft damit befassen. Parallel zum Senat und zur Bürgerschaft werden die Inhalte im Rahmen der Bürgerbeteiligung diskutiert werden.

Meine Damen und Herren! Mit dem Beschluss des Masterplans werden wir die erste Etappe erfolgreich hinter uns bringen. Wir werden die nächsten Schritte zügig angehen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, dem Bezirk Altona, der Bürgerschaft und den Eigentümern und Investoren werden wir ein lebendiges, attraktives Wohnquartier im Herzen Altonas schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Hierzu haben mir die Abgeordneten Robert Heinemann und Dorothee Martin mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Zunächst stelle ich fest, dass die in den Punkten a) und c) der Ausschussempfehlungen erbetenen Kennnismnahmen erfolgt sind.

Wer sich Punkt b) der Ausschussempfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Wer schließlich die Punkte d), e), f) und g) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

Dann kommen wir zu Punkt 31 der Tagesordnung, Drucksache 20/5257, Antrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN: GEMA-Tarifstreit: Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN:**

**GEMA-Tarifstreit: Sinnvollen Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen und Kulturschaffenden ermöglichen**

**– Drs 20/5257 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Schmidt.

**Hansjörg Schmidt SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem Bekanntwerden der Tarifreform der GEMA geht ein Aufschrei durch die Republik. In der Provinz befürchtet man, dass keine Schützenfeste mehr stattfinden können, und in den Großstädten spricht man vom Clubsterben. Fakt ist, dass die GEMA eine Tarifreform vorgestellt hat, die unter dem Motto der Tarifvereinfachung von vielen als Tariferhöhung betrachtet wird.

Hier wird von teilweise absurden Gebührenerhöhungen um bis zu 3500 Prozent geredet. Deswegen sind im September in ganz Deutschland in vielen Städten zahlreiche Menschen gegen die GEMA auf die Straße gegangen und haben eine Rücknahme der Tarifreform gefordert. In Hamburg – die Bilder haben Sie sicherlich gesehen – wurde der Kiez symbolisch zu Grabe getragen und am letzten Wochenende ein Dino über die Reeperbahn getrieben.

*(Dirk Kienscherf SPD: Der HSV!)*

– Nicht der HSV.

Farid Müller und ich haben stellvertretend eine Petition der Hamburger Clubbetreiber entgegengenommen, und deswegen wird das Thema nun auch in der Bürgerschaft mit unserem Antrag debattiert.

Um was geht es? Die Tarifreform in Kürze: Die GEMA möchte die elf bestehenden Tarife ab 2013 gegen dann nur noch zwei Tarife austauschen. Berechnungsgrundlage sind dann bei den Diskotheken und Clubs nicht mehr wie bisher Pauschalverträge, sondern sie richten sich nach der Anzahl der Veranstaltungen. Statt wie bisher zählen die Größen des Veranstaltungsraums und die Höhe des Eintrittspreises. Hier sollen 10 Prozent der Eintrittsgelder abgeführt werden. Allerdings wird pauschal

von einem Besucher pro Quadratmeter ausgegangen und nicht von der Anzahl der verkauften Tickets. Hinzu kommen noch Aufschläge, zum Beispiel, wenn Veranstaltungen länger als fünf Stunden dauern. Ich denke, das wird auf der Reeperbahn die Regel sein.

Auch der Wochentag wird nicht mehr unterschieden. Für einen Tag unter der Woche wird derselbe Tarif berechnet wie für das Wochenende, und dann tragen natürlich die pauschalen Beiträge erst recht zu Kostensteigerungen bei.

Nicht nur die Höhe der Gebühren von 10 Prozent des Eintritts wird dabei heftig kritisiert, sondern vor allem die mangelnde Anwendbarkeit der Regelung auf die Realität der Clubkultur. Die GEMA verwechselt hier häufig Umsatz mit Gewinn, denn der Umsatz reicht in vielen Einrichtungen gerade dazu aus, die für die Veranstaltung notwendigen Kosten zu decken. Hinzu kommt, dass nur in 100-Quadratmeter-Sprüngen gerechnet wird. Die GEMA berechnet also bereits dann 200 Gäste, wenn ein Raum nur 110 Quadratmeter groß ist. Ob der Laden dann rappellvoll oder gähnend leer ist, spielt keine Rolle, die Abgaben sind immer die gleichen. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

*(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)*

Was bedeutet das konkret für Hamburg und unsere Musikszene? Entwarnung kann man für die zahlreichen kleineren Liveclubs geben. Diese machen nämlich einen Großteil des Charmes der Hamburger Musikszene aus, und es ist gut, dass hier seit dem 1. Januar 2012 bereits eine neue Berechnungsgrundlage gilt, die sich nach den tatsächlichen Bruttoeinnahmen der jeweiligen Veranstaltung richtet und dadurch die Gebühren teilweise sogar senkte. Der Senat unterstützt die Liveclubs in Hamburg darüber hinaus mit der anteiligen Erstattung der GEMA-Gebühren. Mit unserem gerade beschlossenen Antrag zur Musikwirtschaft hat die Bürgerschaft gezeigt, dass sie ebenfalls an der Seite der Hamburger Musikszene steht. Mit dem heutigen Antrag wollen wir dies nochmals unterstreichen, denn Hamburgs Musikszene liegt uns am Herzen.

*(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)*

Wir sorgen uns um die Vielfalt, denn durch die Tarifreform wird es teuer für Discos, Clubs und solche Kneipen, in denen Musik vom Band abläuft. Hier kommt es zum Teil zu drastischen Erhöhungen. Häufig ist es so, dass genau diese Veranstaltungen andere Konzerte querfinanzieren, und deswegen befürchten wir, dass diese Tarifreform Kollateralschäden verursacht, und fordern die GEMA mit unserem Antrag auf, auf die Clubbetreiber zuzuge-

**(Hansjörg Schmidt)**

hen. Wir wollen die lebendige Clubkultur für Hamburg erhalten.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Natürlich braucht es ein System zur gerechten Entlohnung der Kreativen und der Kunstschaffenden. Aber auch den Clubbetreibern muss genug Luft zum Atmen bleiben. Diese sind ohnehin schon mit vielen Auflagen gebeutelt, und für viele ist der eigene Laden mehr Leidenschaft als ein Wirtschaftsunternehmen. Die Künstler brauchen die Clubs, und die GEMA sollte nicht den Ast absägen, auf dem sie sitzt.

(Beifall bei *Farid Müller GRÜNE*)

Was wir brauchen, sind transparente und gerechte Tarifregelungen für alle GEMA-Vertragspartner. Insbesondere rein kulturellen Veranstaltungen und ehrenamtlich organisierten Veranstaltungen sollten hier nicht zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Im Zuge dieser Tarifaueinandersetzungen entlädt sich viel Ärger, der sich in den letzten Jahren durch den gesamten GEMA-Komplex aufgestaut hat. Die Mitbestimmung über die Verwendung der Einnahmen beschränkt sich auf einen kleinen Kreis, die Organisationsstrukturen sind wenig transparent und das Kommunikationsverhalten ist, gelinde gesagt, museal. Es ist immer schwierig, sich vonseiten der Politik in Selbstverwaltungsorganisationen einzumischen.

Die GEMA, die von ihr vertretenen Künstler und die Veranstalter sind gefordert, diese Konflikte zu lösen. Dennoch erfüllt uns die Gesamtsituation mit Sorge. Die derzeitige Tarifaueinandersetzung wird von vielen genau beobachtet und auch gern instrumentalisiert. Jeder sollte wahrnehmen, dass durch die gesamtgesellschaftliche Debatte Handlungsbedarf besteht. Reformen sind in jedem Fall notwendig.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sieht hier Handlungsbedarf und hat im Rahmen der Vorstellung des Kreativpakts angemerkt, dass wir eine runderneuerte GEMA brauchen. Viele bezweifeln aber, dass die GEMA zu ausreichenden Reformen in der Lage ist und meinen, mit Gänsen könne man schließlich schlecht über Weihnachten verhandeln.

Die GEMA wäre gut beraten, in dieser Situation auf die Clubbetreiber zuzugehen und zur Lösung des Konflikts beizutragen. Dies wäre in Anbetracht der Gesamtsituation auch in ihrem ureigensten Interesse und ein wichtiges Signal der Handlungsfähigkeit. Es sich mit allen zu verscherzen, ist nicht klug.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Die andere Seite ist auch gefordert, sie sollte einmal verbal abrüsten. Die extreme Schwarzmalerei ist übertrieben, und Etiketten wie "Content-Mafia" mögen auf Twitter ganz lustig sein, sorgen aber nicht für ein sinnvolles Verhandlungsklima, sondern verhärten die Fronten. Vielmehr sollte nun das Schiedsverfahren als Chance betrachtet werden, die verfahrenre Situation zu lösen. Es liegt im Interesse der Musik, und die liegt uns am Herzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Wankum.

**Andreas C. Wankum** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei Dinge möchte ich, lieber Herr Schmidt, gleich zu Anfang dieser Debatte aus meiner Sicht anmerken. Hier ist das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden und hier werden Dinge verwechselt, auch in Ihrem Beitrag eben. Es geht nicht um die Debatte, wie verkehrt vielleicht die GEMA strukturiert ist, ob sie einen zu großen Wasserkopf hat oder ob sie an die falschen Künstler ausschüttet. Hier geht es meiner Meinung nach um den Schutz der wirklich Schutzbedürftigen und nicht um den Schutz von – vornehm ausgedrückt – schwer zu kontrollierenden Freiräumen, nämlich im Bereich der Großdiskotheken-Betreiber und der Großclubs. Die kleinen Clubs und die Clubszene in Hamburg sind der CDU ein Anliegen. Dass das so ist, haben wir mit einer herausragenden Kulturpolitik in diesem Bereich in den letzten zehn Jahren bewiesen und die Clubszene in Hamburg wieder gestärkt.

(Beifall bei der CDU)

Wir stecken uns auch nicht so tief in die Auseinandersetzungen zwischen UFO, der Lufthansagerwerkschaft, und der Lufthansa. Die GEMA ist zwar keine Gewerkschaft, aber sie ist die Interessenvertretung derer, für die gerade diese Seite des Parlaments sich immer so einsetzt, nämlich der geistigen Urheber.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der letzten Jahre, der Debatten um den Citycent und jetzt auch um die Kulturdebatte, fällt es uns und vielleicht auch Ihnen schwer, zum Interessenvertreter der DEHOGA zu werden. Und dass wir dann, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, durch die zu befürchtende Umwandlung der Kultursteuer in eine Eventsteuer, die auch schon ausgegeben worden ist, der DEHOGA auch noch Argumente liefern, ist, nebenbei bemerkt, auch in dieser Debatte schlimm genug.

**(Andreas C. Wankum)**

(Beifall bei der CDU)

Ich habe immer wieder gesagt, dass wir nicht auf der einen Seite unsere jungen Menschen gut und teuer ausbilden können und sie dann um den Lohn dessen, was sie mit ihrem Geist schaffen, bringen. Und darum geht es hier. Ich weiß nicht, wer von Ihnen oder euch auf dem Reeperbahnfestival mit Künstlern gesprochen hat. Das Gespräch kam dadurch zustande, dass die GEMA auch Sponsor des Reeperbahnfestivals war und das Logo dort entsprechend präsent war, so kam man immer wieder auf das Thema. Alle Arten von Künstlern haben gesagt: Wir wollen für das, was wir schaffen, was wir schreiben, was wir produzieren und spielen, vernünftig entlohnt werden.

Meine Damen und Herren! Die "Süddeutsche Zeitung" steht nun nicht unbedingt im Verdacht, der Büttel der Musikindustrie zu sein. Aber wer von Ihnen den Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" vom 6. Dezember gelesen hat,

(Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: 6. Dezember?)

– Entschuldigung, vom 6. September, wir sind noch nicht vor Weihnachten –, der hat dort auch sehr dezidiert und sehr differenziert lesen können, worum es geht, dass die Großclub- und Großdiskothekenbranche Branchen sind, bei denen die Inhaber gern nehmen und selten geben.

Meine Damen und Herren! Ich finde, uns steht es gut an, Abstand zu wahren und an die Vernunft beider Parteien zu appellieren, hier zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen, nicht zu übertreiben, aber auf der anderen Seite den Schutz des geistig Geschaffenen zu sichern. Es steht uns nicht an, einseitig die Position für die Großclubs und Großdiskotheken einzunehmen, auch wenn in der Vergangenheit vielleicht zu wenig bezahlt worden ist.

Dem Petitum Ihres Antrags werden wir zustimmen. Dem Geist des Antrags jedenfalls so, wie er sich uns bisher erschlossen hat, können wir leider nicht zustimmen. Ich hoffe, ich habe das vernünftig dargelegt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Müller.

**Farid Müller GRÜNE:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir GRÜNE sind in Sorge um die Zukunft der Musikclubs in dieser Stadt, und diese Sorge hat sich auch im ganzen Land breit gemacht. In Mecklenburg-Vorpommern, wo man nicht gleich vermuten würde, dass es da sehr viele Musikclubs gibt, gab es auch eine Resolution des Landtags, das Berliner Abgeordnetenhaus hat sich einstimmig dafür ausgesprochen. Und um

nichts anderes geht es hier, dass wir insofern Partei nehmen als Politiker für eine Sache, die sich in der Schlichtung befindet.

Die GEMA hat die Tarife veröffentlicht, sie sind strittig. Insofern kann man jetzt nicht auf der Seite der GEMA sein, denn sie hat sich schon durchgesetzt. Jetzt geht es doch darum, ob wir bei den strittigen Tarifen, die tatsächlich in vielen Fällen zu einer Existenzbedrohung für kleinere und mittlere Clubs führen würden, und das nicht nur in Hamburg, in der Schlichtung einen Kompromiss finden können. Ich glaube, man kann dem nicht widersprechen, dass die Musiklandschaft in Hamburg unmittelbar mit dem Antlitz der Stadt verbunden ist. Wir haben das gerade am Wochenende beim Reeperbahnfestival erlebt. Es wird inzwischen nicht nur deutschlandweit wahrgenommen, sondern man kann ohne große Übertreibung sagen, dass es europaweit sicherlich eines der ganz großen Musikfestivals ist. Und wir haben ein großes Interesse daran, dass die Reeperbahn in dieser Frage weiter Bestand hat.

Es geht nicht allein darum, dass wir als Senat und als Bürgerschaft immer wieder über den Haushalt beschließen oder einen Teil der GEMA-Gebühren für die Livemusikclubs erstatten, um die jetzt schon hohen Kosten ein wenig zu mildern, sondern es geht auch darum, die anderen Clubs und auch die Clubs, die eine Mischfinanzierung haben – das sind die meisten, das wurde heute schon erwähnt –, zu unterstützen. Natürlich hat ein MOLOTOW-Club an der Reeperbahn Livekonzerte, aber es ist auch eine Diskothek. Das machen die aber nicht zum Spaß, sie würden am liebsten nur Live-musik machen, aber das können sie sich nicht leisten. Sie verdienen nämlich nichts über den Eintritt oder was da verzehrt wird, sondern sie verdienen im Wesentlichen mit dem anderen Bereich, nämlich der Diskothek.

Wenn diese Querfinanzierung aber nicht ad absurdum geführt werden soll, muss es unser Interesse sein, die Clubs in dieser Frage vonseiten des Parlaments nicht allein zu lassen. Ich bin Herrn Wankum dankbar, dass er am Ende doch gesagt hat, dass er dem Petitum zustimmen werde; das ist das Wichtige daran. Ich glaube auch, dass die Mehrheit im Hause sich nicht daran aufhängen möchte, was die DEHOGA gemacht hat und ob sie klug verhandelt hat. Darüber kann man lange reden und streiten, darum geht es aber jetzt nicht.

Wir sind auf alle Fälle in einer Situation, in der es darum geht, ein Stück Hamburger Antlitz mit in die Waagschale zu werfen. Da hoffen wir, dass die Senatorin sich auch in die Schlichtungsverhandlungen einbringen wird. Hier muss ein Kompromiss ausgehandelt werden, denn so, wie es bisher von der GEMA geplant ist, geht es nicht. Es gibt viele einzelne Bereiche, die heute schon dargestellt wurden, bei denen die Tarife einfach nicht greifen, bei

**(Farid Müller)**

denen die kleinen und schwachen Musikveranstalter und auch die nicht-kommerziellen Musikveranstalter einfach hinten runterfallen. Das wollen wir in Hamburg nicht, und ich bin auch froh, dass wir hier eine große Einigkeit haben.

Wir sollten uns auch nicht darin versteigen, die Künstler gegeneinander auszuspielen. Es ist bekannt – deswegen ist da auch überhaupt keine Schere, wenn man die Diskussion auf der Reeperbahn und St. Pauli mitbekommt –, dass die Künstler Seite an Seite mit den Clubbetreibern stehen, denn es ist ihre einzige Möglichkeit, ihre Musik einem Publikum zu präsentieren. In den gleichgeschalteten Radiosendern findet diese Musik nämlich noch nicht statt. Da kommen sie erst hin, wenn sie einen Hit gelandet haben. Aber bevor sie das geschafft haben, müssen sie sich schließlich irgendwo vorstellen, und dafür sind die Livemusikclubs und all die anderen Musikclubs eben da.

Insofern haben wir ein großes Interesse daran, dass hier ein gerechter Kompromiss gefunden wird. Ich freue mich, dass wir das einstimmig erreichen. Wir haben übrigens auch noch Unterschriften von den Clubs bekommen bei der Demonstration vor Ort, und vielleicht können Herr Schmidt und ich die kurz einmal der Senatorin übergeben. Dann haben sie auch gewissermaßen ihren Empfänger erreicht. Herr Schmidt, kommen Sie doch mit, dann geben wir der Senatorin die Unterschriften. Sie sind an den Hamburger Senat gerichtet von sämtlichen Hamburger Musikclubs. Dann ist das dort abgegeben, und wir haben mit unserem Beschluss den Senat beauftragt, hier handeln zu können. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Dann bekommt jetzt Frau Suding das Wort.

**Katja Suding FDP:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nach diesem netten Auftritt machen wir weiter. Ich stelle fest, dass die Diskussion über die neue Gebührenordnung der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, kurz gesagt GEMA, in den letzten Monaten sehr emotional und teilweise auch unsachlich geführt wurde. Worum es im Kern geht, hat Herr Schmidt dankenswerterweise schon recht gut erläutert. Deswegen gestatten Sie mir nur einige Bemerkungen.

Erstens: Die Einflussmöglichkeiten der Hamburgischen Bürgerschaft sind in diesem Fall sehr begrenzt. Das wissen alle, die sich mit diesem Fall befasst haben. Der vorliegende Antrag ist daher neben der Aufforderung an den Senat auch eher ein grundsätzlicher Appell an beide Verhandlungsseiten, im aktuellen Tarifstreit verbal etwas abzurufen und aufeinander zuzugehen.

Zweitens: In der Tat würde die von der GEMA nun vorgelegte und festgesetzte Gebührenordnung viele Veranstalter, Clubs und Diskotheken erheblich belasten. Ob die Horrorszenarien allerdings, die von einigen Veranstaltern skizziert wurden, wirklich eintreten würden, ist doch eher ungewiss, denn gleichzeitig wissen alle Beteiligten, dass diese Gebührenordnung so niemals in Kraft treten wird. Um die gescheiterten Verhandlungen in einen sinnvollen Verfahrensweg zu überführen, war die Festsetzung unabdingbar. Sie war sogar Grundlage für das nun laufende Schiedsgerichtsverfahren.

Drittens: Dass eine Einigung nicht unmöglich ist, das haben verschiedene Vereinbarungen der GEMA mit anderen Tarifpartnern wie etwa dem Bund des Deutschen Karnevals in den letzten Monaten schon gezeigt. Die Signale, die derzeit zu vernehmen sind, stimmen mich jedenfalls zuversichtlich, dass eine Einigung noch in diesem Jahr möglich ist.

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft unterstützt diesen Antrag, weil ein schnelles und gütliches Ende des Verfahrens auch für Hamburg von großem Interesse ist. Die bestehende Szene aus Clubs, Diskotheken und vielen Veranstaltern braucht verlässliche Rahmenbedingungen, die auch wirtschaftlich akzeptabel sind. Die Szene prägt nicht nur einzelne Stadtteile, sondern die ganze Stadt, und sorgt dafür, dass unzählige Touristen unsere Stadt besuchen und das vielfältige Angebot genießen.

Gleichzeitig muss die Tarifvereinbarung aber auch die berechtigten Interessen der Urheber, von denen sich viele glücklicherweise in Hamburg befinden, ausreichend schützen. Deshalb ist auch das Petitum in 2. c), das eine transparente und gerechte Tarifregelung fordert, ein wesentlicher Bestandteil dieses Antrags.

Wir alle wissen, dass der vorliegende Antrag die Welt nicht verändern wird, er wird auch das Verfahren nicht beschleunigen. Vielleicht können wir mit diesem Beschluss heute jedoch etwas sensibilisieren. Aber eines ist der Antrag ganz gewiss: Er ist ein klares Bekenntnis der Stadt zu ihrer lebendigen Musikszene. Das ist gut so und das findet die Unterstützung der FDP-Fraktion. – Danke.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, das wäre eher eine Debatte für den Kulturausschuss gewesen. Da hätte es gut hineingepasst, statt das Plenum an diesem Punkt doch etwas zu überfordern.

**(Norbert Hackbusch)**

Das Wesentliche wurde gesagt, das will ich nicht einzeln wiederholen.

Es ist ein wichtiges Argument, dass die Urheber gestärkt werden müssen, das ist keine Frage, das ist bei allen Digitalisierungsprozessen ein wichtiges Moment. Aber die GEMA ist auf jeden Fall nicht die Selbstorganisation der Urheberrechte im musikalischen Bereich. Das ist sie nämlich nicht, und deswegen muss da strukturell etwas verändert werden. Das werden wir in Hamburg höchstens mit Appellen machen können. Dementsprechend werde ich mich darauf beschränken. Ich wünsche auch, dass dieser Prozess vielleicht irgendetwas in Gang setzt, und übergebe gern auch irgendwelche Unterschriftenlisten und winke in die Mikrofone. – Tschüss.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter* SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen und vielleicht auch keine Unterschriftenlisten mehr zu verteilen sind, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/5257 an den Kulturausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer den Antrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN, der FDP und der LINKEN aus der Drucksache 20/5257 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 15, Drucksache 20/5111, Senatsantrag: Einbürgerungsinitiative und Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Duldungsantragstellern sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. März 2012.

**[Senatsantrag:  
Einbürgerungsinitiative und Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Duldungsantragstellern sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 29. März 2012 (Drucksache 20/3662) – Drs 20/5111 –]**

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Dr. Schäfer.

**Dr. Martin Schäfer** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben bei diesem Tages-

ordnungspunkt über zwei Themen zu sprechen. Das eine ist ein sehr angenehmes, das andere könnte zu unterschiedlichen Auffassungen führen. Ich möchte mit dem angenehmen Thema beginnen.

Die Einbürgerungsinitiative des Bürgermeisters ist erfolgreich.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Erfolg hat Folgen. Die Anzahl der Anträge ist um 36 Prozent gestiegen, die Anzahl der notwendigen Beratungsgespräche ist um 55 Prozent gestiegen. Das bedeutet, dass es einen ganz klaren Mehrbedarf an Personal in den entsprechenden Abteilungen der Ausländerbehörde gibt. Da obendrein die Umsetzung der Optionspflicht ebenfalls zu einem höheren Bearbeitungs- und Beratungsaufwand führt, ist es notwendig, dass wir diesem Mehraufwand an Personal auch nachkommen. Die Finanzierung ist insofern auch gesichert, als die 400 000 bis 500 000 Euro pro Jahr aus dem Einzelplan 9.2 kommen und dann diese Umsetzung des Mehrbedarfs an Personal ermöglichen. Von daher bitte ich Sie, diesen Erfolg nicht zu gefährden, die Bearbeitungsdichte in der Ausländerbehörde diesbezüglich zu erhöhen und diesem Antrag des Senats zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt auch andere steigende Zahlen. Die Zahl der Asylbewerber stieg von 713 im Jahr 2006 auf 2024 im Jahr 2011. Das heißt, es gibt einen deutlich höheren Bedarf an Unterkünften, sowohl an Erstaufnahmeunterkünften als auch an Folgeunterbringungen, die dann in Hamburg zu erfolgen haben. Um diesen Bedarf zu decken, soll der Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern über die Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf, der zum 30. September dieses Jahres, also am Sonntag dieser Woche, ausläuft, erneuert werden. Es wurde ein neuer Vertrag ausgehandelt, über den wir nunmehr zu beschließen haben.

Den dauerhaften Bedarf an Plätzen in dieser Erstaufnahmeunterkunft in Nostorf schätzen wir auf ungefähr 300 Plätze. In Hamburg ist es nahezu unmöglich, solche Plätze weiter zu schaffen, denn hier ist es erst einmal notwendig, die Folgeunterbringung sicherzustellen. Darum möchte ich Sie auch ausdrücklich alle einladen, bei den Bemühungen, solche Plätze zu finden, mitzuwirken, damit wir, nachdem die Erstaufnahmeunterkunft nach drei Monaten beendet ist, adäquate Plätze in der Folgeunterbringung in Hamburg zur Verfügung stellen können. Diese hat für uns in Hamburg Priorität.

Von daher möchten wir von der Möglichkeit Gebrauch machen, den Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern über Nostorf zu erneuern und fortzusetzen. Das geschieht allerdings nicht unter denselben Bedingungen wie bisher, sondern sie ändern

**(Dr. Martin Schäfer)**

sich deutlich. So gibt es schon seit Februar dieses Jahres – und das ist dann auch vertraglich weiterhin abgesichert – Bildungsangebote für Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bildungsangebote beginnen mit einer Sprachstandsfeststellung und leiten vor allen Dingen über zu Deutschunterricht. Dieser Unterricht ist dort im Unterschied zu Hamburg auch in Ferienzeiten gesichert, das heißt, er unterscheidet sich ganz entscheidend davon, Kinder in Hamburg in Regelschulen unterzubringen. Da die Unterkunft in Nostorf auf maximal drei Monate beschränkt ist, ist das ein nicht unerheblicher Aspekt, der zu berücksichtigen ist und der dazu führt, dass dieser Unterricht auch in Ferienzeiten stattfindet. Von daher bedeutet dies eine deutliche Verbesserung im Vergleich zu allem, was in den letzten Jahren stattgefunden hat.

(Beifall bei der SPD)

Es finden dort weiterhin strukturierte Freizeitmaßnahmen für die Kinder statt, angeleitet von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Es gibt eine Kooperation mit dem Hamburger Schulinformationszentrum, um einen raschen Übergang ins Hamburger Schulsystem zu sichern nach dem Transfer nach Hamburg, also nach Ablauf von maximal drei Monaten.

Wenn Kinder den Anforderungen des Regelschulsystems schon entsprechen, so soll sichergestellt werden, dass sie mit ihren Eltern möglichst bald nach Hamburg übersiedeln, sodass sie dann auch in dieses Regelschulsystem in Hamburg aufgenommen werden können.

Des Weiteren ist der medizinische Dienst in Nostorf gesichert für die dort untergebrachten Menschen, sodass unserer Ansicht nach nichts einer Fortsetzung dieses Vertrags mit Mecklenburg-Vorpommern über diese Erstaufnahmeeinrichtung entgegensteht.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich führten die Neuverhandlungen zu anderen Abrechnungsmodalitäten. Bisher wurden weitgehend die variablen Kosten, also Kosten pro untergebrachte Person, von Hamburg übernommen, und die Fixkosten blieben weitestgehend beim Land Mecklenburg-Vorpommern. Das ändert sich jetzt insofern, als Hamburg auch für die Fixkosten für 200 Plätze aufkommen muss. Das ist unserer Ansicht nach nicht zu vermeiden. Und es ist nicht möglich, Mecklenburg-Vorpommern etwas aufzubürden, was wir in Anspruch nehmen, ohne dann auch zu einer gewissen Kompensationszahlung zu kommen. Diese Mehrbedarfe werden ebenfalls, wie die Mehrbedarfe bei der Einbürgerungsstelle, aus dem Einzelplan 9.2 finanziert und sind bis zum Jahr 2016 sichergestellt.

Das alles bedarf einer gewissen Eilbedürftigkeit aus dem einfachen Grund, ich erwähnte es vorhin schon, da der Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern zum 30. September ausläuft. Bis dahin brauchen wir eine Regelung, wie diese Unterkunft in der Erstaufnahme fortgesetzt werden kann. Daher ist unsere Bitte, diesem Antrag heute zuzustimmen. Wir werden, nachdem wir diese Sache heute beschlossen haben, das an den Haushaltsausschuss federführend und an den Innenausschuss mitberatend nachträglich überweisen, sodass dann alle Fragen, die möglicherweise offen sein könnten, gestellt und geklärt werden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele.

**Kai Voet van Vormizeele** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, bei dieser Debatte müssen wir sehr deutlich unterscheiden zwischen dem, was es zum einen inhaltlich zu besprechen gibt – und da ist der Konsens in diesem Hause wahrscheinlich deutlich größer als geahnt oder gehofft –, auf der anderen Seite müssen wir aber auch darüber reden, was es hier an formalen Fehlern gibt und vor allen Dingen auch über die Beteiligung des Parlaments sprechen.

Herr Dr. Schäfer machte es eben ein wenig by the way, ich will daher gern die Zahlen einmal explizit nennen. Die Mehrbedarfe für die Bereiche der Einbürgerungen betragen im Jahre 2012 105 000 Euro, in 2013 421 000 Euro, in 2014 465 000 Euro und in 2015 509 000 Euro. Das setzt sich dann in den Summen so nett weiter fort. Bei den Mehrbedarfen für die Erstunterbringung in Nostorf sind es zunächst 1,6 Millionen Euro, und sie werden auf gut 2 Millionen Euro pro Jahr weiter ansteigen. Das sind erhebliche Summen, die wir zu bewegen haben. In einem Parlament haben wir den richtigen und guten Brauch, solche Summen im Haushaltsausschuss zu besprechen. Dass der Senat nicht in der Lage gewesen ist, zum richtigen Zeitpunkt eine solche Drucksache einzubringen, ist kein wirklicher Beleg für gutes Regieren.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere auch der Punkt – und das kann ich Ihnen nicht ersparen, verehrter Kollege Herr Dr. Dressel –, die Sitzungen des Haushaltsausschusses zum Innenetat zu benutzen und, nachdem alle Kollegen aus dem Innenbereich schon weg sind, gegen 22.30 Uhr zu sagen, wir könnten bei der Sitzung in zwei Tagen mal eben eine Selbstbefassung beschließen, ist weder dem Ernst des Themas noch diesem Parlament angemessen. Das müssen Sie ganz deutlich akzeptieren.

**(Kai Voet van Vormizeele)**

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wird sich meine Fraktion heute bei dieser Abstimmung enthalten. Wir sind nicht der Auffassung, dass eine nachträgliche Überweisung bei einem Finanzvolumen, wie wir es hier vorfinden, der angemessene Weg ist. Nichtsdestotrotz akzeptieren wir, dass wir vor allen Dingen für den Bereich der Einbürgerung Lösungen brauchen. Aber Sie werden auch akzeptieren müssen, dass Sie dieses demnächst mit einer vernünftigen Drucksache machen müssen und dass Sie sich den kritischen Fragen, insbesondere der Kollegen aus dem Haushaltsbereich, stellen müssen, denn das, was Sie eben so nebenbei angemerkt haben, die Verlagerung von Fixkosten und Ähnliches, wird gerade die Finanzhüter dieses Hauses in besonderem Maße interessieren. Wir Innenpolitiker mögen vielleicht manchmal etwas lockerer darüber hinweggehen, weil es uns um die Sache geht. Aber die finanziellen Aspekte sind bisher nicht ausreichend geklärt und sie müssten deutlich hinterfragt werden.

Ich will aber auch noch einmal deutlich etwas zur Unterbringung in Nostorf sagen. Letztendlich finden Sie gerade meine Fraktion durchaus an Ihrer Seite, denn diejenigen, die dieses Verfahren begonnen haben, waren wir. Wir haben im Rahmen einer gemeinsamen Koalition mit unserem damaligen Koalitionspartner gesagt, wir beenden es dann. Das ist im Rahmen einer Kompromissfindung nicht ungewöhnlich. Ich muss aber auch sagen, dass ich damals in Nostorf gern weitergemacht hätte, aber die Frage der Unterbringung von Familien ist und bleibt kritisch. Bei allem Verständnis und bei aller Liebe, verehrte Kollegen der SPD-Fraktion, ein paar kleine Bildungspflästerchen helfen nicht wirklich, diese Frage zu lösen. Diese Unterbringung ist dafür da, um in der Regel alleinstehende Männer und Frauen unterzubringen, aber sie ist nicht die richtige Lösung für Familien. Und das werden Sie auch weiterhin besser lösen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie uns heute erzählen, das alles sei doch kein Problem, weil wir nur über drei Monate redeten, dann werden Sie sich in den nächsten Wochen und Monaten daran gewöhnen müssen, dass wir Sie in dieser Frage beim Wort nehmen, denn die Situation, das haben Sie selbst eben angeführt, Herr Dr. Schäfer, ist eine andere. Wir haben zurzeit nämlich erhebliche Zuwachszahlen im Bereich der Asylbewerber. Wir können überhaupt nicht einschätzen, ob wir mit den Kapazitäten, die wir haben, auch in der Erstaufnahme richtig auskommen. Und es wird leider sehr schnell so sein, dass wir neben der Erstaufnahme erleben werden, dass es schwierig ist, die Nachfolgeunterbringung zu schaffen, und dann haben wir Überhänge. Dann darf es nicht passieren, dass Familien mit Kindern mehr

als ein Vierteljahr in dieser Unterbringung untergebracht sind.

(Arno Münster SPD: Wird auch nicht!)

Diesen Standard werden Sie vertreten müssen, für diesen Standard werden Sie sich verantworten müssen. Ich hoffe, Ihr Wort gilt dann auch noch. Wir werden uns auf jeden Fall bei der Drucksache enthalten.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Schäfer, es handelt sich nicht um einen Zufall, dass die Drucksache so aussieht, wie sie aussieht. Es geht auch mitnichten um Zeitnot. Sie hatten eineinhalb Jahre Zeit, solange regieren Sie ungefähr, sich darauf einzustellen, ob und wie Sie die Unterbringung in Nostorf fortführen wollen. Wir wissen seit der Sommerpause schon, dass der Vertrag gemeinsam weiterentwickelt wird. Und dass Sie jetzt auf diese Art und Weise die Drucksache, vor allem in dieser Kombination, einbringen, finde ich unlauter. Das halte ich an der Stelle sogar für ein schwaches Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Die Kombination, Menschen einerseits aus der Stadt fernzuhalten und sich andererseits mit einer Einbürgerungsinitiative noch einmal selbst zu beweihräuchern, ohne dass es zu einer sachlichen Darstellung der Situation kommt, finde ich wirklich schwer erträglich. Es gibt in dieser Drucksache kleine, dezente Hinweise.

Die Zahl der Einbürgerungen ist gestiegen. Beginnen wir mit 2008, da gab es 2800 Einbürgerungen, 2010 gab es schon 5295, und jetzt steigt die Zahl zum Glück weiter, sie stagniert zwar fast, aber sie steigt. Das ist ein Erfolg. Aber welchen Anteil dieses Briefeschreiben hat, ist schwer zu ermitteln. Es kann etwas bewirkt haben, hat aber vor allem etwas bewirkt, das Sie mit einem Satz beschreiben, den ich einmal zitiere:

"Es sprechen inzwischen auch vermehrt Interessenten erneut vor, denen im Zuge vorangegangener Beratungen von einer Antragstellung abgeraten worden war."

Was für ein Wunder, das ist doch ein völlig logischer Effekt, eine völlig undifferenzierte Kampagne. Alle Menschen werden angeschrieben, weil sie eine bestimmte Anzahl von Jahren hier sind. Sie denken, sie haben einen Brief des Bürgermeisters bekommen und können nun eingebürgert werden. Das ist schlicht und einfach Vortäuschung von Tatsachen. Es verunsichert die Menschen

(Antje Möller)

mehr, und es löst nicht eines der strukturellen Probleme, die wir in dieser Stadt bei der Einbürgerung von Menschen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

An keiner Stelle findet man in dieser Drucksache einen Hinweis darauf, dass die strukturellen Hindernisse, die Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche irgendwie als Problem erkannt werden. Auch an anderer Stelle diskutieren Sie nicht wirklich darüber, welches die Hemmnisse für die Einbürgerung sind und welche man abbauen muss. Stattdessen findet sich bei Ihnen die Erkenntnis, dass es mehr Anträge gibt, also gibt es auch mehr Arbeit. Das stimmt, und dafür brauchen wir auch mehr Stellen, das ist richtig. Aber wir wollen, dass die Stellschrauben an der richtigen Stelle bewegt werden und nicht dadurch, dass eine Briefmarke auf einen Brief geklebt und der dann abgeschickt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Sie relativieren natürlich auch selbst den Erfolg Ihrer Kampagne. Vielleicht reden wir, nicht nur aus formalen Gründen, sondern vor allem aus politischen und inhaltlichen Gründen, dann in den Ausschüssen darüber.

Ich sagte, dass ich die Kombination mit dem Wegschieben der Flüchtlinge für die ersten Monate des Aufenthalts aus Hamburg unlauter finde. Man konnte kaum deutlicher darstellen, dass hier Menschen in Kategorien eingeteilt werden. Die einen sollen hier bleiben und eingebürgert werden, die anderen dagegen sollen erst einmal sofort weg. Machen Sie sich und uns doch nichts vor. Die Zahl der Flüchtlinge, die in die zentrale Erstaufnahme gehen, und die Zahl der Flüchtlinge, die im weiteren Aufenthalt hier bleiben werden, sind relativ identisch. Wir werden Plätze für die Folgeunterbringung brauchen in der Stadt. Und Sie sollten vielleicht versuchen, mit uns darüber zu streiten und mit allen zu streiten, die im Parlament sitzen. Wir brauchen diese Plätze. Es ist eine Scheinlösung, wenn Sie sagen, jetzt gehen die erst einmal alle nach Nostorf/Horst, dann können wir in Ruhe suchen. Diese Menschen kommen wieder und wir brauchen die Plätze hier.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Arno Münster SPD*: Nichts anderes hat Herr Schäfer gesagt!)

– Vielleicht hätten Sie doch besser lesen sollen, Herr Münster. Herr Schäfer hat versucht, das zu sagen, die Drucksache sagt aber leider etwas anderes.

Die Drucksache hat nämlich auch diesen Stil der Verallgemeinerung und der undifferenzierten Betrachtung. Sie stellen angesichts der Zahlen auf

Bundesebene Besorgnis dar, Sie benennen Analysen ohne Quelle. Die Anzahl der zugewiesenen Personen ist jedoch stabil. Wie kommen Sie jetzt plötzlich auf diese 270? Es sind sogar, wenn man den Vertrag liest, noch 170 dazugekommen. Im Übrigen gibt es noch diese hübsche Formulierung, dass nach Bedarf weitere Ausländergruppen dazugenommen werden könnten. Soll also die Folgeunterbringung zukünftig in den restlichen freien Plätzen, die Mecklenburg-Vorpommern noch hat, stattfinden oder wie geht es weiter? Das sind viele Fragen, wir haben zwei Ausschüsse. Wir werden dieser Drucksache nicht zustimmen.

Wir unterstützen die Einbürgerungskampagne; dafür gab es fünf Stellen, gerade eben noch im letzten Dreh von Schwarz-Grün eingerichtet. Aber was wir nicht unterstützen, ist, dass Sie Menschen, dass Sie Familien abgeben an ein anderes Bundesland, dass Sie sie aus Hamburg wegschicken und dass Sie weder die Verantwortung für Verpflegung, Versorgung, Traumatisierung, soziale Kontakte, für Kontakte zu Anwälten und Anwältinnen noch für die Integration in diese Gesellschaft übernehmen. Sie geben sie ab und da können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

**Martina Kaesbach FDP:** Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich einiges Grundsätzliche zur Drucksache 20/5111 ausführen, da wir es bei diesem Papier doch mit einer ziemlich seltsamen Melange zu tun haben. Meine Vorgänger sind bereits darauf eingegangen, aber ich wiederhole das an dieser Stelle gern noch einmal.

Der Senat scheint sich bei der Erstellung der Drucksache gedacht zu haben, dass alles, was irgendwie mit Ausländern zu tun hat, wohl zusammenhängt, und dass dies in einer Drucksache zusammengemührt werden kann. Das ist fachlich einfach nicht angemessen, und was das Haushaltspolitische betrifft, gibt es in der Bürgerschaft schließlich ein bewährtes Verfahren für reguläre Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der FDP und bei *Roland Heintze CDU*)

Dieses Verfahren einzuhalten ist zumindest hinsichtlich der Petiten 2, 3 und 4 geboten, um die noch zu klärenden Fragen im Haushaltsausschuss, wie gegebenenfalls auch im Fachausschuss, zu beraten. Bei Petitum 2 geht es um die Erstaufnahme in Nostorf/Horst und eine Verwaltungsvereinbarung und bei den Petiten 3 und 4 immerhin um Summen von einmal knapp 10 Millionen Euro und

**(Martina Kaesbach)**

dann noch einmal von knapp einer halben Million Euro, jeweils für 2013 und 2014.

Dass die Angelegenheit Nostorf/Horst eilbedürftig ist, ist uns bekannt. Wie der Senat jedoch bereits selbst mitteilte, haben wir als Bürgerschaft den Zeitdruck nicht zu vertreten. An der FDP ist zumindest eine kurzfristig terminierte Beratung im Haushaltsausschuss nicht gescheitert.

*(Dr. Andreas Dressel SPD und Jens Kerstan GRÜNE: Das stimmt!)*

Wenn dem Senat wirklich daran gelegen wäre, das Thema Nostorf angesichts der von seiner Seite zu verantwortenden Verzögerungen konsensual zu klären, warum hat er dann eine Drucksache zur Abstimmung gestellt, die völlig unnötig Angelegenheiten vermischt, die sachlich kaum etwas miteinander zu tun haben? Ehrlich gemeint sind Ihre Appelle an uns also offenbar nicht.

*(Beifall bei der FDP)*

Das eine betrifft die Gruppe der Flüchtlinge, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hamburg zugeteilt werden, um sich vorübergehend in der Wohnaußenstelle in Nostorf aufzuhalten. Die andere Gruppe sind Mitbürger und Mitbürgerinnen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die seit Jahren hier leben, integriert sind und sich für den Erhalt der Staatsbürgerschaft entschieden haben. Das sind zwei völlig verschiedene Gruppen, zwei völlig verschiedene Lebenssituationen und zwei völlig verschiedene Verwendungen der Haushaltsmittel. Auch wenn beides im Einzelplan 8.1 eingesetzt werden soll, gehört es hier nicht zusammen.

Diese Thematik jetzt in einer hastig zusammengeschusterten Drucksache kurz vor Ultimo zu liefern, ist einer angemessenen Befassung in diesem Hause nicht zuträglich und schürt völlig unnötig den Verdacht, dass der Senat sich seiner Sache nicht sicher ist.

*(Beifall bei der FDP und bei Roland Heintze CDU)*

Es bleiben bei allen Petita Fragen offen, und die möchten wir gern vor einem Beschluss in diesem Hause behandelt wissen. Wir werden daher beantragen – die SPD-Fraktion beantragt es selbst, das begrüßen wir –, nicht nachträglich eine Beratung im Haushaltsausschuss federführend und beratend im Innenausschuss abzuhalten, sondern wir beantragen die grundsätzliche Überweisung. Offenbar wird es vorher zum Beschluss kommen, dann beantragen wir jetzt schon einmal die ziffernweise Abstimmung.

Grundsätzlich befürworten wir allerdings die Fortsetzung und Verstärkung der Unterbringung in Nostorf. Für Flüchtlinge, die oft lange schwierige, lebensbedrohliche Wege hinter sich haben, ist aus unserer Sicht weniger entscheidend, wo auf der Landkarte sie in Deutschland untergebracht wer-

den. Entscheidend dagegen ist für die zeitlich begrenzte erste Unterbringung die Qualität selbiger im Rahmen begrenzter staatlicher Mittel. Dafür ist die Unterbringung in der Außenstelle Nostorf mit dem vom Senat dargestellten Ausnahmen aus unserer Sicht geeignet, da dort Synergieeffekte durch die Nutzung von eingerichteten Ressourcen mehrerer Bundesländer zur Wirkung kommen. Wir werden uns deshalb hinsichtlich der Ziffern 2 und 3 enthalten, falls die Mehrheit des Hauses eine Überweisung verweigert.

Die Kritik der GRÜNEN verwundert uns allerdings sehr. Sie liefern sich seit Beginn dieser Legislaturperiode einen Wettbewerb mit der Fraktion der LINKEN, wer mehr Vorbereitung für die Aufnahme von Flüchtlingen in Hamburg fordert, egal, ob es dafür bereits konkreten Nachfragedruck gibt oder nicht. Jetzt kritisieren Sie lautstark, dass der Senat die Anzahl der Plätze von 30 auf 200 aufstockt, um Vorsorge für die sich abzeichnende Entwicklung zu treffen. Was wollen Sie denn? Auf dem Grund der Freien und Hansestadt Hamburg können es gar nicht genug Plätze sein, in Nostorf wollen Sie die nicht.

*(Antje Möller GRÜNE: Wir wollen die Plätze in Hamburg!)*

Die beiden Antworten auf Ihre Schriftliche Kleine Anfrage, Frau Möller, und auf unsere zum Thema Gesundheit und Schule sind meines Erachtens ausreichend.

Zu Ziffer 4, Einbürgerungen, müssen wir feststellen, dass diese so nicht beschlussfähig sind. Angesichts begrenzter Mittel und künftig wachsender Verpflichtungen durch die Schuldenbremse kann nicht alles finanziert werden, was wünschenswert ist. In der Tat, eine Einbürgerungskampagne ist im Grundsatz gut, bloß die Zahlen müssen sich erst einmal verstetigen und es muss ganz klar längerfristig sichtbar sein, dass wir hier Personal aufstocken. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir das nicht.

*(Beifall bei der FDP)*

Angesichts der Ausführungen des Senats zu den Kennzahlen des Einwohner-Zentralamts und insbesondere zu denen zum Thema Einbürgerung in der letzten Sitzung des Innenausschusses können wir hinsichtlich Ziffer 4 des Petitions keinen derartigen Handlungsbedarf erkennen.

Auch wenn sich die Verfahren zur Einbürgerung angesichts der Kennzahlen gegebenenfalls etwas verlängern würden, erscheint es uns nicht notwendig, bereits jetzt und ohne Beratung im Ausschuss vorab Beschlüsse zum Haushalt 2013/2014 zu treffen. Einem positiven Beschluss ohne weitere Beratung stehen aus unserer Sicht allein schon die Ausführungen des Senats zur Gegenfinanzierung aus zu erwartenden Mehreinnahmen durch mehr Gebühren entgegen. Das Vorhaben, Stellen erst

**(Martina Kaesbach)**

einmal zu schaffen und diese unter anderem mit erwarteten Einnahmen finanzieren zu wollen, die allein vom nicht berechenbaren Verhalten der erhofften Gebührenden abhängen, ist für einen Haushalt stets brandgefährlich.

Letztlich holt hier Bürgermeister Scholz sein auch schon aus anderen Fällen bekanntes Vorgehen ein, seine persönlichen Prestigeprojekte erst einmal ohne Betrachtung der Konsequenzen für den Haushalt zu verkünden und anzuleiern. Die Bürgerschaft soll dann im Nachhinein die erzeugten Löcher oder Mehrbedarfe aus dem Haushalt der Freien und Hansestadt stopfen. Sollte die SPD eine Überweisung an den Haushaltsausschuss ablehnen

*(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)*

– sie sagte schon, dass sie dies macht – und sollte hier ein Beschluss gefasst werden, werden wir Punkt 4 ablehnen und ihm aus Gründen der Haushaltsseriosität nicht zustimmen. Wir appellieren an die SPD, dem Thema Einbürgerung nicht durch unnötig zwielfältige Beschlüsse an der laufenden Haushaltsberatung vorbei einen Bärendienst zu erweisen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Yildiz.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag macht deutlich, wie der SPD-Senat mit den Flüchtlingen in dieser Stadt umgeht. Ich finde, es ist eine Frechheit und Unverschämtheit, dass zwei unterschiedliche Themen in einem Antrag vorkommen...

*(Glocke)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Yildiz, Sie sind so lange im Parlament und wissen, dass das sehr unparlamentarische Ausdrucksweisen sind.

**Mehmet Yildiz DIE LINKE** (fortfahrend): Es ist zusätzlich unverantwortlich, dass uns vier Tage vor dem Ablauf eines Vertrags ein Antrag vorgelegt wird, ohne dass er in irgendwelchen Ausschüssen beraten worden ist, und dass wir das jetzt entscheiden sollen. Das ist – ich will das Wort nicht benutzen, weil ich sonst wieder ermahnt werde.

Aber ich komme zum Thema. Ich will kurz etwas zu der Einbürgerungskampagne sagen. Im Grundsatz ist es nicht falsch, dass ein Bürgermeister Menschen, die seit Jahrzehnten in dieser Stadt leben, anschreibt mit der Bitte, sich einbürgern zu lassen. Aber ich finde es zynisch, dass man 137 000 Menschen auswählt und anschreibt, dabei den Menschen Hoffnungen macht und viele Hun-

derte von Menschen – wenn Sie unter Migranten tätig wären, würden Sie dies tagtäglich erfahren –, wenn sie dann bei der Einbürgerungsbehörde sind, enttäuscht. Aber im Grundsatz ist das kein falscher Schritt.

Es finden wenige Ausnahmeregelungen statt. Für Menschen, die krank sind, Menschen, die Geringverdiener sind, und Menschen, die als Familie einen Antrag stellen, sollten die Einbürgerungsgebühren heruntergesenkt werden. Von Menschen, die seit Jahrzehnten durch Krankheit nicht richtig leben können, sollte kein Einkommen als Voraussetzung gefordert werden. Ich habe ein Beispiel dafür. Sie wissen, ich war eine Woche im Krankenhaus. Ich hatte da einen Nachbarn, der sich im Krankenhaus mit Krankenschwestern und Ärzten verständigen konnte, aber bei der Einbürgerungsbehörde wird von diesem Mann, der zehn Stunden am Tag arbeiten geht, noch zusätzlich erwartet, dass er einen Deutschkurs belegt. Die Behörde könnte diesem Menschen als Ausnahmeregelung eine Aufenthaltsgenehmigung geben. Ich finde, hier ist ein großer Nachholbedarf.

Ich persönlich habe das Gefühl, dass die SPD indirekt einen Wahlkampf auf Kosten der Störfälle organisiert. Daher muss sich die SPD überlegen, wie die Behörde die Bundesmöglichkeiten auf Landesebene in der Ermessensregelung umsetzt.

Ich komme jetzt zum Thema Unterkunft, weil das Thema für mich wichtiger ist, denn es brennt sehr. Diese Unterkunft hat seit ihrer Gründung, nicht nur in den letzten vier, fünf Jahren, sehr viele Schlagzeilen in der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Insbesondere, weil wir in Hamburg ein Kontingent haben, betrifft es uns zusätzlich. Menschen verlassen ihre Länder in der Hoffnung, dass sie hier zur Ruhe kommen nach Krieg, Elend, Ausgrenzung und Diskriminierung. Die Erfahrung zeigt, dass diese Menschen, statt am gesellschaftlichen Alltag beteiligt zu werden und mitten in die Gesellschaft aufgenommen zu werden, ausgegrenzt werden, abgeschottet und von der Gesellschaft isoliert. Bundesweit werden diese Menschen in der Regel in Massen in Kasernen untergebracht anstatt sie kurzfristig in kleineren Unterkünften unterzubringen, sodass sie nach drei Monaten die Möglichkeit haben, in normale Wohnungen zu kommen und sich langfristig integrieren können und sich in der Gesellschaft angekommen fühlen.

*(Zuruf von Arno Münster SPD)*

– Sie haben die Möglichkeit, hier zu reden. Sie brauchen nicht immer Zwischenrufe zu machen.

Bei Nostorf/Horst hat sogar Schwarz-Grün nachgegeben, obwohl sie beschlossen hatten, dass da keine Familien untergebracht werden und so gut wie möglich keine kranken Menschen untergebracht werden.

**(Mehmet Yildiz)**

(*Antje Möller GRÜNE*: Das war nicht unsere Forderung! Wir haben keine Kinder untergebracht!)

– Ja, aber als Sie mitregiert haben, haben Sie das im Nachhinein wieder zurückgezogen.

Es gab einen Hungerstreik, der die Öffentlichkeit berührt hat. Es gibt ein konkretes Beispiel einer Frau, die wegen der medizinischen Zustände ein totes Kind auf die Welt gebracht hat. Wer sagt denn, dass es jetzt ein bisschen besser geworden ist? Ein kleines bisschen vielleicht, aber das geht an der Realität vorbei.

Vor etwa einem Monat kam durch eine Anfrage heraus, dass über 50 Kinder mit ihren Familien dort untergebracht worden sind. Ich finde, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich weiß nicht, warum der SPD-Senat – das erlebe ich das erste Mal – Bilder in eine Drucksache einbringt. Ich habe wirklich das Gefühl, besonders seit dem letzten Besuch in dieser Unterkunft, dass eine Route bestimmt worden ist, sodass wir nur die Orte besuchen durften, die verschönert wurden.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Sie durften ja nur hinterm Zaun stehen!)

Ich will Ihnen zwei Bilder zeigen, die das Gegenteil beweisen. Ich habe Hunderte von Bildern, die ich selbst gemacht habe.

(Zurufe von der SPD – *Dr. Martin Schäfer SPD*: Ich glaube es nicht! – *Dirk Kienscherf SPD*: Sie missbrauchen diese Menschen!)

Gehen Sie mal hinein, dann sehen Sie das. Sie können auch auf meine Homepage schauen, ich habe Hunderte von Bildern, nicht nur zwei.

Meine Damen und Herren! Es ist von Ihnen politisch gewollt, dass diese Menschen ausgegrenzt werden und dass sie isoliert werden.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Präsidium war nicht in der Lage, diese Bilder zu sehen, aber ich finde, jetzt hat im Augenblick der Redner das Wort.

**Mehmet Yildiz** DIE LINKE (fortfahrend): Es ist von Ihnen politisch gewollt, dass diese Flüchtlinge nicht unter uns untergebracht werden, aber diese Flüchtlinge gehören zu uns.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Es ist politisch gewollt, denn wie wir in den anderen Unterkünften erleben, ist das Abschieben mitten in der Stadt schwieriger. Nachbarn schalten sich ein, Flüchtlingsorganisationen schalten sich

ein und Menschenrechtsorganisationen schalten sich ein.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was sind denn Ihre Vorschläge bislang?)

– Herr Dressel, Sie regieren doch. Wenn Sie es nicht schaffen zu regieren, dann können Sie es uns übergeben. Sie haben die Verantwortung dafür, für die Menschen eine Unterkunft zu finden, nicht ich.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD)

Ich habe Ihnen Vorschläge gemacht, aber Sie weigern sich, die Menschen hier unterzubringen. Stattdessen machen Sie immer nur Zwischenrufe.

Das ist von Ihnen auch politisch gewollt, damit Sie in Ruhe weiterhin diese Abschiebekultur betreiben können. Ich möchte es mit einem Beispiel von einem syrischen Flüchtling verdeutlichen, ein syrischer Kurde, der von Syrien nach Palästina geflohen war, weil die Situation in Syrien unerträglich ist. Wie Sie selbst wissen, sind in Palästina die Verhältnisse genauso schlimm. Es herrscht Krieg, es fallen Bomben und so weiter. Er sagte zu mir, Herr Yildiz, ich bin nach Deutschland gekommen, weil ich gehofft habe, dass es mir in Deutschland besser gehen wird.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Angesichts dessen, was er in Deutschland erlebt hat und unter welchen Bedingungen die Menschen untergebracht werden und behandelt werden,

(*Jan Quast SPD*: Was erzählen Sie denn für einen Unsinn! – *Karin Timmermann SPD*: Das ist nicht zu fassen, das kann man nicht akzeptieren, das ist eine Grenze, die Sie überschreiten!)

war er traurig, dass er nach Deutschland gekommen ist. Das muss nicht sein. Menschen, die zu uns kommen, sollten bei uns auch herzlich aufgenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher werden wir diesen Antrag ablehnen. Wir fordern weiterhin den Senat auf, dass dieser Vertrag nicht verlängert wird. Überhaupt hätten diese Gespräche schon vor Monaten mit uns im Ausschuss geführt werden müssen statt erst heute. Wir werden den gesamten Antrag ablehnen, Herr Dressel.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg**: Vielen Dank, Herr Yildiz. – Das Wort hat Herr Senator Neumann.

(Zurufe von *Arno Münster SPD* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

**(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg)**

Herr Münster und Herr Hackbusch, wenn Sie beide sich streiten wollen, ist das in Ordnung, aber bitte nicht im Plenarsaal. Das Wort hat nur Herr Senator Neumann und sonst niemand. – Bitte, Herr Senator.

**Senator Michael Neumann:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Ihnen vorliegenden Mitteilung informiert Sie der Senat zum einen über die bisherigen Auswirkungen der Einbürgerungsinitiative und zum anderen über die geplante Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und Duldungsantragstellern. Zugleich wird auch das bürgerschaftliche Ersuchen zu den Bildungsangeboten im Rahmen der Erstaufnahme beantwortet.

Wegen der sowohl mit der Einbürgerungsinitiative als auch mit der Erstaufnahme von Asylbewerbern verbundenen Auswirkungen auf den Haushalt und den Stellenplan haben wir die Darstellung der erforderlichen Maßnahmen in einer Mitteilung zusammengefasst. Vorab möchte ich Sie an dieser Stelle auch im Namen des Senats für die verspätete Vorlage um Verzeihung bitten. Bei der Erarbeitung der Drucksache ist es nämlich zu einer Reihe von Komplikationen gekommen, für die in aufwendigen Abstimmungsprozessen Lösungen herbeigeführt werden mussten. Dies gilt insbesondere für die Verwaltungsvereinbarung über die Mitnutzung der Aufnahmeeinrichtung in Nostorf/Horst, denn es handelt sich dabei eben nicht nur um eine bloße Vertragsverlängerung. Vielmehr mussten wichtige Eckpunkte mit Mecklenburg-Vorpommern komplett neu ausgehandelt werden, und dabei waren nicht nur die Innen-, sondern auch die Finanz-, Sozial- und Schulressorts beider Länder eng einbezogen. Schließlich gab es auch noch die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts mit seiner Entscheidung vom 18. Juli zur – in Anführungsstrichen – sogenannten Taschengeldregelung für Asylsuchende, die auch entsprechend eingerechnet werden mussten und bei denen wir das Zahlenwerk verändern mussten.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat der Senat begrüßt. Sie wissen aber auch, dass das Bundesverfassungsgericht diese Leistungen auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt hat, die zu einer deutlichen Anhebung der Leistungen geführt hat. Allerdings hat das Gericht gleichzeitig leider keine eigenen Berechnungen zur tatsächlichen Höhe der Leistungen durchgeführt, sodass das den Ländern überlassen blieb und dann bundeseinheitlich geklärt werden musste – und das alles Mitte Juli.

Für den hier vorgelegten Entwurf der Verwaltungsvereinbarung erforderte diese Neuerung im Ergebnis eine grundlegende Änderung des Abrech-

nungsverfahrens zwischen beiden Bundesländern. Während das bisherige zweistufige Modell pauschaliert abgerechnet werden konnte, muss nun in Teilen eine gesonderte Einzelabrechnung dieser Leistungen erfolgen. Die Anstrengungen des Senats haben sich aber aus meiner Sicht gelohnt. Ich bin der festen Überzeugung, dass es gelungen ist, eine tragfähige und faire Regelung für eine gute Fortsetzung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten.

Ich will aber jetzt zu den beiden Komplexen konkret Stellung nehmen. Die Entscheidung, die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern bei der Erstaufnahme von Asylbewerbern und Duldungsantragstellern fortzusetzen, hat sich der Senat nicht leicht gemacht. Ich erinnere mich an die Debatte in diesem Haus im Frühjahr dieses Jahres, wo es auch einen entsprechenden Antrag der Links-Partei zu dem Thema gegeben hat. Hier hatte die Bürgerschaft bereits die Frage des Ob entschieden. Aber auch der Senat hat es sich nicht leicht gemacht, denn es war klar – und diese Argumente wurden auch in der Debatte genannt –, dass es hierzu gegenwärtig und auf absehbare Zeit keine wirklichen Alternativen in Hamburg geben würde. Für die Erstaufnahme geeignete, ausreichende Objekte stehen im Hamburger Stadtgebiet nicht zur Verfügung. Und der aufgrund zunehmender Asylbewerberzugänge steigende Bedarf bei der Erstaufnahme ist auch mit anderen Nutzungen, insbesondere dem Wohnungsbau, abzuwägen. Dabei hält es der Senat für richtig, dem Wohnungsbau eindeutig Priorität einzuräumen, weil hiervon nicht zuletzt auch die bleibeberechtigten Zuwanderer dauerhaft profitieren, denn sie brauchen schlichtweg Wohnungen, wenn sie ihre neue Heimat in Deutschland und in Hamburg gefunden haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, dass der Aufenthalt von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in der Erstaufnahmeeinrichtung auf maximal drei Monate begrenzt ist. Danach werden sie, wie hier schon angesprochen, in Hamburg untergebracht. Hingegen wäre der Neubau einer Erstaufnahmeeinrichtung, unabhängig von der Standortfrage, auch noch deutlich teurer als die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Kooperation mit Mecklenburg-Vorpommern. Und, Herr Yildiz – er ist gerade im Gespräch –,

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Ich höre zu, machen Sie sich keine Sorgen!)

Ihre grundsätzliche Kritik an der Einrichtung in Nostorf/Horst kann ich – das wird Sie wahrscheinlich kaum überraschen – nicht recht nachvollziehen. Es scheint mir auch persönlich geradezu absurd, so zu tun, als seien die Lebensbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern derart menschenunwürdig. Ich weiß auch nicht, wie Sie das Ihren Parteikollegen in Mecklenburg-Vorpommern erklären wollen,

**(Senator Michael Neumann)**

(Antje Möller GRÜNE: Aber wir reden gar nicht über Mecklenburg-Vorpommern!)

die dort dauerhaft leben. 1,6 Millionen Menschen leben in Mecklenburg-Vorpommern. Und jetzt zu sagen, dass das Leben in Mecklenburg-Vorpommern nicht zumutbar sei, ist eine Überzeichnung, die vielleicht der Erregung geschuldet ist, aber in der Sache in keiner Weise gerechtfertigt ist.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Das müssen selbst Sie verstehen!)

Drei Monate Mecklenburg-Vorpommern führen bei Weitem nicht zu dem, was Sie beschrieben haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch ergänzen, warum vielleicht manchmal die Kooperation in den verschiedensten Feldern in Norddeutschland schwierig ist, denn die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nehmen eine solche Haltung vielleicht auch als Hamburger Arroganz wahr. Davor möchte ich warnen, denn wir brauchen die Partner in Norddeutschland bei vielen Fragen. Deshalb werbe ich dafür, sehr fair und sehr anständig mit unseren Partnern und Nachbarn umzugehen und nicht den Eindruck zu erwecken, man könne nur in Hamburg wirklich leben. Das ist auch in Mecklenburg-Vorpommern gut möglich.

(Beifall bei der SPD)

In der Ihnen vorliegenden Mitteilung des Senats wird die Einrichtung ausführlich dargestellt, und der Senat ist davon überzeugt, dass die Flüchtlinge in Nostorf/Horst gut betreut und versorgt werden. Die Qualität der Aufnahmebedingungen in der Einrichtung dort ist deutlich weiterentwickelt und verbessert worden. Das gilt insbesondere für die Bildungsangebote, die seit dem Jahreswechsel 2011/2012 den Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung zugutekommen und die in der Mitteilung des Senats im Einzelnen dargestellt werden. Damit beantwortet der Senat zugleich das entsprechende bürgerschaftliche Ersuchen vom 29. März dieses Jahres.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der neuen Verwaltungsvereinbarung mit Mecklenburg-Vorpommern sind diese zusätzlichen Bildungsangebote vertraglich bindend verankert. Darüber hinaus werden Hamburg Mitspracherechte bei der Ausschreibung oder Änderung der Dienstleistungsverträge mit den Betreibern der Einrichtung eingeräumt. Damit sind erhebliche Fortschritte im Vergleich zur schwarz-grünen Regelung erreicht worden, Fortschritte, die Charakter und Angebot in Nostorf/Horst grundsätzlich verbessern. Hierfür sage ich auch unseren Freunden und Partnern in Mecklenburg-Vorpommern, sei es der Landesregierung, sei es meinem Kollegen Caffier oder auch den Maltesern vor Ort, herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings waren bei der Zahl der Hamburg zur Verfügung stehenden Unterbringungsplätze und bei den Abrechnungsmodalitäten auch Zugeständnisse von Hamburger Seite zu machen. Da aufgrund der bundesweit deutlich zunehmenden Asylbewerberzugänge auch in Mecklenburg-Vorpommern der Unterbringungsbedarf stark gestiegen ist, ist die Zahl der in Hamburg von der Einrichtung Nostorf zugesicherten Unterbringungsplätze künftig auf 200 Personen begrenzt. Dabei entspricht es einer fairen Kostenteilung, dass Hamburg sich künftig, bemessen nach diesen 200 Plätzen, an den belegungsunabhängigen Fixkosten beteiligt. Die übrigen Kosten werden aber weiterhin belegungsabhängig und kalendertäglich abgerechnet werden.

Der in der Mitteilung des Senats dargestellte Bedarf ergibt sich jedoch im Wesentlichen nicht aus diesen neuen Abrechnungsmodalitäten, sondern aus den deutlich gestiegenen Zugangszahlen und letztlich auch aus der bereits genannten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Die Zahl der Asylbeantragsteller hat sich bundesweit zwischen 2008 und 2011 von rund 22 000 auf gut 45 000 Menschen mehr als verdoppelt, und die Tendenz ist deutlich steigend. Von Januar bis einschließlich August 2012 ist gegenüber dem Vorjahr ein weiterer Anstieg um 18 Prozent festzustellen. Dies belegt zum einen ein wesentlicher Beitrag, den Deutschland im Allgemeinen und Hamburg im Besonderen bei der Aufnahme von Schutzsuchenden aus aller Welt leistet. Es liegt aber zum anderen auf der Hand, dass wir diese zusätzlichen Aufgaben auch gemeinsam stemmen müssen.

Ich erinnere an die Debatte während der letzten Bürgerschaftssitzung, als wir uns alle im Saal, Bürgerschaft und Senat, darin einig waren, dass wir die moralische Verantwortung haben, diesen Menschen zu helfen, die vertrieben worden sind, die aus Furcht vor Hunger, Armut und Gewalt ihre Heimat verlassen haben. Das war vor genau zwei Wochen Konsens in der Bürgerschaft. Das ist jetzt die Umsetzung dessen, wie der Senat dieser Herausforderung begegnen will. Und ich werbe um Ihre Zustimmung zu dem Vorschlag, den der Senat gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir uns mit allen in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen im Ziel einig sind, die Einbürgerungen der ohne deutschen Pass dauerhaft in Hamburg lebenden Menschen voranbringen zu wollen. Ganz besonders freut mich auch der messbare Erfolg, den wir dabei mit der Bürgermeisterkampagne erreicht haben. Die Briefaktion, mit der der Erste Bürgermeister Ende 2011 alle nach Datenlage für eine Einbürgerung in Betracht kommenden Hamburgerinnen und Hamburger oh-

**(Senator Michael Neumann)**

ne deutschen Pass persönlich anspricht, stößt auf eine erfreulich große Resonanz.

Frau Möller, ich interpretiere jetzt einmal Ihren Vorstoß, der von Herrn Yildiz unterstützt wurde, so, dass vielleicht die Bürgerschaft das Thema Datenschutzrecht noch einmal in die Hand nimmt, denn es ist leider datenschutzrechtlich nicht möglich, differenziertere Daten, die vorhanden sind, auch wirklich zu nutzen. Wenn die Bürgerschaft uns in Zukunft datenschutzrechtlich die Möglichkeit gibt, die Daten gezielter zu verwenden, dann sind wir die Letzten, die das als Senat nicht tun würden. Aber bisher war uns dies datenschutzrechtlich nicht möglich. Ich begrüße aber die Initiative, entsprechend das Datenschutzrecht in dieser Frage weiterzuentwickeln, damit wir nicht undifferenziert anschreiben, sondern in Zukunft wirklich die Menschen anschreiben, die auch die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Das ist aber eine Aufgabe des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich auch, Frau Möller, dass wir gemeinsam daran arbeiten werden, die richtigen Stellschrauben zu verändern. Diese Stellschrauben sind eben nicht nur in Hamburg – in Hamburg wird alles getan, was dafür notwendig ist –, sondern die richtige Stellschraube sitzt, hängt oder taumelt in Berlin. Und diese Stellschraube heißt die Mehrheit im Bundestag. Wir sind gemeinsam aufgefordert, etwas zu tun, damit sich die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag verändern, um endlich die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das Ausländer-, Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht so entwickelt werden kann, wie es für ein modernes weltoffenes Land wie Deutschland notwendig ist. Das ist Ihre und unsere gemeinsame Chance.

(Beifall bei der SPD)

Die Steigerung der Beratungsgespräche ist bereits angesprochen worden; dasselbe gilt auch für die entsprechenden Steigerungen bei den gestellten Anträgen. Es liegt auf der Hand, dass die entsprechende gestiegene Arbeitsbelastung in der Einbürgerungsbehörde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht aufgefangen werden kann, ohne dass an anderer Stelle Lücken entstehen. So ging die Zahl der abgeschlossenen Verfahren im Zeitraum Januar bis August 2012 um 8 Prozent zurück, und die der vollzogenen Einbürgerungen sank leider um 5 Prozent, weil schlichtweg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlastet sind.

Der Senat, und ich bin mir sicher, auch die Bürgerschaft, können es doch nicht wollen, dass Menschen, die endlich Ja zu Hamburg und damit Ja zu Deutschland sagen, die ihre Heimat hier gefunden und sich zu Deutschland bekennen wollen, unerträglich lange auf ihre Einbürgerung warten müssen. Deswegen ist es notwendig, dass die Anträge

schnell, zügig und rasch nicht nur ordentlich bearbeitet, sondern auch genehmigt werden. Das wollen wir tun, und dazu brauchen wir die Verstärkung, die wir heute beantragt haben.

(Beifall bei der SPD)

Das Ganze erfolgt mit neun Stellen, befristet bis 2015, damit die zusätzlichen Einbürgerungen, die aufgrund unserer Einbürgerungskampagne, der Initiative des Bürgermeisters, zu erwarten sind, in angemessener Zeit abgeschlossen werden können. Und ich werbe dafür, dass Sie den vorgeschlagenen Maßnahmen des Senats zustimmen. Ich glaube, es ist, auch in seiner Ausdifferenziertheit, ein ordentliches Paket, das wir Ihnen heute vorstellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Senator. – Herr Yildiz hat das Wort.

(*Jan Quast SPD:* Er will sich entschuldigen, das ist natürlich angemessen!)

**Mehmet Yildiz DIE LINKE:** – Ich brauche mich nicht für etwas zu entschuldigen, das Realität ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, Sie müssen mir nicht das Wort im Mund umdrehen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das sagt der Richtige! – *Jan Quast SPD:* Jetzt hat er Ihnen eine Brücke gebaut und Sie reißen sie wieder ein!)

Ich habe nicht gesagt, das Land Mecklenburg-Vorpommern sei nicht lebenswürdig, sondern die Unterkunft. Ich glaube, dass Sie die Unterkunft auch kennen. Ich besuche diese Unterkunft seit 20 Jahren, und die Lebensbedingungen haben sich fast nicht verändert. Ab und zu wird einmal eine Kleinigkeit besser, aber das dient nicht den Flüchtlingen.

Diese Unterkünfte liegen in der Regel außerhalb der Stadt, die Menschen haben keine Verbindung zum gesellschaftlichen Leben. Und wenn sie dann die Stadt besuchen wollen – wie Sie wissen, haben sie sehr wenig Taschengeld, das Essen bekommen sie vor Ort fertig geliefert –, dann können sie nicht einmal die Fahrkarte bezahlen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Richtig!)

Sie müssen sich nämlich entscheiden, ob sie mit dem Bus ein- oder zweimal in die Stadt fahren oder etwas unternehmen. Viele dürfen das nicht wegen der Residenzpflicht. Sie dürfen auch nicht jeden Ort in Mecklenburg-Vorpommern besuchen. Oder sie müssen sich überlegen, ob sie sich stattdessen Zigaretten kaufen, wenn sie rauchen. Es ist also so, dass ich die Unterkunft meinte, aber nicht das Land Mecklenburg-Vorpommern.

**(Mehmet Yildiz)**

Ich würde Ihnen allen Folgendes empfehlen. Es gab letzte Woche einen Film in der ARD, wo einer der Moderatoren 30 Tage in einer Unterkunft verbracht hat. Diese Unterkunft – das will ich mit Mecklenburg-Vorpommern auf keinen Fall vergleichen – war skandalös. Das muss man sich einmal anschauen. Aber welche Auswirkungen eine Unterkunft auf Menschen haben kann in einem Monat, das sollten Sie sich einmal anschauen, welche psychischen Folgen und welche Krankheiten.

*(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Die Folgen vorher sind sehr viel schlimmer als dieses!)*

– Aber wir können diese psychischen Folgen mindern und die Menschen unterstützen. Wir müssen nicht das Elend, das sie erlebt haben, hier mit anderen Dingen wie Ausgrenzungen verstärken.

*(Kai Voet van Vormizeele CDU: Jetzt reicht's aber wirklich!)*

Das ist mein Ansatz. Ich möchte, dass die Menschen zur Ruhe kommen, dass sie nicht weiter gestresst und isoliert leben müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Meine Damen und Herren! Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, dann kommen wir zur Abstimmung.

Die FDP-Fraktion möchte die Drucksache 20/5111 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Innenausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt worden.

Dann beantragt die FDP-Fraktion weiter eine ziffernweise Abstimmung.

Zunächst stelle ich fest, dass die in Ziffer 1 des Petitums erbetene Kenntnisaufnahme erfolgt ist.

Wer möchte nun Ziffer 2 des Petitums annehmen? –Gegenprobe. – Enthaltungen – Das ist mit Mehrheit angenommen worden.

Wer möchte Ziffer 3 des Petitums beschließen? –Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit ebenfalls beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

*(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)*

Das ist der Fall. – Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? –Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zwei-

ter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Die in Ziffer 4 aufgeführten Veränderungen werden den Beratungen des Haushaltsplan-Entwurfs 2013/2014 zugrunde gelegt.

Den Senatsantrag möchte die SPD-Fraktion nun nachträglich federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Innenausschuss überweisen.

Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? –Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit beschlossen worden.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 30 auf, Drucksache 20/5255, Antrag der CDU-Fraktion: Transparenz bei Schulbau Hamburg.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Transparenz bei Schulbau Hamburg  
– Drs 20/5255 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/5364 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Transparenz bei Schulbau Hamburg  
– Drs 20/5364 –]**

Beide Drucksachen möchte die CDU-Fraktion federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Heinemann wünscht es und hat es.

**Robert Heinemann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir erleben in diesen Tagen leider ein zunehmendes Chaos beim Schulbau. Täglich gibt es neue Widersprüche zwischen der Finanzbehörde und der Schulbehörde. Die Finanzbehörde gibt uns eine Drucksache. Darin steht, man wolle die Flächen bei Hamburgs Schulen um 10 Prozent reduzieren. Dann steht es in den Zeitungen und die Schulbehörde ruft ganz hektisch die Journalisten an und sagt, das stimme alles überhaupt nicht. 10 Prozent Abbau, 10 Prozent Zubau – das mache Null. Dann sagt die Finanzbehörde wieder, das stimme nicht, 10 Prozent weniger seien es am Ende. Vielleicht sollte man sich vorher darüber unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Dann kommt das Thema Container. Wir fragen im Ausschuss nach – Frau Heyenn war auch dabei –, ob die Gelder, die für Container eingestellt worden sind, für zusätzliche Container gedacht seien oder ob man damit bisher angemietete Container ersetzen wolle. Klare Antwort von Schulbau Hamburg: Das seien alles zusätzliche Container. Gestern

**(Robert Heinemann)**

wiederum sagte der Sprecher der Schulbehörde nein, man wolle damit Container ersetzen. Außerdem seien auch noch Mietzahlungen darin enthalten. Mietzahlungen in den Investitionskosten, ich glaube, da kann irgendjemand in der Schulbehörde nicht mit Zahlen umgehen.

(Beifall bei der CDU – *Dietrich Wersich CDU*: So sieht ordentliches Regieren aus!)

Herr Senator, Sie haben gerade in der Pressekonferenz sehr weise gesagt, dass Sie kein Bauexperte seien, und das merkt man. Das Problem ist leider nur, dass Hamburgs Schulen darunter leiden. Ich habe den Eindruck, aus Ihrer Behörde hat niemand, wirklich niemand, der ein bisschen Ahnung vom Bau und vielleicht auch noch von Pädagogik hat – dies wäre auch hilfreich –, einmal über die Drucksache der Finanzbehörde geschaut, sondern die Finanzbehörde hat ganz einsam mit einigen Betriebswirten eine wunderbare Drucksache erarbeitet, die streng ökonomische Milchmädchenrechnungen aufmacht. Es hat leider niemand aus Ihrer Behörde einmal gefragt, wie es in der Praxis in den Schulen aussieht und wie heute Schulen arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Zu dem Chaos gehören dann auch die 750 Millionen Euro Abschreibungen auf die Schulgebäude, die mal so eben vorgenommen wurden. Ich habe am Montag endlich einmal ein paar detailliertere Zahlen bekommen. Ich konnte zugegebenermaßen seit Montag noch nicht alle 400 Schulen durchprüfen. Von daher habe ich mit der Schule angefangen, in der ich mein Abitur gemacht habe. Ich habe festgestellt, dass im feinsten Othmarschen die Grundstücksfläche 242 Euro pro Quadratmeter kosten soll. Das finde ich schon recht günstig. Spannender war noch, dass Sie den bisherigen Wert der Schule, Gymnasium Hochrad, von 6,6 Millionen Euro abgeschrieben haben auf null. Das heißt, die Schule – sie steht übrigens noch da – ist nichts wert. Nun kann man sagen, sie ist völlig marode und hat definitiv einen Sanierungsbedarf – aber sie funktioniert ja noch. Nun könnte man sich fragen, was jetzt passiert. Sie haben gesagt, Sie wollen alle Schulen mit dem Status 5 und 6 abreißen und neu bauen.

Wenn man in Ihre Schulbauplanungen schaut, gibt es beim Gymnasium Hochrad keinen Abriss, sondern Zubauten und Sanierungen für insgesamt 4,1 Millionen Euro. Das heißt, Sie haben 6,6 Millionen Euro abgeschrieben und investieren jetzt 4,1 Millionen Euro für Zubauten und Sanierungen und haben dann wieder eine wunderbare Schule. Welchen Wert haben wir dann eigentlich? Wahrscheinlich 4,1 Millionen Euro, auf 6,6 Millionen Euro kommen Sie nicht mehr. Und auf den Wert einer ganzen Schule, die schnell einmal bei 20 oder 30 Millionen Euro liegt, kommen Sie überhaupt nicht. Diese Rechnung kann niemand nachvollzie-

hen. Sie haben nachher ein Investitionsvolumen von 450 Euro für den Quadratmeter, das ist super. Für 450 Euro pro Quadratmeter haben Sie eine neue Schule gebaut, jeweils nach den entsprechenden Werten.

(Beifall bei *Dietrich Wersich CDU*)

Das müssen Sie uns einmal vorrechnen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe die Rechnerei einmal weiterbetrieben. Schulbau Hamburg sagt, 12 Euro Brutto-Warmmiete abzüglich 3 Euro Betriebskosten, abzüglich 1,50 Euro Instandhaltung mache 7,50 Euro Netto-Kaltniete. 7,50 Euro Netto-Kaltniete auf die 9000 Quadratmeter am Gymnasium Hochrad macht 810 000 Euro Miete im Jahr. Gesamtwert künftig: 5,9 Millionen Euro Grundstück plus 4,1 Millionen Euro Gebäude, das macht 10 Millionen Euro. Das ergibt eine Rendite von 8,1 Prozent. Ich sage Ihnen eines: Ich kaufe das Ding.

(Beifall bei der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich kaufe auch noch mehr. Arnkielstraße, mitten in Altona, schön gelegen, die Schule hat 13 Euro Grundstückswert pro Quadratmeter. Gerritstraße, St. Pauli, toll gelegen, auch 13 Euro Grundstückswert, wobei ich mich da etwas anderes gefragt habe. Angeblich besitzen Sie dort 77 000 Quadratmeter, das sind ungefähr 250 mal 250 Meter. Ich habe das Grundstück dort nicht gefunden. Vielleicht schauen Sie einmal nach, wo es liegt und geben mir Bescheid, denn auch das Ding kaufe ich gern.

(Beifall bei der CDU – *Dietrich Wersich CDU*: Dann brauchst du dich doch nicht mehr in der Bürgerschaft abzumühen!)

Ehrlich gesagt weiß ich nicht, wer dort auf welcher Datengrundlage welche Berechnungen angestellt hat. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir Transparenz bekommen. Zu dieser Transparenz, Herr Senator, gehört auch noch etwas anderes.

Die Bürgerschaftspräsidentin hat freundlicherweise am 4. September den Ersten Bürgermeister darum gebeten, endlich einmal meine Anfrage von Ende August zu beantworten. Mittlerweile sind fast dreimal acht Tage vergangen. Es wäre an der Zeit, dass Sie mir jetzt einmal die Daten zukommen lassen, die ich damals abgefragt habe.

(Beifall bei der CDU – *Roland Heintze CDU*: Die rechnen noch!)

– Vielleicht werden noch die Plausibilitätschecks gemacht, wäre auch mal was.

Nun wollen wir die Transparenz nicht nur haben um unserer selbst willen, damit wir unserer Oppositionsarbeit nachgehen können, sondern es geht um etwas ganz anderes. Wenn Sie sich Ham-

**(Robert Heinemann)**

burg-Süd anschauen, 2006, da hat der CDU-Senat Folgendes gemacht: Wir haben ein Ingenieurbüro beauftragt, ganz konkret zu ermitteln, welche Sanierungsbedarfe es an den einzelnen Schulen gibt. Es wurde alles begutachtet und das hat dazu geführt, dass nachher die Sanierungskosten auch eingehalten wurden. Da hat man zum ersten Mal im öffentlichen Bereich gebaut, ohne dass die Kosten überschritten wurden. Man hat es geschafft, weil man sich vorher ordentlich Arbeit gemacht hat, die Kosten entsprechend einzuhalten.

Was passiert nun hier, obwohl Herr Krupp und auch Ihr Bürgermeister angetreten sind, endlich die Kosten im öffentlichen Bau einzuhalten? Hier war angedacht, genau die gleiche Begutachtung zu machen. Das hat Herr Krupp abgelehnt, er wollte eine solche Begutachtung nicht. Offensichtlich wollen Sie nicht, dass man dort hineinschaut. Obwohl Sie keine Daten haben, obwohl die Datengrundlage offensichtlich so miserabel ist, haben Sie auf 100 000 Euro genau die Sanierungsbedarfe geplant. Das wird dazu führen, dass diese Beträge natürlich nicht eingehalten werden. Es wird dazu führen, dass es Verschiebungen geben wird. Es wird dazu führen, dass man Nachträge machen muss. Es wird dazu führen, dass es Verzögerungen gibt. Und gerade diese Verzögerungen können wir uns im Schulbau wirklich nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, heute unseren Anträgen zuzustimmen. Stimmen Sie auch den Anträgen der Links-Fraktion zu, damit wir ein bisschen mehr Transparenz bekommen, und dann sollten wir dringend im Schulausschuss darüber beraten. Es sind nämlich nachher Ihre Kostensteigerungen und Ihre Verzögerungen, und dann sollte Ihnen auch im Interesse der Schulen daran gelegen sein, dass auf vernünftiger Datengrundlage endlich vernünftig geplant wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Heinemann. – Das Wort hat Herr Quast.

(*Dietrich Wersich CDU:* Jetzt erklärt er uns, weil der Finanzsenator nicht da ist, wie es wirklich war!)

**Jan Quast SPD:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, Sie haben eben noch einmal ganz deutlich gezeigt, warum Schulbau bisher in Hamburg nicht weitergekommen ist und nicht funktioniert hat, nämlich weil Sie in Ihrem innersten Herzen ein Bilanzbuchhalter sind, der

sich in Zahlen suhlt, und darüber versäumt, das Vorhaben der Schulsanierung einmal anzugehen.

Worum geht es eigentlich? Es geht darum, den Sanierungsstau an den Hamburger Schulen zu beheben, Zubaubedarfe zu realisieren und die laufende Instandhaltung sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Nehmen Sie dem Senator die Zahlen ab, die er vorgelegt hat?)

Dafür macht der Senat Schulbau Hamburg jetzt fit, und der Partner, den Sie eben noch einmal als kompetent beschrieben haben, GWG-Gewerbe, kommt mit an Bord. Ich glaube, auf dieser Basis wird ein echtes Mieter-Vermieter-Modell geschaffen mit klaren Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten. Das sind alles Dinge, an denen es bisher gemangelt hat, alles, was dazu beigetragen hat, dass wir im Schulbau und in der Schulbausanierung bislang nicht weitergekommen sind.

Dieses Mieter-Vermieter-Modell ist die Voraussetzung für einen effizienten Mitteleinsatz, der sicherstellt, dass die Mittel auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden: für Sanierung und für Neubau. Die Schulbehörde hat gemeinsam mit Schulbau Hamburg auf Basis eines Schulentwicklungsplans und auf Basis der baulichen Gegebenheiten vor Ort ein langfristiges Sanierungs- und Neubauprogramm definiert und vorgelegt.

(*Dietrich Wersich CDU:* Aber die Rede haben wir neulich schon gehört, die hat doch damit nichts zu tun! Die hat Herr Tschentscher vorgetragen!)

Dieser Rahmenplan hat Modellcharakter, der mit den Schulleitungen besprochen wird und der auch vor Ort mit Lehrern, Eltern und Schülerschaft verifiziert wird. Das ist ein äußerst transparentes Verfahren. Ihre Behauptung, das Verfahren sei nicht ausreichend transparent, ist absoluter Quatsch. Die Beratungen, die wir im Haushaltsausschuss in der letzten Woche geführt haben, die 73-seitige Anlage zu Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage, zeigen doch eines ganz deutlich: Transparenz ist da, Transparenz wird vom Senat gelebt, und Transparenz wird sich fortsetzen, wenn wir im Schulausschuss und im Haushaltsausschuss die Drucksachen zur Gründung des Landesbetriebs erneut beraten werden. Dort haben Sie die Möglichkeit, darüber zu diskutieren.

Aber in Wirklichkeit geht es Ihnen gar nicht darum, Schulen in Hamburg zu sanieren und zu erneuern nach den Bedarfen, die da sind. Ihnen geht es darum, aus dem Klein-Klein der Datenlage zu versuchen, dem Senat Steine in den Weg zu legen, anstatt dazu beizutragen, dass der Schulbau in Hamburg vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

**(Jan Quast)**

Während es 2008 noch in Ordnung war, wie Sie in Ihrer Gründungsdrucksache zum Schulbau Hamburg ausgeführt haben, dass eine exakte, gebäudebezogene Ermittlung der Instandhaltungsstaus noch nicht stattgefunden hat, kritisieren Sie heute, dass man an dieser Stelle weitergekommen ist und man Ihnen mittlerweile sogar detailliert dargelegt hat, wie dieser Sanierungsstau eingeschätzt wird.

(Glocke)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heinemann?

**Jan Quast SPD:** Natürlich, von Herrn Heinemann immer.

**Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU:** Lieber Kollege, haben Sie meiner Rede zugehört?

**Jan Quast SPD** (fortfahrend): Ich habe Ihnen trotz Ihrer kleinteiligen Buchhaltungsvorlesung zugehört. Aber ich frage mich, ob Sie eigentlich, bevor Sie die Rede heute gehalten haben, noch einmal rekapituliert haben, was Ihnen letzte Woche im Haushaltsausschuss zwei Stunden vom Senat dargelegt wurde. Ich habe den Eindruck, das war nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei *Anja Hajduk GRÜNE – Dietrich Wersich CDU:* Kann es sein, dass Sie noch selber denken?)

– Ich weiß nicht, Herr Wersich, ob Sie noch selbst denken. Ich frage mich vor allen Dingen, was Sie in der letzten Legislaturperiode gemacht haben. Offenbar haben Sie jedenfalls eines nicht gemacht: Selbst in der kurzen Zeit, in der Sie Schulsenator waren, haben Sie nicht dazu beigetragen, dass die Schulen einen besseren Zustand erreicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Hamburg will für den Schulbau, für Neubau und Instandsetzung bis 2020 2 Milliarden Euro investieren. Das sind gut 250 Millionen Euro pro Jahr. Das ist eine gute Nachricht für Hamburg, und das ist eine Nachricht, die bei den Eltern, Schülern und Lehrern in Hamburg angekommen ist. Ihre kleinteilige Auseinandersetzung, die nur dazu dient, das schlechtzureden, was an Gutem jetzt passiert, wird das nicht aufhalten.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU:* Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Kollege!)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Herr Quast. – Das Wort hat Frau Hajduk.

**Anja Hajduk GRÜNE:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schulbauthema

ist in der Tat in der vergangenen Woche ausgesprochen ausgiebig im Haushaltsausschuss beraten worden, auch dank des Kollegen Heintze. Ich fand, das war eine sehr wichtige Beratung. Dazu kam, dass wir zu dieser Beratung sehr kurzfristig und sicherlich nicht mit genügend zeitlichem Vorlauf – aber wir haben noch Zeit – die entsprechenden Drucksachen seitens des Senats dort anberaten konnten.

Ich muss aber sagen, Herr Heinemann, dass einige Ihrer Vorwürfe den Antworten im Ausschuss nicht mehr standhalten. Wir haben uns selbstverständlich mit der Thematik befasst, was es eigentlich heißt, wenn in der Drucksache steht, man gehe davon aus, mit 10 Prozent weniger Fläche auszukommen. Das ist eine Fragestellung, der man aus schulpolitischer oder auch aus ökonomischer und haushaltspolitischer Sicht nachgehen muss. Die Antwort der Mitarbeiter war – ich habe diese Frage dort auch gestellt –, dass sie sehr differenziert gesagt haben, bei welchen alten eingeschossigen Schulbauten aus den Sechzigerjahren sie sich vorstellen könnten, durch Neubauten und Sanierung auch Flächen zu erschließen, und die zeitliche Perspektive ging bis 2028. Das war die Antwort auf die Frage, in welchem Korridor wir denn mit diesen 10 Prozent weniger Fläche umgehen müssen.

Ich habe nach dieser ersten Beratung kein abschließendes Urteil, aber die Situation dramatisieren kann eigentlich nur, wer diese Antwort nicht wahrgenommen hat. Und ich fand schon, dass der Senat vom Grundsatz her auch auf die Frage eingegangen ist, wie er mit der neuen Bewertung umgegangen und zu diesen Abschreibungen gekommen ist.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Nee, nee, überhaupt nicht!)

Sie können natürlich sagen, Sie fänden es nicht überzeugend, dass die Sachwertmethode angewendet wurde statt vielleicht einer anderen Methode mit Ertragswert. Ich weiß nicht, ob das Ihre Priorität wäre. Wir mussten aber doch damit rechnen, dass noch einmal eine detaillierte Bewertung vorgenommen wird. Der Senat hat gesagt, dass er das objektbezogen nach diesem und jenem Verfahren gemacht hat, und deswegen kann ich – auch nach Ihren Ausführungen heute – noch nicht erkennen, welche politische Folge Sie denn jetzt aus dieser Neubewertung ziehen. Ich habe das Gefühl, dass es eine fundiertere ist als vorher, was keine Kunst ist, weil ich auch weiß, unter welchem knappem Zeitbudget wir damals das Sondervermögen gegründet haben. Deswegen kann ich vom Grundsatz her nicht nachvollziehen, dass Sie diesen Vorwurf aufrechterhalten, ohne auf die Einzelheiten einzugehen.

Ich will noch zwei Sachen sagen, die uns Grünen wichtig sind.

**(Anja Hajduk)**

*(Dietrich Wersich CDU: Aber wozu ist denn eine ungenaue Schätzung gut?)*

– Ich sehe es nicht als Beleg an, Herr Wersich, dass diese Schätzung so ungenau ist, wie Sie es hier darstellen. Ich fand die Beschreibung erst einmal relativ plausibel; wir können da unterschiedliche Auffassungen haben.

*(Dora Heyenn DIE LINKE: Allerdings!)*

Dann möchte ich noch einen weiteren Punkt anführen, der mir wichtig ist. Wir haben bei dieser ganzen Fragestellung, wie wir mit dem Schulbau umgehen, auch zu bewerten, dass der Senat eine Umstrukturierung vorschlägt. Ich empfinde vom Grundsatz her die Entflechtung der Aufgaben des reinen Vermögensträgers und der entsprechenden immobilienwirtschaftlichen Dienstleistung eher als eine Stärkung dieser Mammutaufgabe. Es ist eigentlich auch die Fortsetzung und sinnvolle Weiterentwicklung einer Grundidee, die die Vorgängerregierung richtig angestoßen hatte.

Bei der Diskussion am vergangenen Donnerstag im Haushaltsausschuss war mir besonders wichtig, dass der Finanzsenator auch Stellung dazu bezogen hat, was es eigentlich bedeutet, wenn eine objektbezogene Miete eingeführt wird. Mir war es wichtig, die Antwort zu erhalten, dass wir uns keine übermäßige Ökonomisierung der Schulpolitik einhandeln, denn in einer Drucksache im Frühling wurde das Ziel beschrieben, dass zukünftig jeder Flächen- und Ausstattungsmehrbedarf Kosten und damit Mieterhöhungen auslösen würde, was dann im Gesamtbudget der BSB ausgesteuert werden müsste. Mehrbedarfe bei der Miete würden also Einsparungen im Schulbudget an anderer Stelle erforderlich machen, und dann wurde auch noch von möglichen Personalkosten in diesem Zusammenhang gesprochen. Ich bin froh, dass Herr Dr. Tschentscher klargemacht hat, dass das keine Personalkosten sind, die den pädagogischen Bereich betreffen, sondern dass es rein um den immobilienwirtschaftlichen Sektor geht. Die Grundidee einer objektbezogenen Miete ist sinnvoll, aber sie darf nicht zu einer Ökonomisierung der Schulpolitik führen. Dies muss auch für die Schulen leistbar sein; so muss das ausgestaltet werden.

Fazit: Diesen großen, flächendeckenden Verbesserungsbedarf im Schulbau Hamburg umzusetzen, ist sowieso und für jede Regierung eine schwierige Aufgabe. Wir wollen das kritisch begleiten. Einige Punkte in den neuen Drucksachen sehen wir tatsächlich als Fortschritt an. Wir finden es aber auch richtig, mit dem Antrag der LINKEN die notwendige Transparenz herzustellen. Insofern, liebe Kollegin Heyenn und lieber Herr Heinemann, werden wir dem Antrag der LINKEN in jedem Punkt zustimmen, weil wir diese Fragen auch noch für offen halten, bei dem Antrag der CDU werden wir uns aber enthalten, weil wir das bei den Punkten mit der Zustimmung und der Notwendigkeit differenzierter se-

hen. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir die Debatte ein Stück weiter voranbringen, aber ich bin aus Oppositionssicht bei Vorlage der Drucksachen ein bisschen optimistischer als der kritische Herr Heinemann. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Hajduk. – Das Wort hat Frau von Treuenfels.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Rabe, bevor Herr Heinemann sämtliche Schulen aufkauft, würde ich mich gerne noch einmal an Sie wenden. Sie hätten in Sachen Schulbau eigentlich nur den Sprung über die Elbe wagen müssen. Dann hätten Sie in Harburg gesehen, dass es einen erfolgreichen Ansatz zur Überwindung des beklagenswerten Zustands – da sind wir uns, glaube ich, einig – Hunderter Hamburger Schulgebäude gibt: das allgemein bekannte Modell Hamburg Süd, mit dem in Harburg eine Reihe, aber natürlich längst noch nicht alle Schulgebäude sehr gut und schnell saniert worden sind. 2007 hatte immerhin ein CDU-geführter Senat endlich damit begonnen, das Problem Schulbau vernünftig anzugehen mit einer Begutachtung der Gebäudezustände, mit einem Abgleich zum Schulentwicklungsplan, also im Kern den zu erwartenden Schülerzahlen kommenden Jahre, und mit einer öffentlich-privaten Partnerschaft zur SAGA GWG, die übrigens von den GRÜNEN und auch Teilen der SPD damals, wenn ich mich erinnere, als Privatisierung der Schulgebäude denunziert wurde – aber das nur nebenbei. Dieses Erfolgsmodell hat Schwarz-Grün dann auf dem Papier weiterbetrieben, aber eben leider nur hier. In seliger Erwartung der Primarschuleinheitschule, ich muss es noch einmal erwähnen, wurde de facto zwischen 2008 und 2010 weit weniger unternommen, als dringend erforderlich gewesen wäre. Und zu allem Überfluss haben Sie, Herr Senator Rabe, jetzt gut anderthalb Jahre gebraucht, um sich mit diesem wirklich wichtigen Thema in der Tiefe zu befassen. Sie haben die Geschäftsführung von Schulbau Hamburg ausgewechselt,

*(Anja Hajduk GRÜNE: Das war richtig!)*

wir werden sehen, ob das etwas bringt und was es bringt. Sie haben die Ausschreibung für eine stadtweite baufachliche Untersuchung aller sanierungsbedürftigen Schulgebäude gestoppt, wo wir jetzt schon sehen, dass dies überhaupt nicht sinnvoll war. Und Sie haben rückwirkend zum letzten Jahresende fast 750 Millionen Euro schwere Sonderabschreibungen auf die Gebäude von Schulbau Hamburg vorgenommen.

Um einmal mit dem letzten Punkt zu beginnen: Ihre nachträglichen Erklärungen im Haushaltsausschuss dazu fanden wir etwas hanebüchen. Ohne

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

klar zu benennen, wie die Bewertung durchgeführt wurde, hieß es lapidar, der Wert sei anhand des Sachwertverfahrens ermittelt worden, das habe eine Genauigkeit von 80 Prozent, die restlichen 20 Prozent würden in den nächsten Jahren anhand eines sogenannten Gebäudeskans ermittelt. Das heißt konkret, der Wert des Anlagevermögens von Schulbau Hamburg kann noch einmal um mehrere Hundert Millionen Euro nach oben oder unten schwanken. Das hat für uns nichts mit Genauigkeit zu tun, sondern man könnte es auch Augenwischerei nennen.

So ähnlich verhält es sich mit dem Stopp der bau fachlichen Untersuchungen, meinem zweiten Punkt. Statt externe Fachleute ihre Arbeit tun zu lassen, wird jetzt nach dem 80/20-Prinzip wieder über den Daumen gepeilt. Statt im Abgleich mit kommenden Schülerströmen oder wachsenden Stadtteilen ernsthaft zu planen, haben Sie uns einen kriterienfreien sogenannten Rahmenplan präsentiert. Dieser erklärt nichts, sondern listet nur Zahlen und Flächen auf und lässt deshalb Raum für Spekulationen. Wir haben es schon einmal gesagt, aber ich wiederhole es gerne noch einmal: Warum soll die eine Schule so intensiv erneuert werden, die andere genauso baufällige aber nicht? Herr Senator Rabe, das ist ein höchst unkluger Umgang mit einem so wichtigen Thema. Sie sollten klüger sein im Umgang mit den Bürgern und wirkliche Transparenz über Ihre Bauprioritäten herstellen.

Damit bin ich bei meinem dritten Punkt: Statt offen zu den nötigen Umstrukturierungen bei Schulbau Hamburg zu kommunizieren, wird halbherzig an Strukturen herumgedoktert und werden Stellen und Personal verschoben. Statt Schulbau Hamburg gleich in SAGA und GWG Gewerbe zu integrieren und deren Erfahrung zu nutzen, wird die Staatsbürokratie gestärkt und ein neuer Landesbetrieb gegründet. Und erst jetzt, am Ende dieses intransparenten Hin und Her, wollen Sie vor Ort mit den Schulen reden. Das ist das klassische Beispiel, wie man das Pferd von hinten aufzäumt. Die Betroffenen dürfen am Ende noch ein paar Worte zu Ihnen für uns nicht nachvollziehbaren Zahlen sagen, und ansonsten entscheidet die SPD-Bürokratie.

Herr Senator Rabe, so wie Sie an diesem 2-Milliarden-Euro-Projekt herumdoktern, wird es keine stadtweite Akzeptanz für Ihr Vorhaben geben. Sie sollten sich einen Ruck geben und jene Transparenz im Schulbau wieder herstellen, die zumindest in Teilen Harburgs bis 2008 zum Erfolg geführt hat. Aus diesen Gründen stimmen wir den Anträgen der CDU und der LINKEN zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Roland Heintze*  
CDU)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau von Treuenfels. – Das Wort hat Frau Heyenn.

**Dora Heyenn** DIE LINKE:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor drei Jahren wurde in der Bürgerschaft leidenschaftlich darüber diskutiert, alle Bauabteilungen der Behörden zusammenzufassen und der Finanzbehörde zu unterstellen und endlich die Schulen in Hamburg zu sanieren, zu modernisieren und die Neubauten zügig voranzubringen. Versprochen wurde ein effizienter Landesbetrieb, der schneller und kostengünstiger die Probleme beseitigen sollte. Das hat, wie wir heute schon mehrfach gehört und in der Vergangenheit diskutiert haben, nicht geklappt. Schulbau Hamburg war nicht einmal in der Lage, die bereitgestellten Gelder zu verbauen. Die Proteste von Lehrern und Eltern wurden immer lauter und die Zahl der mobilen Klassenzimmer wurde immer größer. Die Container werden durch die Pippi-Langstrumpf-Farbe auch nicht zu Villen, und von Palästen, zu denen der Bürgermeister die Schulen gerne machen wollte, ist der Senat Lichtjahre entfernt. Nun soll Schulbau Hamburg wieder aufgeteilt werden: in den Landesbetrieb Dienstleistungen als eigenständiger Dienstleister für Bau und Bewirtschaftung von Schulimmobilien, und das Sondervermögen wird dem Immobilienmanagement der Finanzbehörde zugeführt. Das Ziel sollen bessere Kostentransparenz, bessere Kostenverantwortung, bessere Dienstleistungsqualität und bessere Kundenorientierung sein. Mir kommt das sehr bekannt vor. Mit Kunden sind die Mieter gemeint und das sind die Schulen.

Wir führen in Hamburg offenkundig nicht nur ein neues Haushaltswesen ein, sondern der Senat ist auch sehr kreativ, was neue Rechenarten betrifft. Der Wert der Schulgrundstücke und der Schulbauten wurde rückwirkend um über 740 Millionen Euro abgeschrieben, aber die Mieten sind nicht annähernd im gleichen Maße gesunken. Nun sollen objektbezogene Mieten eingeführt werden, und auf die Frage im Haushaltsausschuss, was denn passiert, wenn gebaut wird, wurde gesagt, wenn es eine Wertverbesserung gebe, dann müssten natürlich auch die Mieten steigen. Ich stelle fest, dass die Mieten irgendwie immer steigen. Die Begründung in einer Drucksache heißt – ich zitiere –:

"Die Miete dient auf der Mieterseite zur Beurteilung und Priorisierung von Bedarfen."

Ich habe nachgefragt, was das heißt, denn ich verstehe das jedenfalls nicht, und der Senat konnte es in der Haushaltsausschusssitzung auch nicht erklären. Ich teile Ihre Auffassung ausdrücklich nicht, Frau Hajduk, dass dort detailliert erklärt worden sei, wie die einzelnen Grundstücke behandelt werden sollen und wo was abgerissen werden soll. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses mus-

**(Dora Heyenn)**

ste selbst dreimal nachfragen und wir haben keine Antworten bekommen. Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihrer Einschätzung kommen. Ich teile sie jedenfalls nicht, obwohl ich dies sonst häufig tue.

Hinter dieser Definition, dass die Miete den Bedarfen und dem Potenzial zu entsprechen hat, steht für mich ganz einfach, dass, wenn Schulbau Hamburg einen höheren Finanzbedarf hat, dann auch die Mieten steigen; das ist der Grund. Man hat hier nicht das klassische Mieter-Vermieter-Verhältnis, sondern es geht einfach darum, wie viel Geld der Sonderbedarf braucht, und dann wird eben die Miethöhe danach bestimmt; so geht das aber nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Deshalb hat DIE LINKE einen Zusatzantrag zum CDU-Antrag eingebracht, in dem wir unter anderem fordern, die Berechnungsgrundlagen für die Mieterhöhungen der Bürgerschaft vorzulegen, und zwar detailliert.

In der Mitteilung des Senats zur Neuausrichtung von Bau und Bewirtschaftung der staatlichen Schulimmobilien schimmert überall durch, dass der Verkauf von Schulgelände und Schulgebäuden einen höheren Stellenwert bekommt. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, der kann das lesen. Die Rede ist, Sie haben es angesprochen, von einer Flächenoptimierung von ungefähr 10 Prozent, und zwar unter Beibehaltung eines Flächenpuffer Volumens von noch einmal 10 Prozent. Das macht dann schon einmal 20 Prozent. Diese Flächen, die dann nicht mehr gebraucht werden oder als Puffer abgestoßen werden können, sollen anderweitig verwertet werden. Deshalb fordern wir, dass eine anderweitige Verwertung von Schulgrundstücken und Schulgebäuden der Bürgerschaft vor einer endgültigen Entscheidung zur Kenntnis gegeben wird, weil Schulen ein hochsensibler Bereich sind und wir einen Ausverkauf von Schulgelände nicht mitmachen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU* und *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Unter der Überschrift "Wirtschaftlichkeit und Vorteilhaftigkeit – Kosten- und Nutzenanalyse" erfährt man zur Gründung eines Landesbetriebs Immobilienmanagement und Grundvermögen – ich zitiere –:

"Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit wurde von einer Unternehmensberatung ein Kostenvergleich angestellt."

– Zitatende.

Ein Absatz aus diesem Gutachten wurde zitiert, und im Haushaltsausschuss wurde, nachdem wir nachgefragt hatten, darüber hinaus angeboten, weitere Auszüge zu veröffentlichen. Damit geben wir uns von der LINKEN nicht zufrieden, und des-

halb beantragen wir, die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Bürgerschaft in Gänze zur Kenntnis zu geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt noch viele offene Fragen, zum Beispiel, wer die Mietstreitigkeiten regelt, wer entscheidet, ob ein Schulgelände anderweitig vermietet, verpachtet oder verkauft wird, ob die Schulgremien ein Wort mitzureden haben oder nicht, welche Folgen es hat, wenn das Gesetz wie folgt geändert wird – ich zitiere –:

"Das Sondervermögen kann Flächen mieten oder Gebäude auf Grundstücken errichten und unterhalten, auch wenn diese nicht im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg stehen."

Da möchten wir noch genauer wissen, was das eigentlich bedeutet, ob das eine Geschäftserweiterung ist oder was das soll. Und wir begrüßen, dass es jetzt noch einen Termin für den Schulausschuss gegeben hat, damit auch der Senator mit uns darüber diskutieren kann. Wir sind der CDU sehr dankbar, dass sie diesen Antrag gestellt hat, wir haben einen Zusatzantrag ergänzt und hoffen auf Ihre Zustimmung beziehungsweise auf die Überweisung an den Schulausschuss.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Robert Heinemann CDU*)

**Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg:** Vielen Dank, Frau Heyenn. – Das Wort hat Herr Senator Rabe.

**Senator Ties Rabe:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Transparenz im Schulbau fordert die CDU, und diese Transparenz sollten wir in der Tat jetzt einmal schaffen. Zunächst einmal transparent sechs Gründe, warum es im Schulbau so schwierig ist.

Grund Nummer eins kennen wir alle: Wir haben einen erheblichen Sanierungsstand, den die CDU auf 3 Milliarden Euro geschätzt hat. Zum Thema präzise Zahlen will ich nur auf meine damalige Schriftliche Kleine Anfrage verweisen, in der ich den CDU-Finanzsenator gefragt habe, wie er auf die 3 Milliarden Euro gekommen sei. Die Antwort war genau zwei Zeilen lang und lautete, das habe man so geschätzt. Das zum Thema Transparenz und Solidität der Vorgängerregierung, Herr Heinemann, so ging das damals.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Nein, das war der Staat!)

– Das mögen Sie nicht hören, aber es stimmt leider.

Zweiter Punkt: Bleiben wir bei der Transparenz. Natürlich gehört auch dazu, die Wahrheit zu sa-

**(Senator Ties Rabe)**

gen. Hamburgs Schulen sind zu klein, wir haben mehr Schüler, wir haben kleinere Klassen, wir haben mehr Vorschüler und mehr Oberstufenschüler und alle brauchen mehr Platz. Eigentlich ist das eine gute Entwicklung und keine Entwicklung, die man irgendeiner Politik oder Partei in die Schuhe schieben kann. Es ist nun einmal so, freuen wir uns darüber. Andere Bundesländer haben Sorgen, dass ihnen die Schüler abhandenkommen, wir nicht.

Dritter Punkt: Dank unserer Schulreform wechseln Schüler die Schulen. Sie verlassen zum Beispiel frühere Haupt- und Realschulen und gehen zu den Stadtteilschulen. Sie verlassen Sonderschulen und gehen an die Grundschulen. Ein Grund mehr übrigens auch, frei werdende Gebäude sich hierbei einmal anzuschauen, denn wir haben in der Tat zukünftig an einigen Stellen deutliche Raumleerstände und an anderen Stellen Container im Stapel. Das ist nicht vernünftig und muss angegangen werden.

Zur Transparenz der sechs Gründe zählen aber auch drei Gründe, die man nicht vergessen darf, zum einen wenig Geld. Hier will ich dann doch einmal auf die rechte Seite dieses Hauses schauen und Sie daran erinnern, liebe Damen und Herren von der CDU, dass im Jahr 2001 im Schulbau rund 116 Millionen Euro für Investitionen und Sanierung aufgewendet worden sind. Das haben Sie geändert und mit Erfolg heruntergefahren. Gerade in der Zeit der CDU-Alleinregierung haben wir mit Abstand die niedrigsten Raten für Investitionen in Sanierung und Neubau in Höhe von weit unter 80 Millionen Euro, ein Wert, der 20 Jahre nicht erreicht wurde. Wenn wir von einer Misere sprechen, dann ist es die Misere, die Sie mitverursacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Misere zählt auch, dass wir in der Tat zwei Jahre Planungsstillstand hatten. Nun will ich da nicht lange rechten, aber natürlich ist es so, dass durch die Primarschulreform eigentlich sämtliche Bauvorhaben anders hätten kommen müssen. Grundschulen wären immer zu klein gewesen und weiterführende Schulen immer zu groß, und deswegen war es konsequent und nicht verkehrt, dass Sie mehr oder weniger zwei Jahre die Planung auf Sparflamme gefahren haben, weil man nicht wusste, was man machen sollte. Dass Sie das aber jetzt mit solcher Leichtfertigkeit vergessen und die ganzen Konsequenzen, die wir auszuhalten haben, weil Sie zwei Jahre nicht ordentlich geplant haben, bei dieser Regierung unterbringen, ist wirklich an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Dann muss man natürlich auch sagen, dass der Schulbau nicht gut funktioniert. Das war schon immer so, könnte man jetzt tröstend sagen. Es war schon ganz früher ein ziemlich langsames Unter-

fangen, als er noch in zwei verschiedenen Behörden angesiedelt war. Das ist bei Schulbau Hamburg nicht besser geworden, das ist in der Tat so, und deswegen müssen wir hier auch eine Antwort auf die Frage finden, die – Herr Heinemann, auch das wäre fair gewesen zu sagen – weder Sie noch die GRÜNEN noch alle Vorgängerregierungen bisher vernünftig gelöst haben. Es ist eine große Aufgabe,

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Und jetzt kommt Herr Rabe!)

das will ich nicht leugnen, aber so selbstherrlich zu tun, als sei immer alles in Ordnung gewesen und jetzt durch die SPD-Regierung ganz schwierig geworden, ist eine erhebliche Verzerrung der Wirklichkeit und hat nichts mit Transparenz, sondern mit Intransparenz zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen handeln wir, und zwar erstens mit mehr Geld. Natürlich haben wir die Miete erhöht, aber doch, weil wir einen klar erkennbaren Bedarf haben, den Sie doch selbst immer als besonders groß darstellen. Wir sind die Regierung, die fast doppelt so viel für den Schulbau aufwendet wie die Vorgängerregierung. Das ist zunächst einmal die Wahrheit, die wir hier ganz klar festhalten sollten. Wenn einer handelt, dann sind wir es bisher gewesen, und da brauchen wir gar keinen Maßstab zu scheuen. Da bitte ich um Transparenz, und da bitte ich auch die Opposition, sich einmal die Investitionsmargen der letzten Jahre sorgfältig anzuschauen. Dann werden Sie schnell feststellen, dass wir handeln und etwas tun, was schon lange überfällig gewesen wäre.

Dazu zählt auch, einen klaren Plan zu haben. Dass wir keinen Schulentwicklungsplan hatten, ist der Vergangenheit geschuldet, aber dass wir einen Rahmenplan Bau haben, an dem Sie sich zwar mit Lust und Wonne an vielen kleinen Einzelheiten mit einem offensichtlich nicht immer präzise funktionierenden Taschenrechner abarbeiten, ist schon ein großer Fortschritt. Wann gab es hier überhaupt eine Regierung, die einen Bauplan hatte, den sie sich zudem noch traute, öffentlich vorzulegen? Das gab es noch nie. Deswegen zeigt das ganz klar, dass wir nicht nur Geld in die Hand nehmen, sondern auch als erster Senat überhaupt versuchen, Licht in dieses Dunkel zu bringen, wann wo gebaut wird, damit alle Beteiligten Bescheid wissen. Das gehört auch zur Transparenz, und mehr Transparenz als vorher ist es auf jeden Fall.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den vielen Punkten, die Sie jetzt angesprochen haben. Fangen wir einmal an mit dem Buchwert dieser Schulgebäude. Sie haben selbst in der letzten Bürgerschaftssitzung vorgelesen, dass Sie in der Vorgängerregierung auch keine Ahnung hatten, wie viel die eigentlich wert wa-

**(Senator Ties Rabe)**

ren. So ein schöner Zweizeiler in Ihrer eigenen Drucksache, den ich in der Hektik meiner Vorbereitung zwar nicht gefunden habe, den Sie aber sicherlich noch einmal vorlesen können, lautete: Warum sind das 3,904 Milliarden Euro? Das haben wir einmal so geschätzt.

*(Robert Heinemann CDU: Nee, nee, nee, so war das nicht!)*

Darf ich an der Stelle einmal ergänzen, dass Sie selbst damals schon hineingeschrieben haben, dass diese Schätzung sehr ungenau sei und eine spätere Form der genaueren Wertermittlung unbedingt kommen müsse, und das machen wir jetzt. Ich will an der Stelle nur ein Beispiel geben. Hamburgs Schulen haben rund 2,5 Millionen Quadratmeter Gebäude. Die sind nicht gut erhalten, die Sanierungsklasse kann ich nur schätzen, aber sie liegt eher im Mittelfeld. Die SAGA hat 8 Millionen Quadratmeter Wohnungen, übrigens wesentlich besser erhalten. Der Buchwert sämtlicher SAGA-Wohnungen beträgt 4 Milliarden Euro, und da wollen Sie uns erzählen, dass weniger als 40 Prozent dieser Fläche in einem zudem schwierigeren Sanierungszustand genauso viel wert sein sollen? Was für eine abenteuerliche Rechnung. Wir haben beim Regierungswechsel diese 4 Milliarden Euro bildlich in einem Tresor mit der Aufschrift "Hier sind 4 Milliarden drin" gefunden. Wenn man da hineinschaut, findet man viele kaputte Steine. Dass das nicht 4 Milliarden wert ist, ist jedem klar gewesen, und dass es korrigiert werden musste, haben Sie selbst in die Drucksache geschrieben. Dass wir uns jetzt daran machen, diesen leeren Kasten zu öffnen, mag Sie ärgern, weil nämlich herauskommt, dass in diesem Kasten nicht drin ist, was Sie draufgeschrieben haben. Aber es ist dringend nötig, und genau das ist die Transparenz, die Sie hier lebhaft einfordern und die Sie selbst damals offensichtlich nicht herstellen konnten.

*(Beifall bei der SPD)*

Sicherlich wird der Finanzsenator Ihnen gerne noch einmal die Details der sogenannten Sachwertermittlung darstellen, die dazu geführt haben, dass wir jetzt auf ungefähr 3,3 Milliarden Euro gekommen sind. Dass dieser Wert der Realität wesentlich näher kommt als der vorherige Wert, wird, glaube ich, hier im Hause von niemandem bestritten. Und es stünde Ihnen gut an, Herr Heinemann, wenn Sie diese Ehrlichkeit persönlich wenigstens aufbringen könnten, denn ich weiß genau, dass auch Sie, wie übrigens viele andere in der CDU, immer wussten, dass dieser Wert gegriffen war.

Ich darf ergänzen: Man fragt sich schon, warum Sie die Schulen eigentlich so wertvoll angegeben haben. Ich kann darüber nur spekulieren, das will ich nicht tun, aber ich will auf zwei Effekte hinweisen, die durch die 4 Milliarden Euro entstanden sind. Die Stadt ist reicher, als sie tatsächlich ist. Das ist für eine Bilanz möglicherweise ganz schön.

Ob das Ihre Motive waren, weiß ich nicht, aber dass das letztendlich die Bilanz der Stadt in einer Art und Weise dargestellt hat, die garantiert nicht stimmt, ist ein Effekt, über den man nachdenken muss, gerade wenn man das Wort Transparenz so laut im Mund führt.

Und noch etwas anderes will ich nennen. Dieser Wert ist Teil eines seltsamen Buchungsgeschäftes zwischen den verschiedenen Behörden. Das Geschäft läuft so: Die Finanzbehörde sagt, Schulbau Hamburg, ich gebe dir meine Schulen, aber die sind so viel wert, die kriegst du nicht umsonst, gib uns dafür 70 Millionen Euro Miete, das entspricht ungefähr dem Mietwert eines 4-Milliarden-Euro-Bestandes. Gut, sagt Schulbau Hamburg, wir geben dir 70 Millionen Euro, wir nehmen sie nämlich von der BSB. Die Schulbehörde muss also jetzt 70 Millionen Euro an Schulbau Hamburg geben. Da sie diese nicht hat, sagt die Schulbehörde zur Finanzbehörde: Gib uns 70 Millionen Euro. Und was passiert? Jetzt geben sich alle Behörden einmal im Kreis 70 Millionen Euro. Es ist nicht ein einziger Mauerstein bewegt worden, es ist ein völlig gegenstandsloses Geschäft, aber es scheint so, als würden wir unglaublich viel Geld in den Schulbau stecken. Zum Thema Transparenz gehört auch, so einen Unsinn aufzudecken, und deswegen ist es in Wahrheit wichtig, endlich zu betriebswirtschaftlich richtigen Zahlen zu kommen.

*(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)*

Ich möchte gerne noch auf das eingehen, was von Ihnen zum Teil richtig gesagt worden ist in Bezug auf die weitere Entwicklung. Frau von Treuenfels, Sie fordern, nach dem Vorbild der GWG zu handeln. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Drucksache angeschaut haben. Genau das war unser Motiv, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Die GWG in Hamburg Süd funktioniert gut. Man muss allerdings auch einmal genau hinschauen. Sie hatte auch doppelt so viel Geld pro Schule wie der Rest, das hat natürlich den Laden etwas besser arbeiten lassen, aber sie funktioniert trotzdem gut. Was haben wir getan? Wir haben dieses Modell dort eingebunden, wir haben einen Gleichordnungskonzern geschaffen und den GWG-Chef genommen und an die Spitze von Schulbau Hamburg gesetzt, weil wir erkannt haben, dass dort funktioniert, was bei Schulbau Hamburg nicht funktionierte. Das ist ein richtiger Schritt, aber die Aufforderung dazu brauchen wir jetzt nicht mehr, weil wir ihn bereits unternommen haben.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf die objektbezogenen Mietverträge eingehen. Hier wird ständig behauptet, wir hätten ein Ermittlungsverfahren gestoppt, wie groß und heil die Schulen seien. Das stimmt überhaupt nicht. Ich bin an dieser Stelle wirklich empört und bitte Sie – Frau von Treuenfels hat nachgesprochen, was Herr Heine-

**(Senator Ties Rabe)**

mann hier vorgesagt hat –, sich einmal zu überlegen, wo Sie das herhaben. Ich will Ihnen sagen, was wir gemacht haben. Wir wollten für jede Schule wissen, wie heil und wie groß sie ist. Dazu sagte Schulbau Hamburg, dass sie das bei vielen Schulen nicht wüssten, aber sie könnten es herausfinden. Sie würden eine europaweite Ausschreibung zu einem Scanverfahren machen. Da habe ich gesagt: Los, machen, schnell. Schulbau Hamburg meinte dann, das Ergebnis werde in drei Jahren vorliegen. Darauf haben wir gesagt, dass es so nun wirklich nicht ginge. Dann hätten wir zwar eine blütenweiße Weste und könnten es immer auf Europa schieben, aber so funktioniere es nicht. Deswegen haben wir das Verfahren geändert, damit es schneller geht.

*(Robert Heinemann CDU: Pi mal Daumen!)*

Und nur weil wir das Verfahren geändert haben, werden wir jetzt Anfang nächsten Jahres präzise Zahlen vorlegen können. Dass Sie aber trotz unserer Beschleunigung ständig in der Stadt herumerszählen, wir hätten etwas gestoppt, Herr Heinemann, das hat mit Transparenz nichts mehr zu tun, sondern mit gezielter Unwahrheit. Wir machen das und wir machen das schneller. Was wir gestoppt haben, ist die Langsamkeit, und das wurde auch Zeit.

Ich komme zum Schluss. Es ist schön, dass Sie Transparenz fordern. Wir brauchen Transparenz im Schulbau, da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Wir werden eine Sondersitzung im Schulausschuss machen, aber es gehört auch zur Redlichkeit der Opposition zu sagen, dass es so viel Transparenz wie jetzt noch nie gab. Und dass gerade Sie, die Sie vorher bei 4 Milliarden Euro und auch bei 3 Milliarden Euro gesagt haben, das hätten Sie mal so geschätzt, jetzt mit dem Taschenrechner auf Hunderttausende genau die Regierung jagen, die Chuzpe muss man schon haben, und das wundert mich sehr.

*(Dietrich Wersich CDU: Sie sind ja empfindlich gegenüber Kritik, das ist ja ganz erstaunlich angesichts Ihrer Vorgeschichte!)*

Der Schulbau ist auf einem außerordentlich guten Wege, und deswegen bedanke ich mich dafür, dass wir das weiterhin im Schulausschuss bereden können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Heinemann, Sie haben das Wort.

**Robert Heinemann CDU:** Frau Präsidentin! Herr Senator, Sie haben gesagt, Sie wollten die objektbezogene Miete einführen. Das macht nur dann Sinn, wenn man mit vernünftigen Zahlen operiert. Dass eine solche Erhebung drei Jahre dauert, liegt nicht daran, dass die in Europa alle so langsam

sind, nicht arbeiten können und die Ausschreibungsverfahren so lange dauern, sondern weil eine Erhebung von 400 Schulen im Detail aufwendiger ist, als innerhalb von drei Monaten Pi mal Daumen zu sagen, das sei jetzt Sanierungsstatus 1 oder 6 und so seien nun die Werte. Es ist auch ein Riesenunterschied, ob man die Buchwerte nimmt, sie in die Drucksache schreibt und sagt, es sei eine Unsicherheit dahinter, die man jetzt angehen und abarbeiten wolle, so wie wir bei Hamburg Süd dieses Verfahren angewendet haben und wie wir es bei Schulbau Hamburg geplant haben, oder ob man sagt, man mache mal eben eine Abschreibung von 750 Millionen Euro auf einer Grundlage, die genauso gut oder genauso schlecht – vielleicht einen ganz kleinen Tick besser – ist wie die, die man vorher hatte. Ich habe hier Zahlen von einigen Schulen genannt, Sie sind auf keine einzige dieser Zahlen eingegangen. Wieso kostet ein Schulgrundstück mitten in Altona 13 Euro pro Quadratmeter? Dazu muss man doch einmal irgendetwas sagen. Das liegt nicht an meinem Taschenrechner, sondern vielleicht an Ihren Excel-Tabellen, aber zumindest sind die Zahlen in Ihren Antworten so drin, dafür kann ich nichts. Da sollten Sie vielleicht einmal hineinschauen, um zu sehen, was da eigentlich gemacht wird.

Die Frage ist auch, warum wir darüber reden. Ob dies jetzt 750 Millionen Euro mehr oder weniger wert ist, da könnte man noch sagen, das sei linke Tasche, rechte Tasche. Es geht aber darum, dass hier natürlich mit ganz heftigen Bilanzierungstricks gearbeitet wird. Man hat es geschafft, nur durch eine Neuauflage einer anderen Struktur den Wirtschaftsplan von Schulbau Hamburg von 55 Millionen Euro Verlust komischerweise ziemlich genau auf null zu bringen.

*(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)*

Dazu gehört unter anderem natürlich das Abschreibungsthema, weil man damit die jährlichen Abschreibungen reduziert hat. Dazu gehören aber auch wunderbare andere Themen, unter anderem, dass man die Bewirtschaftungskosten entsprechend gesenkt hat. Und da kommen wir leider sehr schnell in die Richtung, dass ich nicht daran glaube. Wenn man sich den Text durchliest, dann stellt man fest, dass Schulbau Hamburg für die 10 Prozent keine 15, 16 Jahre Zeit hat, sondern die 10 Prozent Flächenreduzierung sehr schnell brauchen wird, wenn diese Effizienz von mal eben 30 Prozent bei der Bewirtschaftung, die Sie sich selbst hineingeschrieben haben, schon in 2013 erreicht werden soll, ohne dass irgendeine Schule umgebaut wird oder sonst etwas erfolgt. Sie werden da sehr schnell und radikal herangehen müssen.

Ich habe Ihnen heute vorgeworfen, dass sich Schulbehörde und Finanzbehörde widersprechen. Die Schulbehörde hat öffentlich erklärt, es sei am

**(Robert Heinemann)**

Ende ein Nullsummenspiel, und die Finanzbehörde hat im Ausschuss von einer Flächenreduzierung von 10 Prozent gesprochen. Da erwarte ich schon, dass der Senat mit einer Stimme spricht.

(Beifall bei der CDU – *Lars Holster SPD*: Lassen Sie uns das im Ausschuss klären!)

Ich habe heute mit Verwunderung gehört, dass der Schulsenator wieder sagte, Hamburgs Schulen seien zu klein. Offensichtlich ist das nicht der Fall, denn die Finanzbehörde sagt jedenfalls, Hamburgs Schulen seien zu groß. Und das Beste war dann, Herr Senator, dass Sie hier ernsthaft sagten, an einigen Schulen gebe es zunehmend Leerstände und an anderen stapelten sich die Container, das müsse man jetzt einmal angehen. Haben Sie nicht vor einem Dreivierteljahr einen Schulentwicklungsplan vorgelegt? Es wäre doch Aufgabe gewesen, mit diesem Schulentwicklungsplan genau das anzugehen. Wir haben Ihnen immer vorgeworfen, dass Sie keine ordentlichen Prognosen gemacht haben, und jetzt kommt heraus, dass Sie einen Schulentwicklungsplan for nothing gemacht haben. Offensichtlich müssen Sie jetzt noch einmal einen Schulentwicklungsplan machen, um das endlich umzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Was das Thema mehr Geld anbelangt, haben Sie uns häufig genug etwas versprochen. Sie haben uns schon für letztes Jahr und für dieses Jahr mehr Geld versprochen, umgesetzt haben Sie aber immer weniger als vorher. Sie geben in diesem Jahr gerade einmal ein Drittel der Sanierungsgelder aus, die zur Verfügung stehen. Geben Sie erst einmal das Geld aus, das Sie angeblich zur Verfügung stellen, dann loben wir Sie auch dafür.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung, zunächst zum Überweisungsbegehren der CDU-Fraktion.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/5255 und 20/5364 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen, zunächst zum CDU-Antrag aus der Drucksache 20/5255.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/5364.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf, Drucksache 20/5268, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Off-Kultur ermöglichen – Soul-Kitchen-Halle retten!

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:  
Off-Kultur ermöglichen – Soul-Kitchen-Halle retten!  
– Drs 20/5268 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch, Sie haben es.

**Christa Goetsch GRÜNE:** Je später der Abend, umso schöner die Themen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Damit der Soul in Wilhelmsburg nicht verstummt, sollten die verantwortlichen Behörden den Betreibern eine Chance geben. Das stammt nicht von mir, sondern von Fatih Akin. Ich kann dem nur voll und ganz zustimmen, dass dies so passieren sollte, und da bin ich nicht allein. Das "Hamburger Abendblatt" hat letzte Woche die Top Ten der beliebtesten Bauten in Hamburg veröffentlicht, und interessanterweise schafft es die Soul-Kitchen-Halle unter die Top Ten bei insgesamt 20 000 abgegebenen Stimmen. Das ist ein klarer Beweis, dass das nicht nur eine Schnapsidee von uns oder ein paar wenigen ist, sondern dass die Soul-Kitchen-Halle im Bewusstsein der Hamburgerinnen und Hamburger und auch der Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen gut verankert ist. Im Übrigen zeigt es auch, dass die Hamburger und Hamburgerinnen es irgendwie leid sind, dass der Denkmalschutz wenig Beachtung erfährt, denn die meisten Gebäude, die unter den Top Ten genannt werden, sind als Denkmäler erkannt, aber von Abriss oder Umbau bedroht. Am Rande möchte ich noch sagen, dass es Zeit wird, das ipsa-lege-Prinzip endlich einzuführen.

Aber zurück zur Soul-Kitchen-Halle in Wilhelmsburg, die ein besonders einzigartiges Beispiel ist, wie einfach Förderung von Off-Kultur und Kreativwirtschaft sein kann. Eine leerstehende Lagerhalle, für die keine Nutzung vorgesehen ist, wird für einen kleinen Betrag an Kulturschaffende vermietet. Im Ergebnis ist ein weit sichtbares Haus für Kultur entstanden mit über 250 Veranstaltungen und mit über 20 000 Besucherinnen und Besuchern. Was will man eigentlich mehr? Die Soul-Kitchen-Halle ist Theaterwerkstatt, Galerie und Probenraum, sie wird als Tanzsaal genutzt, und sie wird sogar von Jugendhilfeeinrichtungen wie Gangway für Gewaltpräventionsprogramme genutzt. Es besteht also eine vielfältige Nutzung, und

**(Christa Goetsch)**

das ohne Betriebsmittelzuschüsse. Kulturelles Engagement kann man gar nicht besser fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die Halle ist ein Beispiel dafür, welche Strahlkraft entstehen kann, wenn kulturelle Freiräume sich auch entwickeln können, und zwar Bottom-up und nicht Top-down. Der gleichnamige Film von Fatih Akin hat nicht nur deutschlandweit, sondern auch international ein unheimlich tolles und lebendiges Hamburg gezeigt. Die Soul Kitchen hat als Kulisse absoluten Kultwert, und auch drei Jahre nach dem Film kommen immer noch zahlreiche Touristen nach Wilhelmsburg, um sich die Soul-Kitchen-Halle anzuschauen. Man braucht also kein teures Stadtmarketing oder keine Hamburg-WGs floppen zu lassen, man muss einfach auf Hamburgs kulturelle Schätze zurückgreifen und sich darauf konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Letztendlich ist das natürlich auch für Wilhelmsburg wichtig. Es verwirklicht mit einfachsten Mitteln das, wofür IBA und igs Millionenbeträge investieren. Es nimmt das Engagement der Künstler auf, vor allen Dingen auch der Einwohner und Einwohnerinnen. Sie können ihre Ideen umsetzen, und es schafft so auch Zusammenhalt und Identifikation vor Ort. Soul Kitchen macht für Wilhelmsburg eine Menge aus, auch gerade für junge Leute, und die Halle ist für das kulturelle Gesamtgefüge von Wilhelmsburg absolut zentral. Treiber für ein kreatives Milieu, heißt es so schön in der Drucksache zum Kreativwirtschaftsbericht, was sich hier alle zu Recht auf die Fahnen schreiben, auch der Senat. Aber wir haben immer noch das Problem, dass Nutzungen und auch Zwischennutzungen von Kulturschaffenden und Kreativen nicht von allen Teilen der Finanzbehörde erkannt worden sind und dass das wirklich eine Alternative zum Leerstand sein muss. Es bedarf weiterer Anstrengungen, die Bedeutung von kulturellen und kulturwirtschaftlichen Nutzungen herauszustellen, und wir sollten alles tun, damit dieser Ort weiter in einer kulturellen Nutzung verbleibt. Natürlich müssen die notwendigen Umbau-, Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Die IBA soll angeblich schon dafür bereitstehen, und gerade die IBA weiß den Nutzen von inspirierenden und experimentellen Freiräumen zu schätzen, um sie zu zitieren. Jetzt sind die Finanzbehörde und das Bezirksamt am Zug und müssen handeln.

Mir bleibt nichts anderes übrig als die Forderung, erstens den Betreibern bei der Beseitigung der Mängel Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen, zweitens die kulturelle Nutzung nicht nur bis zum Jahresende, sondern über 2013 hinaus fortzuführen und drittens den Soul in der Kitchen zu belassen, und dafür sollten wir streiten. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Dobusch, Sie hätten jetzt das Wort.

**Gabi Dobusch SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will das Wort gerne ergreifen, ich hatte nur kurz überlegt, ob ich es schaffe, dieses iPad mit nach vorne zu bringen, weil offenbar noch nicht bei allen angekommen ist, dass die Halle aktuell wieder geöffnet ist. Die Betreiber haben vor ein paar Stunden freudig verkündet, dass durch gemeinsames Anpacken all die Sicherheitsmängel, die noch einmal detailliert aufgelistet wurden und die es tatsächlich auch gab, beseitigt wurden und dass die Wiedereröffnung von Soul Kitchen am Sonntag gefeiert wird, allerdings nicht mit Soul. Dazu wurde mir eben noch gesagt, das gebe es da nicht so häufig, aber das macht nichts. Im Prinzip sind wir einer Meinung. "Soul Kitchen" ist ein wunderbarer Film mit einem wunderbaren Titel, und wie überall nachzulesen ist, wurde er bevorzugt an potenziell von Veränderung betroffenen Stellen in Wilhelmsburg gedreht, unter anderem auch in der alten Fabrikhalle der Zinnwerke, um die es heute geht.

Es geht hier nur um Ihren Antrag, aber ich rede auch gerne noch ein bisschen lauter. Es wird ja nachher auch dokumentiert.

(*Anja Hajduk GRÜNE:* Wir versuchen gerade, das noch zu präzisieren!)

Solche Orte, ehemalige Fabrikgebäude, Speicher aller Art, Hochwasserbassins und mehr, die sich für eine vorübergehende oder dauerhafte Umnutzung vor allem als Ort für Kreativnutzung im weitesten Sinne eignen, finden sich in der ganzen Stadt und mittlerweile eben nicht mehr nur zum Beispiel in Altona, sondern auch in Wilhelmsburg, auf der Veddel und südlich der Elbe. Das begrüßen, das fördern und das unterstützen wir ausdrücklich.

(*Dietrich Wersich CDU:* Und deshalb wird die Peute abgerissen!)

Wir hatten als SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode ausdrücklich moniert, dass die immobilienwirtschaftliche Entwicklung unter den CDUgeführten Senaten der letzten Jahre verstärkt dazu geführt hatte, dass die nicht so etablierten subkulturellen Nutzungen aus vielen Räumen und Quartieren verdrängt wurden, was übrigens mit einem Verlust an urbaner Vielfalt und kultureller Verarmung einhergegangen ist. Nun heißt das im Umkehrschluss aus unserer Sicht allerdings nicht, dass jede Zwischennutzung automatisch in eine Dauereinrichtung und Verstetigung samt Sanierungsmaßnahmen, Denkmalschutz und so weiter übergehen muss. Wir haben das bisweilen geför-

**(Gabi Dobusch)**

dert, ich erinnere gerne an das Gängeviertel oder an die Viktoria-Kaserne,

*(Antje Möller GRÜNE: Aber sagen Sie mal was zum aktuellen Antrag!)*

aber in jedem Fall muss es natürlich nicht stattfinden. Ganz abgesehen davon, dass der Charme mancher Einrichtung genau im provisorischen Charakter liegt, gibt es auch immer wieder Gründe jenseits von Flächenverwertungslogik, die für eine temporäre Nutzung im eigentlichen Sinne, also eine zeitlich begrenzte Nutzung, oder sogar für ein Ende dieser Nutzung sprechen.

*(Jens Kerstan GRÜNE: Zum Thema!)*

– Ich rede die ganze Zeit zum Thema, Sie müssen nur genauer hinhören.

Im Falle von Soul Kitchen war zuletzt eine Duldung bis Ende 2012 vorgesehen, allerdings immer gekoppelt mit den entsprechenden Hinweisen auf notwendige Genehmigungen für Veranstaltungen, mit Hinweisen auf die Einhaltung erforderlicher Auflagen und mit Hinweis auf die Dringlichkeit derselben. Soweit mir bekannt ist, mangelte es hier weder an Gesprächsbereitschaft noch an Kompromissbereitschaft noch an wohlwollenden Überlegungen zu Alternativen in vielfacher Hinsicht vonseiten des Bezirks und der Stadt. Gestern hat erst wieder eine Begehung, ein Ortstermin stattgefunden, offenbar dieses Mal ausnahmsweise mit dem Betreiber, denn – da sind wir schon gegensätzlicher Meinung – nicht die IBA oder die Stadt sind verantwortlich für bestimmte Gegebenheiten vor Ort, sondern der Betreiber, der sich darum kümmern müsste und zumindest gefordert ist, dann auch einmal zu erscheinen.

Im Moment, das habe ich schon am Anfang verkündet, ist die ganze Sache zu einem guten Ende gekommen. Am Wochenende wird die Wiedereröffnung gefeiert. Die Ad-hoc-Maßnahmen, die zur Beseitigung der gravierenden baulichen und brandschutztechnischen Mängel gefordert worden waren und die dann auch ergriffen wurden, waren glücklicherweise erfolgreich, denn Off-Kultur ist das eine, Sicherheit der Besucherinnen und Besucher und eine gewisse Verlässlichkeit der Betreiber ist dann doch das andere ebenso Wichtige.

Wir sind durchaus der Auffassung, dass eine Stadt wie Hamburg niedrigschwellige Raumangebote machen muss, die genug Freiraum für Eigendynamik und offene Aneignungsprozesse bieten. Die Zukunftsperspektive der Soul Kitchen sollten wir aber zumindest längerfristig auch einmal losgelöst vom Standort Zinnwerke debattieren, denn unter Umständen sind das zwei Paar Schuhe. Wir stimmen daher erst einmal einer Überweisung an den Kulturausschuss zu. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Wankum, Sie haben das Wort.

**Andreas C. Wankum** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf die Gefahr hin, dass ich das wiederhole, was Sie gesagt haben, aber das war so schnell, dass ich nicht so richtig verstanden habe, was Sie gerade gesagt haben.

*(Dr. Martin Schäfer SPD: War's zu schnell?)*

– Das war zu schnell für mich.

Morgen Abend werden einige von uns, die in der Kulturpolitik engagiert sind, wieder das Vergnügen haben, bei der Hamburger Filmfest-Eröffnung dabei zu sein, außer denjenigen, die im PUA sitzen, Frau Dr. Gümbel, wir beide zum Beispiel. Ich persönlich erinnere mich sehr gerne zurück an 2009, als "Soul Kitchen" der Eröffnungsfilm war. In der Tat hat dieser Film gezeigt, was ein Film, der das Thema Off-Kultur zum Thema hat, bewirken kann, auch in finanzieller Hinsicht. Wir führen oft mit den traditionellen Wirtschaftsleuten die Diskussion, was Kreativwirtschaft bringe, ob das überhaupt Steuern einbringe oder ob man da nicht nur Geld hineinstecke. Dieser Film, und insofern ist er ein Symbol, zeigt, dass es in der Tat etwas bringen kann. Er hat auch für den Sprung über die Elbe sehr viel getan. Ich persönlich finde Wilhelmsburg seit vielen Jahren interessant, und Wilhelmsburg kann, wenn wir es richtig machen, das werden. Es erinnert mich an Ottensen vor 30, 40 Jahren und daran, was dort passiert ist, nämlich die Erneuerung eines Stadtteils ohne Vertreibung des Alten.

Aber ich bin der Meinung, dass Kreativwirtschaft heißt, kreativ zu sein, und das heißt auch, flexibel zu sein. Ich finde es gut, dass wir dieses Thema im Ausschuss beraten werden, denn wir neigen in Deutschland bei diesen Themen immer dazu, Dinge zu lange zu verstetigen und zu institutionalisieren. Die Finanzbehörde sollte hier über ihren Schatten springen, um zumindest für die Dauer der IBA und der igs etwas dafür zu tun, dass die Soul Kitchen als Veranstaltungsort erhalten bleibt. Ich finde es auch gut, dass wir einen Betreiber haben, der nicht nur nach Geldern ruft, sondern auch selbst etwas tut. Es ist also Kreativwirtschaft at its best, aber es muss nicht auf Dauer sein, weil es in einigen Jahren vielleicht viel kreativer ist, woanders hinzugehen. Das sollten wir im Ausschuss diskutieren. In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen und bedanke mich.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Suding, Sie haben das Wort.

**Katja Suding** FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dass die Soul Kitchen als ein Ort gelebter nichtkommerzieller Kultur ohne soziale

**(Katja Suding)**

und finanzielle Zugangsbarrieren, bundesweit bekannt geworden und geschätzt, den Betrieb kurzfristig einstellen musste, ist sehr bedauerlich. Dass das zuständige Bezirksamt Hamburg-Mitte seinen Aufsichtspflichten aber nachkommen und für die Sicherheit der Gäste, Mitarbeiter und Künstler sorgen musste, ist nachvollziehbar und richtig, wenn es auch in diesem Fall zu einer eher misslichen Situation geführt hat, die, wenn man den Quellen von Frau Dobusch Glauben schenken kann, dann auch bald ein Ende hat.

Gleich vorab: Die FDP-Fraktion wird das Überweisungsbegehren der SPD unterstützen, wenn auch wahrscheinlich aus anderen Motiven heraus. Wir wollen das Problem im Ausschuss nicht aussitzen, sondern ganz grundsätzlich angehen. Die Situation der Soul Kitchen ist nämlich sinnbildhaft für die aktuelle Kulturpolitik in Hamburg. Während die großen staatlichen Einrichtungen wie das Schauspielhaus zumindest mit einem finanziellen Aufwuchs im kommenden Jahr rechnen können, bleibt für die freie Szene, die Off-Kultur und die kleinen Projekte nichts übrig. Die Mittel der Projekte, die überhaupt gefördert werden, werden im kommenden Jahr schlicht fortgeschrieben. Eine Anpassung an Inflation oder an steigende Tarife ist nicht vorgesehen. Und Projekte wie die Soul Kitchen, die seit Jahren rein ehrenamtlich funktionieren und ohne laufende finanzielle Unterstützung der Stadt auskommen, bleiben bei den Planungen der Stadt ohnehin außen vor.

Meine Damen und Herren! Das muss auch gar nicht schlimm sein, mir geht es an dieser Stelle nicht darum, regelmäßige und kontinuierliche Zuschüsse für Projekte wie die Soul-Kitchen-Halle zu fordern. Vielmehr sollten wir gemeinsam überlegen, welche Möglichkeiten wir schaffen können, um Vorsorge zu betreiben, damit Situationen wie jetzt bei der Soul-Kitchen-Halle schnell und unkompliziert gelöst werden können. Aber damit ist es natürlich nicht getan. Hamburg wird es auf Dauer schwer haben, den Status einer Kulturmetropole zu verteidigen, wenn der Fokus der öffentlichen Hand sich immer stärker auf die großen staatlichen Häuser richtet.

(Beifall bei der FDP)

Leider lässt da auch die Zukunft nichts Gutes erwarten. Die Diskussion um die Verwendung der Mittel der Kulturtaxe ist bereits in vollem Gange, und schon heute ist klar, dass es reichlich Enttäuschungen am Ende des Prozesses geben wird. Einen Vorgeschmack darauf haben wir bereits in den Haushaltsberatungen erlebt, denn es ist absehbar, dass auch die Einnahmen der Kulturtaxe nicht für eine lebendige Off-Kultur in Hamburg verwendet werden.

Wir werden diesen Antrag im Kulturausschuss diskutieren. Ich hoffe, dass uns das noch vor Abschluss der Haushaltsberatungen gelingt. Dabei

sollte es auch nicht nur um die Situation der Soul Kitchen alleine gehen, denn die ist sinnbildhaft für die Situation vieler anderer Einrichtungen und Projekte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Suding, ich freue mich, dass ich Ihnen endlich zustimmen kann. Was Sie eben gesagt haben, hat meine volle Unterstützung.

(Beifall bei der FDP und bei *Roland Heintze CDU*)

Soul Kitchen ist meiner Meinung nach ein Zeichen dafür, wie kraftvoll Kultur in dieser Stadt ist, und zwar auch Kultur, die eben nicht öffentlich bezuschusst wird. Mit welcher Kraft dort etwas Neues aufgebaut worden ist und wie es dort praktisch gelebt wird, hat mir die wenigen Male, die ich bisher da sein konnte, fast besser gefallen als der Film. Dementsprechend ist es ein kräftiges Lob an diese Institution, die in der Lage war, gut agieren zu können. Ich freue mich darüber, dass es jetzt scheinbar eine gewisse Lösung gegeben hat. Ich musste auch bestimmte Sachen zwischen den Zeilen lesen. Am Sonntag ist also Neueröffnung, aber es wirkt fast so, als wenn es erst einmal nur bis zum Ende des Jahres hält.

(*Gabi Dobusch SPD:* So lange laufen die Verträge!)

Wie es dann wirklich sein wird, müssen wir natürlich sehen. Es reicht also noch nicht, die Sektflaschen zu öffnen, dazu müssten wir noch ein bisschen mehr erreichen. Ich freue mich aber, dass solch ein Antrag und solch eine Debatte in der Bürgerschaft in der Lage sind, bei bestimmten Sachen, die manchmal so langsam und schwer vorangehen, ein bisschen mehr Druck zu erzeugen und dementsprechend dann auch erfolgreich zu sein. Das als Lob zu dem, was Christa Goetsch hier gesagt hat.

Christa Goetsch hat die wesentlichen Sachen dargestellt, die es in der Soul-Kitchen-Halle an kräftiger Kultur gegeben hat. Mir wird in dem Antrag der GRÜNEN die IBA ein bisschen zu sehr hochgelobt, denn Soul Kitchen hat unabhängig von diesen Aktivitäten und dem vielen Geld, das dort hineingeflossen ist, gezeigt, dass Kultur existieren und auch lebendig sein kann, ohne immer diese Prestigemomente und internationale Konkurrenzfähigkeit im Auge zu haben. Das setzt aber voraus, dass wir an einer Stelle durchaus einmal kritisch gucken müssen. Wir haben gestern im Haushaltsausschuss besprochen, wie die Stadt mit ihren Immobilien umgeht. Dieses Gebäude ist im Besitz der

**(Norbert Hackbusch)**

SpriAG, das heißt eines städtischen Unternehmens. Es hat schon eine ganze Zeitlang vorher leer gestanden, und von der SpriAG kam nicht die Idee, es vielleicht für kreative Sachen zu nutzen. Auf die Idee mussten die Betreiber selbst kommen und die dort dann in gewisser Weise kräftig unterstützen. Wir selbst haben im Haushaltsausschuss beschlossen, dass wir uns in einem halben Jahr zumindest einmal ansehen werden, inwieweit städtische Gelände und Gebäude, die gegenwärtig leer stehen, nicht für solche Sachen stärker genutzt werden können. Ich halte es für einen Skandal, wenn städtische Gebäude praktisch jahrelang leer stehen. Das ist zu verändern und wenn es viele Soul Kitchens in dieser Stadt gäbe, nicht nur in Wilhelmsburg, sondern vielleicht auch in Harburg, würde mich das sehr freuen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/5268 an den Kulturausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf, Drucksache 20/5250, Antrag der FDP-Fraktion: Einführung einer nachhaltigen Risikoversicherung für steigende Kreditmarktzinsen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Einführung einer nachhaltigen Risikoversicherung  
für steigende Kreditmarktzinsen  
– Drs 20/5250 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/5365 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Kreditzinsen – nicht benötigte Ausgabeansätze  
verfallen lassen, Neuverschuldung absenken  
– Drs 20/5365 –]**

Die FDP-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Bläsing, Sie haben es.

**Robert Bläsing FDP:** Sehr verehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Ihnen und der Stadt versprochen, eine konstruktive Opposition zu sein und mit klugen Ideen und guten Argumenten Hamburg zukunftsfest zu machen.

(*Jan Quast SPD:* Wann fangen Sie an?)

Das ist unser Motto, wie Sie heute auch schon mehrfach erleben konnten.

(Beifall bei *Katja Suding FDP*)

Dreh- und Angelpunkt dafür ist eine nachhaltige Haushaltspolitik. Nur wenn es uns als Parlament gelingt, Hamburgs Haushalt auf ein solides Fundament zu stellen, werden künftige Generationen in dieser Stadt eine gute Zukunft haben. Der Herr Finanzsenator hat es so formuliert: Haushalte werden nicht in schlechten, sondern in guten Zeiten ruiniert. Der Finanzsenator, das muss ich an der Stelle sagen, hat recht, und wir sollten uns bewusst machen, was das konkret heißt. Die Zeiten sind derzeit gut, und wir als Parlament stehen in der Verantwortung, den Haushalt jetzt nachhaltig zu sanieren. Eine sehr robuste Konjunktur verschafft uns in diesem Jahr erneut Steuermehreinnahmen in Millionenhöhe, und die Zinsen sind so niedrig wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg bedeuten die historisch niedrigen Zinsen Einsparungen in Millionenhöhe. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um einen dauerhaften Zustand, wie der Zusatzantrag der CDU suggerieren möchte. Wir reden hier von einer langfristigen Herausforderung, der man nur mit nachhaltigem Ansatz begegnen kann. Schon der Landesrechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2012 darauf hingewiesen, dass eine Steigerung des Zinssatzes um lediglich 1 Prozent langfristige Mehrausgaben von 280 Millionen Euro bedeuten. Wegen des aktuell niedrigen Zinsniveaus wird es künftig also nur noch nach oben gehen können, das ist bedauerlicherweise so. Zu den Auswirkungen steigender Zinsen hat der Senat in der Drucksache 20/1474 eine Beispielrechnung angestellt. Normalerweise antwortet der Senat nicht auf hypothetische Fragen, aber in diesem Fall, es ist zwar schon eine Weile her, hat er dankenswerterweise eine Ausnahme gemacht. Bei einem Anstieg der Zinsen um bis zu 3 Prozent auf circa 4,5 bis 5 Prozent belastet dies den Haushalt zusätzlich mit einer knappen Milliarde Euro. Dieses Szenario ist alles andere als unrealistisch, denn schon 1999 lagen die Refinanzierungssätze ungefähr auf diesem Niveau. Daher gilt es jetzt, Vorsorge zu treffen. Diese Mehrausgaben lassen sich nicht einfach so aus dem laufenden Haushalt, geschweige denn aus irgendwelchen Rücklagen finanzieren. Außerdem schreibt uns die Verfassung direkt oder auch indirekt vor. In der Übergangsvorschrift heißt es eindeutig, dass das strukturelle Defizit kontinuierlich und gleichmäßig abgebaut werden muss; wir hatten das Thema in den letzten Monaten. Wir schlagen Ihnen daher heute vor, nicht ausgeschöpfte Zinsausgaben einer Rücklage zuzuführen und diese zukünftig zur Finanzierung von steigenden Kreditmarktzinsen zu verwenden. Unser Vorschlag hat drei Vorteile.

**(Robert Bläsing)**

Erstens: Er macht die Abweichungen von den geplanten Ausgaben für Kreditmarktzinsen transparent.

Zweitens: Er verhindert, dass die nicht ausgegebenen Mittel an anderer Stelle zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern oder gar zur Finanzierung dauerhafter Ausgaben verwendet werden.

Drittens: Er macht es möglich, die Ausgabenstruktur zu glätten, sodass steigende Zinsen das strukturelle Defizit nicht massiv erhöhen.

In der Vergangenheit wurde dies anders gehandhabt. Stiegen die Zinsen, so mussten mehr Kredite aufgenommen werden, da keine Vorsorge getroffen worden war. Fielen allerdings die Ausgaben für Kreditmarktzinsen, so wurde nicht etwa die Nettokreditaufnahme im gleichen Umfang reduziert, sondern es wurden Konsolidierungsbemühungen eher zurückgefahren und zusätzliche Ausgaben finanziert, wie wir das jetzt zum Beispiel bei den kostenlosen Kita-Mittagessen sehen können. So viel also zu den Worten des Finanzsenators, dass der Haushalt in guten Zeiten ruiniert würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden über eine relevante Größenordnung. Im Vergleich zum schwarz-grünen Haushaltsplan-Entwurf für 2011/2012 hat der jetzige Senat den Ansatz 2012 für Kreditmarktzinsen von ursprünglich 882 Millionen Euro um 67 Millionen Euro auf 815 Millionen Euro abgesenkt. Im Haushaltsverlauf 2012 zeigt sich nun, dass trotz der überproportionalen Fälligkeiten im ersten Quartal die Zinsausgaben und die Ausgaben für Zinssicherungsgeschäfte um weitere 12 Millionen Euro niedriger ausfallen als derzeit geplant. Selbst wenn man annimmt, dass im ersten Halbjahr 2012 circa 55 Prozent der Gesamtausgaben für Kreditmarktzinsen geleistet werden, würde man auf eine Ersparnis von über 110 Millionen Euro gegenüber der aktuellen Planung kommen. In Summe macht das circa 180 Millionen Euro aus, die wir im Vergleich zum ersten Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 weniger für Zinsen ausgeben müssen.

An diesem Beispiel erkennen Sie, wie schnell sich Pläne überholen und wie unsicher die Entwicklung der Zinssätze ist. Lassen Sie uns wie ein umsichtiger Kaufmann Vorsorge treffen, den Antrag an den Haushaltsausschuss überweisen und anschließend dort diskutieren und gegebenenfalls dann verabschieden. Wir haben im Haushaltsausschuss natürlich viele Themen im Themen-Speicher, das kann der Ausschussvorsitzende bestätigen. Allerdings haben wir auch schon die Selbstbefassung zu Kreditmarktzinsen auf der Tagesordnung, und dann wäre es vielleicht gut, wenn Sie sich einen kleinen Ruck geben – ein kleines Ruckeln reicht vielleicht an der Stelle, Herr Quast – und den Antrag einfach überweisen, damit wir dies zumindest an einem Beispiel diskutieren können und schauen

können, ob das nicht eine gute Lösung an der Stelle wäre. Deswegen bitten wir Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Quast, Sie haben das Wort.

**Jan Quast SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bläsing, ich wünschte, wir hätten gestern die halbe Stunde noch angehängt und das Thema Selbstbefassung Kreditmanagement behandelt, dann hätten wir uns möglicherweise diese Debatte heute gespart.

(Dirk Kienscherf SPD: Richtig!)

Denn leider ist es doch nicht so, dass Sie Ihrem anfangs formulierten Anspruch auf kluge Oppositionspolitik nachkommen, wenn Sie diesen Antrag vorlegen. Dieser Antrag ist nämlich nicht nur inhaltlich nicht hilfreich, sondern Sie widersprechen damit Ihrer bislang selbst vorgestellten Politik, die darauf hinauslaufen sollte, möglichst früh wenig zusätzliche Schulden zu machen. Das wird aber mit diesem Antrag nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und bei Roland Heintze CDU)

Sie müssen sich keine Sorgen um den Weg der Haushaltskonsolidierung machen, um auf diesen Einwand noch einzugehen. Wir haben einen sehr klaren Kurs eingeschlagen mit einer strikten Begrenzung des Ausgabenanstiegs, und das lässt sich in dem Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 auch nachlesen. Nachlesen lässt sich in dem Haushaltsplan-Entwurf aber auch, dass wir Vorsorge treffen, indem wir einen vorsichtigen Anstieg des Zinsniveaus am Kreditmarkt für die kommenden Jahre durchaus eingeplant haben, allerdings auf Basis von realistischen Prognosen. Insofern ist eine Vorsorge auch getroffen, falls Zinsen tatsächlich ansteigen sollten.

Dabei wird es aber nie dieses Volumen, das Sie heute in Ihrer Presseerklärung benannt haben, von 250 Millionen Euro pro Jahr ausmachen, wenn die Zinsen um 1 Prozent ansteigen sollten, denn tatsächlich wird immer nur ein Bruchteil des Portefeuilles umgeschichtet und refinanziert.

(Katja Suding FDP: Langfristig! Sie denken nur kurzfristig, Herr Quast!)

Was Sie an die Wand malen, zeugt davon, dass Sie sich mit dem Thema nicht ausreichend befasst haben.

Ich möchte Ihnen einmal darlegen, was es eigentlich tatsächlich hieße, wenn wir so vorgehen würden, wie Sie das in Ihrem Antrag beschrieben haben. Sie wollen, dass die Zinsbelastung im Haushaltsplan-Entwurf anhand der Abzinsungssätze gemäß Paragraf 253 Absatz 2 HGB veranschlagt

**(Jan Quast)**

wird. Soweit die tatsächliche Zinsentwicklung – das wird ein bisschen technisch, tut mir leid, aber ich habe die Sache nicht eingebracht – unterhalb des entsprechend geplanten Niveaus liegen sollte, soll die Differenz in eine Rücklage eingebracht werden. Was heißt das nun? Der genannte Zinssatz, den die Bundesbank vorgibt, bewegt sich bei ungefähr 4,5 Prozent. Würden wir diesen Wert bei der Haushaltsplanung anlegen, müsste Hamburg 2013 oder 2014 jeweils fast 1,2 Milliarden Euro für Zinszahlungen im Haushaltsplan zum nächsten Mal vorsehen, unabhängig davon, ob das realistisch ist. Das heißt, gut 10 Prozent der Gesamtausgaben müssten nur für Zinsen eingeplant werden.

Der Senat rechnet nun aufgrund der Erfahrungen und realistischer Prognosen mit Zinsausgaben in den nächsten Jahren von ungefähr 920 bis 940 Millionen Euro. Das heißt also, Ihr Modell führt dazu, dass wir gegenüber den realistischen, auch dem Vorsichtsprinzip unterliegenden Planungen des Senats ungefähr 250 Millionen Euro höhere Zinsausgaben einplanen müssten, Mittel, die wir dort nicht brauchen, die aber in anderen Bereichen dann fehlen würden. Wenn wir unser Konzept verfolgen, das Sie im Grunde teilen, nämlich die Ausgabenanstiege zu begrenzen, dann müssten wir die 250 Millionen Euro an anderer Stelle zusammenstreichen. Wenn das Ihr Ziel ist – wir wollen das nicht. Wir machen eine vernünftige Haushaltskonsolidierung, die berücksichtigt, welche Belange diese Stadt hat.

Das ist aber noch nicht alles. Die 250 Millionen Euro, die wir zu viel an Zinsen einplanen würden nach Ihrem Modell, müssten doch kreditfinanziert werden. Das heißt, wir müssten höhere Schulden machen, um eine Rücklage zu bilden, in die Sie 250 Millionen Euro im Jahr einstellen wollen, ohne dass es dafür einen Bedarf gibt. Ich glaube, damit überholen Sie sich in der Haushaltspolitik selbst und zeigen, wie absurd Ihr Vorschlag ist.

(Beifall bei der SPD)

Um noch einmal deutlich zu machen, wie wenig sinnvoll das ist, muss man sich vor Augen führen, dass man die Zinsentwicklung am Kreditmarkt auch nicht isoliert betrachten und als Risikofaktor für künftige Haushalte ausweisen kann. Die wirtschaftliche Entwicklung nämlich, die den Haushalt über steigende Zinsen belasten kann, führt auch zu gegenteiligen Effekten an anderer Stelle im Haushalt, wie die Wirtschaftsexperten aus Ihrer Fraktion sicherlich noch einmal darlegen können.

So hängen hohe Zinsen oft mit hohen Inflationsraten zusammen, die zu steigenden nominalen Steuereinnahmen führen. Das heißt, es gibt an anderer Stelle einen Ausgleich. Steigende Zinsen führen außerdem zu höheren Abzinsungssätzen für Pensionsrückstellungen und damit zu niedrigeren Zuführungen zu diesen Rückstellungspositionen, was sehr relevant ist, wenn der Haushalt

komplett doppisch geführt wird. Das Thema Pensionsrückstellungen führen Sie ja auch immer wieder an. Dann müssen Sie aber auch die Mechanismen sehen. Das heißt, eine isolierte Betrachtung des Kreditmarktzinsniveaus hilft überhaupt nicht weiter, sondern verleitet zu irreführenden Annahmen.

Die Finanzbehörde hat ein gut erarbeitetes Kreditmanagement, das konnten wir gestern in ersten Auszügen schon wahrnehmen. Wir werden das im Haushaltsausschuss noch einmal besprechen. Dort können Sie dann auch Ihre Idee noch einmal bewerten lassen. Eine Überweisung Ihres Antrags ist jedoch nicht sinnvoll, denn Ihr Antrag greift fachlich zu kurz und ist in der Sache unnötig; daher lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Heintze, Sie haben das Wort.

**Roland Heintze CDU:\*** Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Dass das Kreditbankmanagement ein wichtiges Thema ist, ist unbestritten, und dass wir in der Stadt viele Menschen in der Finanzbehörde haben, die das sehr gut machen, ist aus Sicht der CDU-Fraktion auch unbestritten. Wir würden uns gelegentlich etwas mehr Transparenz und das eine oder andere Instrument weniger wünschen; das hat aber erst einmal mit dem FDP-Antrag an dieser Stelle nichts zu tun.

Was allerdings mit dem FDP-Antrag schon einiges zu tun hat, und dazu hat Herr Quast schon viel Richtiges gesagt, ist ein Aspekt, den ich kritisch sehe. Ich glaube nicht, dass wir im Haushalt Parkplätze in Form von Rücklagen für alles Mögliche schaffen müssen, und das gilt insbesondere nicht für Parkplätze für mögliche höhere Zinsen, die da kommen mögen, weil genau das im Gegensatz zu Pensionslasten am allerwenigsten zu kalkulieren ist, auch wenn Sie in Ihrem Antrag etwas anderes suggerieren. Von daher lehnen wir grundsätzlich einen Parkplatz für zu erwartende Zinssteigerungen, in welcher Größe auch immer, ab.

Was in diesem Punkt aber auch wichtig ist: Wenn ich einen solchen Parkplatz schaffe, dann bekomme ich den doch nicht umsonst. Das bedeutet also, für mögliche steigende Zinsen einen Parkplatz in der Rücklage zu bilden. Hier bekommen wir vielleicht 1 Prozent Verzinsung, dafür zahlen wir dann aber wieder Zinsen, weil wir das Geld zurücklegen, anstatt es, wie die CDU es vorschlägt, im Haushaltsansatz verfallen zu lassen. Das Geld muss nämlich irgendwo aufgenommen werden. Es ist doch nicht so, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt hätten und keine Schulden. Deswegen finde ich dieses Instrument, das Sie vorschlagen, Herr Blasing, in Zeiten von Haushaltsdefiziten ex-

**(Roland Heintze)**

trem kontraproduktiv, weil es nur dazu führt, dass wir Zinsen für Dinge zahlen, die wir an anderer Stelle nicht klar kalkulieren können, auch wenn Sie versuchen, das in Ihrem Antrag zu suggerieren. Wer sich die Zinsentwicklung seit 2001 anschaut, der sieht, dass sie von etwa 7 Prozent auf heute 2 Prozent gesunken ist. Wenn man sich überlegt, was zwischenzeitlich schon alles prognostiziert wurde, wie sich die Lage am Zinsmarkt entwickle, dann frage ich mich, welches Volumen heute Ihre Rücklage hätte und wie viele Zinsen wir dafür bezahlen würden. Das halte ich für ein grundfalsches Instrument, um dieser Herausforderung zu begegnen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Mathias Petersen* und *Karin Timmermann*, beide SPD)

Was wir richtig finden – deswegen unser Zusatzantrag –, ist die Transparenz; Ihrem Punkt 1 können wir gern zustimmen. Der Senat plant schon ganz gut an dieser Stelle. Er plant durchaus mit Zinssätzen zwischen 4 Prozent für 2011/2012 und 3,5 beziehungsweise 3,8 Prozent für 2013/2014. Er hat aber in den letzten Jahren immer nur zwischen 2 bis 3 Prozent Zinsen bezahlt, da wurde also schon Geld eingespart. Wir würden es sehr gut finden, wenn man konsequent wäre und keine Parkplätze dafür bildete, sondern einfach sagt, das, was wir einsparen, wird nicht irgendwo deckungsfähig oder geht in irgendeine Rücklage, sondern verfällt schlicht. Das bedeutet, man kommt gar nicht erst auf die Idee, an dieser Stelle höhere Ausgaben zu schaffen, sondern man ist deutlich konsequenter, indem man Geld, das man nicht braucht, zurückgibt. Ich bin nach wie vor der Meinung – ebenso die CDU-Fraktion, durchaus auch mit Blick auf die eigene Regierungszeit –, dass das, was wir heute an Rücklagen in dieser Stadt haben, für Klarheit und Wahrheit im Haushalt eine deutlich zu hohe Rücklage ist. Von daher setzen wir uns auch für deren Abschmelzung ein und nicht für neue Kreditermächtigungen.

Fazit der CDU: Dieser Antrag und das vorgeschlagene Instrument sind aus unserer Sicht für den städtischen Haushalt völlig ungeeignet. Es führt zu Mehrbelastungen, statt einen klaren Schnitt zu machen, und zu Minderbelastungen. Vorsorge ist im Haushalt getroffen. Wenn Sie einmal hineinschauen, Herr Bläsing, so haben die Zinstitel alle Deckungsfähigkeiten, auch mit der bestehenden Rücklage, die ungefähr noch bei 1 Milliarde Euro liegt. Es ist also keine Gefahr in Verzug. Von daher sagen wir: entweder konsequent keine Parkplätze schaffen und die Ermächtigungen streichen, das haben wir beantragt, oder den Antrag der FDP ablehnen. Das würden wir dann tun, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

**Anja Hajduk GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Risikoversicherung für steigende Kreditmarktzinsen ist schon ein wichtiges Thema, wenn man einmal betrachtet, wie hoch die Zinsen anteilig an unserem Haushalt sind. Das ist natürlich mit den 815 Millionen Euro in 2012 oder den 900 Millionen Euro in 2013 eine erhebliche Summe. Es ist auch ein ausgesprochen aktuelles Thema, wenn wir darüber nachdenken, wie sich die Zinsen entwickelt haben. Hier in Deutschland ist es positiv, für europäische Nachbarn jedoch äußerst negativ, und das löst bei uns auch enorme Handlungsbedarfe aus. Von daher finde ich die Auseinandersetzung im Haushaltsausschuss mit diesem Thema sehr wichtig.

Es ist deswegen auch wichtig, weil in diesem Thema eine neue Dynamik liegt. Ich habe es so verstanden, dass auch dieser Senat zum Beispiel mit Unterstützung, dass es zukünftig gemeinsame Anleihen geben soll von verschiedenen Bundesländern mit dem Bund. Auch das weist darauf hin, dass dieses ganze Thema, wie wir unsere Kredite und Anleihen managen und welche Optimierungen darin liegen, ein Thema ist, bei dem wir viel Kooperation brauchen und auch eine kritische Kontrolle durch uns im Parlament.

Ich spreche das an, weil unsere Fraktion vom Grundsatz her Themen, wie wir damit besser umgehen können, konstruktiv aufnehmen will und deswegen eine Überweisung an den Ausschuss durchaus vernünftig und gut gefunden hätte. Herr Quast hat sich aber sehr eindeutig geäußert, sodass, wenn wir über das Kreditmanagement Hamburgs noch weiter in Selbstbefassung sprechen, dort noch verschiedene Vorschläge und Fragen diskutiert werden können. Ich könnte mir vorstellen, dass wir das gar nicht unbedingt mit den Haushaltsberatungen abschließen müssen, denn die sind mehr als dicht gepackt. Aber mit Blick auf das Thema, das ich gerade ansprach, gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern und die höhere Expertise auch auf Bundesebene hier mit Managementsystemen zu begleiten, aber auch mit anderem Personal und Geld, könnte es für uns auch interessant sein, sich mit Experten auszutauschen.

Zum Antrag der FDP: Punkt 1 finden wir in jedem Fall beschlussfähig und gut. Bei den anderen Punkten habe auch ich meine Skepsis, nämlich ob es sinnvoll ist, eine solche Risikoversicherung als einen Extratitel einzuführen. Dazu haben meine beiden Vorredner von SPD und CDU einiges Kritische gesagt. Ich will nur ergänzen, dass auch die heutigen Möglichkeiten, zum Beispiel Geld anzulegen und dabei gute Anlagekonditionen zu finden, begrenzt sind. Ich hatte bei meinen Fragen gestern im Ausschuss den Eindruck, dass dies schon eine

**(Anja Hajduk)**

Frage ist, bei der man sich mit dieser Vorsorge begrenzen sollte und aufpassen muss, dass man hier nicht zu weit springt.

Umgekehrt finde ich allerdings auch den vermeintlich extrem engen Korridor, Herr Heintze, den ich aus Ihrem Antrag herauslese, aktuell schwierig. Wir haben im Moment eine Zinsentwicklung und deswegen auch eine möglichst nahe Veranschlagung, wenn ich mir den Haushalt 2012 ansehe, die die Zinsen weit niedriger kalkuliert, als wir es früher kalkulieren mussten. Grundsätzlich muss da immer eine gewisse Vorsorge mitlaufen. Wenn wir aus diesen niedrigen Zinssätzen von heute – unter 2 Prozent, wie wir gestern erfahren haben – ableiten, für die Jahre 2013/2014 bei Neukrediten nicht etwa mit 3,5 oder 3,8 Prozent, sondern vielleicht nur mit 2,2 oder 2,3 Prozent zu kalkulieren, dann hätte ich die Sorge, dass das nicht vorsorgend genug ist. Deswegen sind wir von dem Antrag nicht überzeugt. Ich gehe davon aus, wenn dieser Antrag nicht überwiesen wird, dass wir diese Fragen trotzdem im Haushaltsausschuss erörtern, und da gehört es auch hin. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

**Dora Heyenn DIE LINKE:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! DIE LINKE begrüßt die Initiative des Senats, bei der Kreditaufnahme ab 2013 Bund-Länder-Anleihen im Huckepackverfahren, sogenannte Deutschland-Anleihen, zuzulassen. Ein einheitlicher Zinssatz kommt nicht nur den finanzschwächeren, sondern allen Bundesländern zugute. Und da sich der Bund um 1 Prozent billiger als die Länder Geld leihen kann, wird das neue Verfahren den Hamburger Haushalt um circa 15 bis 20 Millionen Euro jährlich entlasten.

Im Sinne von Klarheit und Wahrheit und Transparenz stimmen wir dem ersten Punkt des FDP-Antrags zu; das war es dann aber auch schon. Punkt 2 bis 4 lehnen wir ab, und auch eine Überweisung an den Haushaltsausschuss lehnen wir ab. Die Zinsersparnis zur Verschärfung der Schuldenbremse einzusetzen, kommt für uns überhaupt nicht in die Tüte. Der Betrag könnte zum Beispiel dafür verwendet werden, den Inflationsausgleich und die Tarifsteigerungen in vollem Umfang zu leisten oder, anders ausgedrückt: Wenn die Zinsersparnis eingesetzt wird, um den Personalabbau im öffentlichen Dienst abzuschwächen, dann wäre das ein sinnvoller Beitrag, aber einen neuen Posten zu schaffen für eventuelle Zinssteigerungen lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/5250 und 20/5365 an den Haushaltsausschuss zu? –Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind beide Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wir beginnen mit dem CDU-Antrag aus Drucksache 20/5365.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. –Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/5250. Die CDU-Fraktion möchte diesen zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 beschließen? – Gegenprobe. –Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 abgelehnt.

Wer möchte sich den Ziffern 2 bis 4 anschließen? –Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese Ziffern abgelehnt.

Ich rufe Punkt 33 auf, Drucksache 20/5269 in ihrer Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: HSH Nordbank – Wer trägt das neue Geschäftsmodell?

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
HSH Nordbank – Wer trägt das neue Geschäftsmodell?  
– Drs 20/5269 (Neufassung) –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Hackbusch, Sie haben es.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das mit dem "Tschüss" war schon ernst gemeint.

Das Problem, vor dem wir stehen, ist, dass wir zu dieser späten Stunde noch ein richtig schwerwichtiges Thema auf den Tisch bekommen. Wir sind leider die Letzten, die etwas anmelden konnten, und dementsprechend kommt dieses Thema so spät. Aber ich kann Sie leider nicht damit verschonen.

Wir alle leiden ein wenig darunter, dass es lange Haushaltsausschusssitzungen gibt. Wir diskutieren gegenwärtig über Einnahmen von 10,4 Milliarden Euro und über Ausgaben von insgesamt 11,8 Milliarden Euro, und wir streiten uns angesichts dieser Summe über Kleinigkeiten, wo Kürzungen zu machen sind und wo nicht. Wir hatten eine große Debatte in der Bürgerschaft mit großen Gesten zur Schuldenbremse, erstaunlicherweise gerade von

**(Norbert Hackbusch)**

den Parteien mit Vehemenz vorgetragen, die die Schulden verursacht haben, aber sich selbst nicht mehr politisch so richtig über den Weg trauen und deswegen sagen, die Schuldenbremse sei absolut notwendig; das ist so ungefähr die Situation. Ich finde aber, dass diese Debatten angesichts dessen, was sich bei der HSH Nordbank zusammendrängt, fast erstaunlich sind.

Im Gegensatz zu dem, was viele Menschen in dieser Stadt wahrnehmen und was auch in der Bürgerschaft diskutiert wurde, hat uns die HSH Nordbank schon Etliches gekostet. Der Rechnungshof geht von 1,9 Milliarden Euro aus, die wir aufgrund der HSH Nordbank schon ertragen mussten. Das wird gegenwärtig noch hinter allgemeinen Schuldenbergen versteckt, aber es ist real zu bezahlen und angesichts von 10,4 Milliarden Euro schon eine riesige Summe. Das drohende Szenarium ist insgesamt, das wissen Sie vielleicht, ich will es aber sicherheitshalber trotzdem noch einmal sagen, sehr groß. Herr Tschentscher hat im Haushaltsausschuss gesagt, dass 90 Milliarden Euro – das Neunfache unseres Haushalts – an Risiko vorhanden seien für die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg.

Sehr konkret liegt immer noch eine Bürgerschaft in Höhe von 7 Milliarden Euro an, die sehr schnell gezogen werden kann in dem Augenblick, in dem sich die Situation verschlechtert. Die persönlich Verantwortlichen für dieses Desaster sind über alle Berge, wir bekommen sie nicht mehr richtig zu fassen. Es ist ein großes Problem der Politik, dass das nicht zu machen ist. Ich finde, dass eine gewisse politische Verantwortung bei einigen Parteien liegt, die sich hier befinden, und sie sollten es auch dementsprechend tragen. Aber die persönlich Verantwortlichen sind gegenwärtig nicht mehr zu fassen. Es ist ein großes Problem der Politik, wie man damit umgehen kann, denn dieses Desaster haben sie uns hinterlassen. Wir müssen also gut überlegen, wie wir mit zukünftigen Schwierigkeiten fertigwerden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich darf hoffentlich im Sinne des ganzen Hauses sagen, dass eine solche Entwicklung nicht noch einmal passieren darf, und zwar auch nicht noch einmal in der Form, in der es damals geschah. Wir hatten vorher überhaupt keine öffentliche Debatte darüber. Es wurden in großer Geschwindigkeit und mit enormem Zeitdruck Sanierungsmaßnahmen durchgezogen. Wenn man heute die Protokolle liest, muss man sich nur wundern, für welche Riesensummen man dort geradegestanden hat. Dementsprechend halte ich es für absolut notwendig, dass wir öffentlich darüber debattieren, welches die Probleme sind. Es sollte nicht nur versteckt in Ausschusssitzungen, die nicht öffentlich sind, debattiert werden, sondern man muss eine

öffentliche Debatte darüber führen, auch, um die Glaubwürdigkeit der Politik zu bewahren.

Warum spreche ich das jetzt an? Es gibt eine Veröffentlichung des zweiten Quartals der HSH Nordbank, und diese Veröffentlichung sieht eine dramatische Situation vor. Das Ergebnis zeigt, dass das, was eigentlich das neue Geschäftsmodell genannt wurde, bisher in keiner Weise greift, und zwar nicht nur bisher, denn die Situation wird eher härter im Zusammenhang mit der HSH Nordbank. Dieses Geschäftsmodell funktioniert nicht. Die Schwierigkeiten dieser Bank wachsen ständig.

Ein Kriterium dafür ist, dass dort die risikogewichtigen Aktiva ausgeworfen werden, die "Risk-Weighted Assets".

*(Jan Quast SPD: Das hätte auf Deutsch erreicht! – Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)*

Sie stiegen innerhalb eines halben Jahres um 30 Prozent auf 60 Milliarden Euro. 60 Milliarden Euro der Kreditsumme sind momentan kritisch, nach offiziellen Kriterien. Wir wissen alle, dass die HSH Nordbank im Zusammenhang mit dem Schifffahrtsbereich eher noch mehr Probleme zu schultern haben wird in der nächsten Zeit. Erstaunlicherweise weist das zweite Quartal sogar auf, dass im Gegensatz zu dem, was die EU vorgeschrieben hat, der Schifffahrtsbereich sogar angewachsen ist. Das ist eine völlig erstaunliche Entwicklung im Gegensatz zu dem, was die EU vorgeschrieben hat, nämlich dass in diesem Bereich die Zahlen sogar angestiegen sind. Das ist auch eine kritische Angelegenheit, die wir uns sehr genau anschauen müssen.

Eine erste Reaktion auf diese schlechten und dramatischen Zahlen ist, dass die Ratingagentur Fitch die Kreditwürdigkeit der Bank erneut heruntergestuft hat. Wir befürchten noch weitere Entwicklungen solcher Art. Diese Situation führt dazu, dass das normale Risikomanagement, das wir als Bürgerschaft dort haben, uns das alle Vierteljahr im Ausschuss anzuschauen, in dieser Situation, die sich meiner Meinung nach dramatisch zuspitzt hat, nicht mehr ausreicht. Wir müssen einerseits eine öffentliche Debatte darüber initiieren, und zwar in der Form, wie ich sie vorschlage, nämlich dass man eine Risikovorsorge dafür von der Stadt zurücklegt, damit man öffentlich darüber debattiert, welche Probleme dort existieren, und nicht damit agiert, was irgendwie überraschend in irgendeiner Form in den nächsten zwei bis fünf Wochen auf uns zukommt.

*(Jan Quast SPD: Wo wollen Sie es denn hernehmen, Herr Hackbusch?)*

Sie sagen doch immer so schön, dass der ordentliche Kaufmann Vorsorge leisten muss, weil er sonst nicht in der Lage wäre, diese Situation zu

**(Norbert Hackbusch)**

meistern. Außerdem ist die öffentliche Debatte darüber wichtig.

Zweitens haben wir große Zweifel, dass der gegenwärtige Vorstand der Bank in der Lage ist, diese kritische Situation zu meistern. Der Bericht von Q2 zeigt deutlich, dass es große Mängel gibt, und wir verlangen dementsprechend ein externes Monitoring.

*(Jan Quast SPD: Was sollen sie machen?)*

Wir möchten auch kritisch nachfragen, inwieweit die Begrenzung der Tantiemen, die von der EU gefordert wurde, auch wirklich eingehalten wird. Wir haben nur mitbekommen, dass die von uns eingeforderte schriftliche Bestätigung vom Vorstand bisher nicht vorgelegt worden ist. Also sind wir dort kritisch. Ich möchte Sie dazu auffordern, dass wir diesen Prozess nicht leidend erleben, sondern politisch aktiv organisierend. Das ist das Entscheidende, was wir von der Politik verlangen. Das ist eine große Bank, sie gehört im Wesentlichen uns, und die Belastungen und Bedrohungen sind riesig. Ich freue mich auf die Debatte.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Frau Rugbarth.

**Andrea Rugbarth SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die HSH Nordbank hat zur Sanierung im Prinzip drei Aufgaben zu erledigen. Das eine ist die Reduzierung der Bilanzsumme von ursprünglich einmal 208 Milliarden Euro auf 120 Milliarden, da ist sie gut dabei. Das Zweite, damit einhergehend, ist die Aufgabe von Geschäftsfeldern, insbesondere solchen, die dollarbasiert sind wie zum Beispiel Flugzeugfinanzierung oder auch ausländische Immobilienfinanzierung.

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Schifffahrt!)*

Auch hier ist sie gut dabei. Das Dritte, Sie haben es angesprochen, Herr Hackbusch, ist der Aufbau eines zukünftigen Kernbankmodells. Sie wissen auch, dass erst seit dem Abschluss des EU-Beihilfe-Verfahrens eine Rechtssicherheit darüber besteht, dass dieses Geschäftsmodell genehmigt, dass es bestätigt und abgeschlossen wurde, und das war im September letzten Jahres. Wie man bereits nach einem Jahr ein Geschäftsmodell verwerfen kann, weiß ich nicht, Herr Hackbusch.

*(Beifall bei der SPD)*

Das Geschäftsmodell der HSH Nordbank hat nicht ständig gewechselt, wie Sie uns in Ihrem Antrag glauben machen wollen. Von Anfang an war klar, dass die HSH Nordbank im Schifffahrtssegment bleibt, zusätzlich Energie und Infrastruktur, und im Unternehmensbereich den Fokus auf große mittelständische Unternehmen im norddeutschen Raum

legt. Diese Umstrukturierung in einem laufenden Geschäftsbetrieb stellt für sich genommen schon in Nicht-Krisenzeiten eine enorme Herausforderung dar und ist umso mehr eine Herkulesaufgabe in einer momentan erneut besonders heftigen Schifffahrtskrise und bei einem wechselnden Euro-Dollar-Währungskurs. Die HSH Nordbank ist einer der weltgrößten Schiffsfinanzierer. Davon auszugehen, dass das keine Auswirkungen auf die Bank haben wird, würde niemandem in diesem Haus einfallen. Insofern stimme ich Ihnen zu, dass sich die HSH Nordbank in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld befindet. Allerdings wird die Situation nicht dadurch entschärft, dass man eine monatliche Berichterstattung einfordert. Wir haben heute bereits ein transparentes Berichtswesen der HSH Nordbank. Im Ausschuss für Öffentliche Unternehmen erfolgt quartalsweise eine Berichterstattung des Vorstands und des HSH-Finanzfonds, Anstalt des öffentlichen Rechts. Die letzte Berichterstattung, Herr Hackbusch, erfolgte am 31. August in einer Sitzung, als DIE LINKE mit Abwesenheit glänzte.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Aha!)*

Dort wäre die richtige Stelle gewesen, um das zu debattieren, was Sie in Ihrem Antrag einfordern.

*(Beifall bei der SPD und bei Karin Prien CDU)*

Zur Erinnerung: Die quartalsbezogene Berichterstattung haben wir als Parlament 2009 durchgesetzt, nachdem wir vom damals schwarz-grünen Senat und dem Bankvorstand anhand nicht sonderlich aussagefähiger Folien zu einer damals alternativlos genannten Entscheidung genötigt wurden, ohne die entsprechenden Grundlagen zu kennen. Aus diesem Grund haben sich die Fraktionen der SPD, der CDU und der GAL seinerzeit in einem gemeinsamen Antrag darauf verständigt, dass es eine regelmäßige Information sowohl über die HSH Nordbank als auch den Finanzfonds geben muss, und zwar im Ausschuss Öffentliche Unternehmen und nicht im Haushaltsausschuss.

Ich frage mich bei Ihrer Forderung nach einer monatlichen Berichterstattung, welchen weiteren Erkenntnisgewinn Sie davon eigentlich erwarten. Das sind Momentaufnahmen, langfristige Trends kann man aus einer monatlichen Berichterstattung nicht erkennen, ganz abgesehen davon, dass es Vorschriften gibt, die einer von Ihnen vorgebrachten Forderung entgegenstehen. Wir sind nicht die einzigen Aktionäre der HSH Nordbank, das ist Ihnen bekannt, und eine bevorzugte Berichterstattung gegenüber einzelnen Aktionären ist schon allein nach dem Aktienrecht nicht zulässig, geschweige denn bei einem kapitalmarktorientierten Unternehmen nach dem Kapitalrecht.

Kommen wir zu den anderen Details aus Ihrem Antrag. Sie bezweifeln das Geschäftsmodell. Tatsa-

**(Andrea Rugbarth)**

che ist, dass das ursprüngliche Geschäftsmodell, Herr Hackbusch, nämlich die seinerzeit förmlich explodierenden Geschäfte mit strukturierten Wertpapieren unter Vernachlässigung realer Kredit- und Kundenbeziehungen zu norddeutschen Unternehmen das falsche Geschäftsmodell war.

(Beifall bei der SPD)

Das jetzige Geschäftsmodell ist erst seit Ende letzten Jahres Gewissheit, und nach einem Jahr kann man noch nicht erwarten, wenn man die Geschäftskunden im norddeutschen Raum vorher so sträflich vernachlässigt hat wie die HSH Nordbank das vor 2009 gemacht hat, dass innerhalb kürzester Zeit das Vertrauen der Kunden zur HSH Nordbank da ist. Da müssen wir ihnen schon noch ein kleines bisschen Zeit lassen. Das ist nachvollziehbar, und da hilft auch kein Monitoring durch das Parlament, den Senat oder wen auch immer.

Jede schlechte Meldung, und das muss man auch sagen, erschwert die Gewinnung von Neukunden und wirkt kontraproduktiv zur Stabilisierung der Bank, so wie Ihr Antrag kontraproduktiv wirkt. Eine Stabilisierung der Bank sollte in unser aller Interesse liegen; Sie haben darauf hingewiesen, dass sie uns gehört. Stattdessen versuchen Sie den Eindruck zu erwecken, dass der Vorstand überfordert sei und die HSH Nordbank mit Buchungstricks über Wasser hält. Das ist vielleicht eine sinnvolle Beurteilung der Arbeit des Vorstands, wenn man die HSH Nordbank mit den Augen der LINKEN betrachtet, die ohnehin niemals in Regierungsverantwortung wollten, sondern nur das Kritisieren im Programm haben.

(Dietrich Wersich CDU: Das haben die auch 40 Jahre erfolglos probiert!)

Die HSH Nordbank hat das Halbjahr mit einem positiven Konzernergebnis von 70 Millionen Euro abgeschlossen. Auch, wenn hierbei Einmaleffekte wie zum Beispiel der Rückkauf von Nachrangdarlehen eine Rolle spielen, ist das in Zeiten einer Wirtschaftskrise und Finanzkrise doch ein beachtliches Ergebnis und spricht dafür, dass der Vorstand verantwortungsbewusst handelt. Der Bank Buchungstricks vorzuwerfen, ist glatter Populismus, Herr Hackbusch. Wären Sie in der letzten Ausschusssitzung gewesen, dann wüssten Sie jetzt, dass es völlig legitim ist, Beteiligungen zu verkaufen und hybride Finanzinstrumente zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zurückzukaufen, und dann wüssten Sie auch, dass es nach dem Handelsgesetzbuch ebenso legitim ist, stille Reserven in offene Reserven umzuwandeln, die dann ebenfalls eigenkapitalstärkend verbucht werden. Das sind keine Tricks. Darüber hinaus unterliegt die HSH Nordbank wie jede andere Bank der Bankenaufsicht.

(Farid Müller GRÜNE: Die hat doch schon lange versagt!)

Mit dem Vorwurf von Buchungstricks wenden Sie sich auch gegen dieses Kontrollinstrument der Bankenaufsicht, ebenso wie Sie sich gegen die treuhänderische Arbeitsaufsicht der EU wenden.

Nun zu den Risiken, Herr Hackbusch. Im Allgemeinen weiß dieses Haus, welche Risiken bestehen. Das sind einmal die aus der Gewährträgerhaftung, die per Jahresende dann noch mit 32 Milliarden valutieren werden. Die würden aber nur in Anspruch genommen, wenn die Bank pleite wäre. Das ist sie definitiv nicht.

Sie haben des Weiteren angesprochen, dass die RWAs um 30 Prozent gewachsen seien. Logischerweise muss während einer Schifffahrtskrise jeder Kredit, der in der Schifffahrtsbank vergeben ist, steigen. Auf das andere gehe ich nicht ein.

(Dietrich Wersich CDU: Wir hätten es auch nicht verstanden, Frau Rugbarth!)

Auch bei der Sunrise sind bis jetzt nur 247 Millionen Euro insgesamt von einer Zweitverlustgarantie realisiert, die auf 7 Milliarden Euro ausgelegt ist. Die Erstverlust-Tranche muss die HSH Nordbank selbst tragen.

Wir werden summa summarum – ich bin ein bisschen knapp in der Zeit – Ihren Antrag ablehnen, ebenso eine Überweisung an den Ausschuss, weil wir über die heutige Debatte hinaus bereits bei jedem zweiten Termin des Ausschusses für Öffentliche Unternehmen die HSH Nordbank auf der Tagesordnung haben und Ihr Antrag keine weiterführenden Impulse über die bisher besprochenen Problemfelder hinaus bietet.

Noch ein Wort an die Fraktionen: Ein schwieriges weltwirtschaftliches Umfeld berechtigt nicht zu populistischer Panikmache.

(Beifall bei Arno Münster SPD)

Das Umfeld und nicht nur die Presse beobachten sehr genau, ob wir als Senat und Parlament hinter unserer Bank stehen. Ich fordere Sie auf, jederzeit mit den Erkenntnissen, die wir im Ausschuss gewonnen haben...

(Glocke)

– ich höre sofort auf –,

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Darum würde ich bitten, Frau Abgeordnete.

**Andrea Rugbarth** SPD (fortfahrend): ...unter Würdigung aller genannten Einflüsse verantwortungsbewusst umzugehen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Heintze.

**Roland Heintze** CDU:\* Ich kann die Intention von Herrn Hackbusch und von der LINKEN gut nachvollziehen, völlig egal, ob man im letzten Ausschuss für Öffentliche Unternehmen dabei war oder nicht. Auch die, die dabei waren, sind mit dem Gefühl hinausgegangen, was dieser Antrag eigentlich zu fassen versucht. Wir haben erstmals die Situation, dass ein Unternehmen sagt, wir sind nicht ganz sicher, ob das Geschäftsmodell funktioniert, weil es nicht so schnell funktioniert, wie es soll. Die Bad Bank macht zwar an dieser Stelle eine gute Arbeit, aber je länger sie arbeitet, desto mehr nähern wir uns den wirklichen Risiken. Und dass es beim Bodensatz irgendwann dazu kommt, dass das nicht mehr zu verkaufen ist, was dort noch liegt, lässt sich leicht erschließen, wenn man genau hinschaut. Wir kommen jetzt in eine Situation – und das ist auch die Intention, die dahintersteht –, wo es unkommod und unsicher wird und wir nicht wissen, was als Nächstes kommt.

Wir sehen den Antrag der LINKEN kritisch, weil wir bei der HSH Nordbank kein Reportingproblem mehr haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ein Unternehmen mit den Risiken so intensiv und inzwischen auch so offen und konstruktiv von einem Ausschuss begleitet wurde, wie es bei der HSH Nordbank derzeit getan wird. Daher glaube ich nicht, dass zusätzliche Reportings irgendetwas helfen, und ich glaube auch nicht, dass man mit einem Bankvorstand jeden Monat sein Geschäftsmodell neu diskutieren sollte, insbesondere, wenn man selbst Politiker ist und nicht Bankvorstand. Wichtig ist, dass das Parlament ein wachsames Auge darauf hat, dass das vereinbarte Reporting eingehalten wird. Wir sollten aber nicht damit anfangen, mit den Bankvorständen darüber zu diskutieren, was sie im letzten Monat schlecht gemacht haben. Das halten wir für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Es kann sein, dass wir im Reporting noch einiges justieren müssen. Deswegen würden wir den Antrag überweisen, würden ihn aber, wenn er hier abgestimmt wird, ablehnen.

Ich halte es für kritisch zu sagen, dass der Vorstand einen schlechten Job macht. Ich glaube das nicht, sondern ich glaube, dass der jetzige Vorstand schwierige Rahmenbedingungen hat. Langsam muss man sich fragen, ob es nicht doch die richtige Entscheidung gewesen wäre, zu restrukturieren und zu verkaufen. Vielleicht wäre es besser gewesen, 2011 mit der EU-Kommission nicht so nachzuverhandeln, dass wir am Ende des Tages sagen, dass das Geschäftsvolumen in dem Volumen reduziert wird, wie es jetzt passiert, um diese Bank irgendwie – wie, wissen wir auch gerade nicht – mit Steuergeldern zu retten. Man muss sich heute fragen, ob diese Entscheidung richtig war.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man nun aber zu dem Schluss kommt, dass diese Entscheidung falsch war, dann nützt es leider gerade nichts mehr. Der Senat sagt selber, dass es durch die 25 Prozent, die das Geschäftsvolumen weiter schrumpfte, extrem schwierig ist, in der Bank noch Ertrag zu generieren. Und wenn ich dann noch in den Bereichen schrumpfe, in denen die Kernbereiche und -kompetenzen der Bank liegen, nämlich bei der Schifffahrt...

(Arno Münster SPD: Schiffsfinanzierung, nicht Schifffahrt! Ich sage es noch mal: Schiffsfinanzierung!)

– Es nützt nichts, wenn Sie dazwischenreden bei einer Materie, von der Sie keine Ahnung haben. Ich habe Sie noch nie in diesem Ausschuss gesehen, und das Thema ist für Zwischenrufe dieser Art deutlich zu ernst. Das hat Ihre Fraktion erkannt und die Fraktion DIE LINKE, und wenn Sie es noch nicht erkannt haben, dann sollten Sie sich mit Ihren Haushaltspolitikern unterhalten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Herr Münster, auch wenn Ihre Fraktion keine Redezeit mehr hat, ist das kein Grund, hier permanent dazwischenzubrüllen. Herr Heintze, bitte fahren Sie fort.

(Arno Münster SPD: Es wird aber hier was Falsches erzählt!)

– Dann stellen Sie eine Zwischenfrage oder machen eine Zwischenbemerkung.

**Roland Heintze** CDU (fortfahrend): Um eine Zwischenfrage zu stellen, müsste man die Materie durchdrungen haben.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Stefanie von Berg und Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE)

Alle, die sich damit beschäftigen, wissen, dass das eine schwierige Materie ist. Deswegen glaube ich auch nicht, dass man den Vorstand in der jetzigen Form – frühere Vorstände konnte man, wie es DIE LINKE hier tut, kritisieren – kritisieren kann und sollte. Wir müssen weiterhin beim Thema Reporting wachsam sein und das weiter kritisch begleiten. Wir können noch mal gucken, ob man nachjustieren kann. Jetzt das Reporting umzuschmeißen, halte ich für schwierig. Deswegen werden wir das ablehnen. Wir können jetzt wachsam sein und dem Finanzsenator und dem Senat helfen, alles zu tun, was in dieser Zeit nötig ist, um nicht zu den 7,2 Milliarden Euro zu greifen. Das Eröffnen eines politischen Dialogs in der Stadt hilft dieser Bank momentan aber nicht, jetzt können wir nur kontrollieren und im richtigen Moment gegensteuern. Dafür brauchen wir kein neues Reporting, denn das Reporting, was wir haben, ist gut.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun hat das Wort Frau Hajduk.

**Anja Hajduk GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die letzte Berichterstattung der HSH Nordbank gibt Anlass zur Sorge. Insofern kann ich den sorgenvollen Aufschlag des Kollegen Hackbusch nachvollziehen. Wir befinden uns auch in einer anderen Situation als vielleicht in der Anfangszeit, nachdem die Rettungsaktion konstruiert wurde. Das jetzige Fahrwasser, in dem sich die Bank bewegt, auch vor dem Hintergrund der problematischen Entwicklung der Schifffahrtskrise, hat erhebliche Auswirkungen auf das Altgeschäft und das Neugeschäft. Aber ich muss auch deutlich feststellen, Herr Kollege Hackbusch, dass, gemessen an den Schwierigkeiten, die wir alle sehen und in unseren parlamentarischen Beratungen je nach Arbeitsteilung nachvollziehen, Ihr Vorschlag und was Sie mit diesem Antrag bezwecken, schlicht nicht zielführend und ausreichend ist und nicht im Verhältnis zu den Problemen steht, die von der Bank und in Kontrolle unsererseits gelöst werden müssen.

Ich kann das ganz konkret sagen. Die Bürgerschaft berät quartalsmäßig im eigens eingerichteten Ausschuss Öffentliche Unternehmen über die HSH Nordbank, und zwar sehr intensiv, und das müssen wir natürlich dort auch in vertraulicher Runde machen. Wir erhalten zwischenzeitlich, wenn nötig, Akteneinsicht und bekommen vertrauliche Unterlagen. Auch DIE LINKE hat die Einrichtung eines Ausschusses Öffentliche Unternehmen unterstützt, der genau diese Dinge und damit auch die HSH Nordbank intensiv beraten soll. Deswegen kann ich es nicht nachvollziehen, warum Sie in Ihrem Antrag auf eine monatliche Berichterstattung im Haushaltsausschuss drängen. Das ist nicht besser, sondern schlechter, und deswegen werden wir das ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Zu Punkt 2 in Ihrem Antrag, dass der Bürgerschaft noch vor Abschluss der Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt berichtet werden soll, welche Risiken sich ergeben, kann ich Ihnen nur sagen, dass wir verabredet haben, am 6. Dezember im Ausschuss Öffentliche Unternehmen über das dritte Quartal zu beraten. Wir beraten auch dank der Aktivitäten des Ausschussvorsitzenden immer sehr aktuell, nachdem die Zahlen vorliegen, um nicht nachzuklappen. Beteiligen Sie sich daran. Der 6. Dezember liegt vor Abschluss der bürgerschaftlichen Haushaltsberatungen. Dieser Punkt 2 ist also schon in Planung und Ihr Antrag an der Stelle schon erfüllt.

Was Sie hier beantragen, stößt eindeutig auf aktienrechtliche Grenzen, das hat die Kollegin Rugbarth dargelegt. Wir werden aber nicht von der

Verpflichtung enthoben, wie Herr Heintze sagt, unser Reportingsystem, unsere Kontrollfunktion und Begleitung als Abgeordnete intensiv wahrzunehmen. Dazu würde ich eher die Kollegen der LINKEN auffordern. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Ihr Antrag keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der von Ihnen selbst benannten Zielsetzung bedeuten würde. Die Lage ist ernst und wird auch durch die heutige Diskussion nicht leichter, aber wir nehmen sie auch ernst. So erlebe ich die Kollegen interfraktionell im Ausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:\*** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meinen ausdrücklichen Respekt für den Debattenbeitrag des Kollegen Hackbusch, der angesichts der gegenwärtigen Dramatik bei der Entwicklung der HSH Nordbank alles andere als populistisch, sondern ausgesprochen sachlich und auch angemessen war. Die FDP-Fraktion teilt die Sorgen, was die aktuelle Entwicklung betrifft. Die Entwicklung ist dramatisch, und wenn sie anhält, dann können sich für den Hamburger Haushalt daraus ebenso dramatische Auswirkungen ergeben. Daher ist das Mindeste, was wir hier beschließen können und müssen, eine Straffung der Berichtspflichten, und zwar auch im Hinblick auf den gegenwärtig in der Beratung befindlichen Haushalt. Dass dem aktienrechtlichen Vorschriften entgegenstehen, halte ich für eine schlichte Schutzbehauptung. Jeder Aktionär, jeder Anteilseigner hat ein Informationsrecht nach dem Aktiengesetz, und jeder Vorstand hat die Verpflichtung, Auskunftsbegehren von Gesellschaftern stets und jederzeit nachzukommen. Wir werden den vorliegenden Antrag daher unterstützen und dem Überweisungsbegehren zustimmen. Nicht weniger wichtig ist jedoch, dass die Stadt als Miteigentümer und als maßgeblicher Garantienehmer endlich eine aktive Beteiligungsstrategie entwickelt. Hiervon ist jedoch seit dem Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens vor gut einem Jahr nichts mehr zu merken. Die Stadt lässt die Beteiligung treiben und hofft auf Besserung.

(Farid Müller GRÜNE: Gibt es denn jemanden, der es kaufen will?)

Das ist angesichts der Risiken für die Stadt unverantwortlich, grob fahrlässig und spätestens seit der Veröffentlichung des Halbjahresberichts auch eine falsche Hoffnung.

Warum ist der Halbjahresbericht Q2 aus Sicht der FDP-Fraktion alarmierend? Erstens, das ist angesprochen worden, zeigt das Halbjahresergebnis einen dramatischen Gewinneinbruch. Und wenn

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

man das Ergebnis, Frau Rugbarth hat es angesprochen, um Einmaleffekte aus dem Verkauf von Beteiligungen sowie dem Rückkauf von Verbindlichkeiten bereinigt, so kehrt sich der im Halbjahresbericht ausgewiesene Gewinn von 70 Millionen Euro in einen Verlust von 350 Millionen Euro um.

Zweitens, dass der Vorstand der Bank seine bisherige Ergebnisprognose für das Jahr 2012 zurückgenommen hat und keine neue Prognose abgeben will, ist aus unserer Sicht ebenfalls ein deutlicher Warnhinweis. Ich halte es im Übrigen in der Nachbetrachtung für einen schwerwiegenden Fehler, dass die Bank die vom SoFFin garantierte 3-Milliarden-Anleihe im Jahr 2012 vollständig zurückgeführt hat. Das kann bei einer weiteren negativen Entwicklung der HSH Nordbank noch zu einem Bumerang für die Stadt werden. Ich frage mich, wo bei dieser Entscheidung die Einflussnahme der Vertreter der Stadt in der Hauptversammlung und im Aufsichtsrat der Bank war.

Drittens ist trotz der Kapitalerhöhung von 500 Millionen Euro aufgrund der EU-Beihilfe-Entscheidung und dem Forderungsverzicht des HSH-Finanzfonds auf Garantieprämien die Kernkapitalquote im ersten Halbjahr 2012, also innerhalb von nur sechs Monaten, um 0,3 Prozent gesunken. Das bedeutet, dass sie damit gerade noch 1 Prozent oberhalb des regulatorischen Mindestwertes und oberhalb der von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde vorgegebenen Kernkapitalquote von 9 Prozent liegt.

Viertens halte ich die Behauptung, dass die negative Entwicklung allein durch Wertberichtigung wegen der akuten Schiffahrtskrise betrieben wird, Frau Rugbarth, für durchaus fraglich, denn die Schiffahrtskrise findet nicht erst in den letzten sechs Monaten statt, sondern ist ein bereits lang andauerndes und lang bekanntes Phänomen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass sich in den Büchern der Bank weit mehr ausfallbedrohte Kredite befinden, als wir bislang angenommen haben.

Fünftens ist auch das reguläre Bankgeschäft nicht erfreulich verlaufen. Die Zins- und Provisionsüberschüsse sind unter Plan und unter den Vorjahreswerten geblieben. Mit anderen Worten: Das neue Geschäftsmodell der HSH Nordbank als Unternehmerbank des Mittelstandes hat bislang nicht gegriffen. Der Markt hat auf die HSH Nordbank nicht gewartet und dies war auch nicht anzunehmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Senat ist daher aufgefordert, eine aktive Beteiligungspolitik bei der HSH Nordbank zu betreiben. Schlicht auf bessere Zeiten zu hoffen und abzuwarten, reicht nicht aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch knapp zwei Minuten, das wird noch einigermaßen klappen können.

Es ist eine sehr ernste Angelegenheit und Auseinandersetzung, Frau Rugbarth, und deswegen haben wir diesen Schritt bewusst gemacht, um die öffentliche Debatte darüber zu führen. Wir sind der Meinung, dass es sehr problematisch ist, wie es damals gelaufen ist, dass man sagte, man bekomme im Geheimen bestimmte Informationen und dürfe damit eigentlich gar nicht an die Öffentlichkeit gehen. Das ist bei einem öffentlichen Unternehmen ein riesiges Problem. Wir sind damals überrascht worden, und dementsprechend halte ich es absolut für notwendig, eine öffentliche Debatte

(Jan Quast SPD: Das ist unmöglich!)

neben der sehr konkreten Auseinandersetzung in den geheimen Sitzungen des Ausschusses Öffentliche Unternehmen zu führen und das zu besprechen.

(Andrea Rugbarth SPD: Das hat er doch gerade getan!)

Wir können nicht mit irgendwelchen bösen Überraschungen kommen.

Das Zweite ist das Geschäftsmodell. Ich habe extra noch mal die Protokolle aus den Jahren 2008 und 2009 gelesen, um zu erfahren, wie das damals diskutiert wurde. Das Geschäftsmodell, das heute praktiziert wird, lief schon im Jahre 2009. Da wurde es in den wesentlichen Konturen im Ausschuss Öffentliche Unternehmen genauso dargestellt. Die EU hat es vor einem Jahr rechtssicher gemacht, aber das heißt, dass sie seit drei Jahren genau mit diesem Geschäftsmodell arbeiten. Nach drei Jahren ist eine kritische Würdigung eines solchen Geschäftsmodells absolut notwendig und wichtig. Ich möchte Sie davor warnen zu sagen, dass man diese Fragen nicht in der Öffentlichkeit debattieren müsse und dass jeder, der diese Fragen in der Öffentlichkeit debattiert, der Bank schade.

(Anja Hajduk GRÜNE: Das hat doch keiner gesagt!)

– Das hat Frau Rugbarth ausdrücklich gesagt.

Damit will ich Ihnen deutlich sagen, dass das unparlamentarisch ist und dass Ihnen das auf die Füße fallen wird. Es ist für uns absolut notwendig, über die Probleme und Schwierigkeiten dieser Bank zu sprechen, ohne Einzelheiten auszulauern, die Konkurrenten bevorteilen könnten. Das Parlament hat in den letzten vier, fünf Jahren gezeigt, dass es diese Differenzierung durchaus vor-

**(Norbert Hackbusch)**

nehmen kann. Wenn wir das nicht können, werden wir nicht in der Lage sein, ein solches Unternehmen demokratisch zu leiten. Demokratisch zu handeln ist das Wichtigste, auch für unsere eigene Glaubwürdigkeit. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Haushaltsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag in der Sache ab. Wer möchte ihn annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Wir kommen zu Punkt 4, den Drucksachen 20/5093, 20/5175 und 20/5176, Berichte des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:  
Eingaben**

**– Drs 20/5093 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:  
Eingaben**

**– Drs 20/5175 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:  
Eingaben**

**– Drs 20/5176 –]**

Ich beginne mit Bericht 20/5093.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 390/12 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich der Empfehlung zur Eingabe 295/12 an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Wer möchte schließlich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig.

Von den Ziffern 2 bis 4 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Bericht 20/5175. Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 406/12 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war wieder einstimmig.

Schließlich zum Bericht 20/5176. Wer folgt der Empfehlung, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 171/12 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

**Sammelübersicht\*\*\***

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von den unter A aufgeführten Drucksachen Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so erfolgt.

Wer stimmt den Verlangen auf Besprechung nach Paragraf 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter C zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 6, Drucksache 20/4949, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Situation Zentraler Notaufnahmen und Intensivmedizinischer Stationen in Hamburger Krankenhäusern und Kontrollen des Amtes für Arbeitsschutz.

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:  
Situation Zentraler Notaufnahmen und Intensiv-  
medizinischer Stationen in Hamburger Kran-  
kenhäusern und Kontrollen des Amtes für Ar-  
beitsschutz  
– Drs 20/4949 –]**

Die Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit so an den Gesundheitsausschuss überwiesen.

Wir kommen zu Punkt 17, Drucksache 20/5231, Unterrichtung durch die Präsidentin: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. Februar 2012, Bericht des Verkehrsausschusses zu den Drucksachen 20/1804: AKN wird S-Bahn, 20/1937: Elektrifizierung der AKN-Strecke sowie 20/1938: AKN wird S-Bahn.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. Februar 2012**

**"Bericht des Verkehrsausschusses zu den Drucksachen 20/1804: AKN wird S-Bahn, 20/1937: Elektrifizierung der AKN-Strecke sowie 20/1938: AKN wird S-Bahn – Drucksache 20/3246 –"**

**– Drs 20/5231 –]**

Die Fraktion der GRÜNEN möchte die Drucksache an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Begehren? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft im Übrigen Kenntnis genommen hat.

Punkt 20, Drucksache 20/5218, Bericht des Haushaltsausschusses.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/3181:**

**Gesetz zu den Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts sowie zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (Senatsantrag)**

**– Drs 20/5218 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zu den Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts und zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten aus Drucksache 20/3181 beschließen? – Wer möchte das nicht? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen werden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. – Widerspruch aus dem Hause sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen?

– Dann ist es auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 21a, Drucksache 20/5359, Bericht des Haushaltsausschusses: Errichtung eines InnovationCampus for Green Technologies in Hamburg-Harburg; Zustimmung zur Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts an Flächen im Eigentum der FHH.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/4848:**

**Errichtung eines InnovationCampus for Green Technologies in Hamburg-Harburg; Zustimmung zur Bestellung eines unentgeltlichen Erbbaurechts an Flächen im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg – Haushaltsplan 2011/2012 – (Senatsantrag)**

**– Drs 20/5359 –]**

Zunächst stelle ich fest, dass die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme erfolgt ist.

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer schließt sich Ziffer 3 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das ebenfalls einstimmig so beschlossen worden und der Senatsantrag in erster Lesung angenommen worden.

Zu den Ziffern 2 und 3 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. – Widerspruch aus dem Hause sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung zu Ziffer 2 des Senatsantrags gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch zum zweiten Mal einstimmig so erfolgt.

Wer will den soeben in erster Lesung zu Ziffer 3 gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig und die Ziffern 2 und 3 sind auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 23, Drucksache 20/5230, Bericht des Innenausschusses: Änderung des Gesetzes über die Hochschule der Polizei Hamburg.

**[Bericht des Innenausschusses über die Drucksache 20/4847:**

**(Präsidentin Carola Veit)****Änderung des Gesetzes über die Hochschule der Polizei Hamburg (Senatsantrag)  
– Drs 20/5230 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule der Polizei Hamburg aus Drucksache 20/4847 beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Da haben wir Glück, das ist der Fall. Es gibt keinen Widerspruch aus dem Hause.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 26, Drucksache 20/5251, Antrag der FDP-Fraktion: Ausweitung Positivnetz Lang-Lkw.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Ausweitung Positivnetz Lang-Lkw  
– Drs 20/5251 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte den FDP-Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

**Ende: 21.36 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Klaus-Peter Hesse, Carl-Edgar Jarchow, Wolfhard Ploog, Finn-Ole Ritter, Christiane Schneider, Urs Tabbert und André Trepoll

**Anlage****Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 26. September 2012

**A. Kenntnisnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
18	5232	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 24. November 2011 „Informationsrechte der Bürgerschaft bei Haushaltsberatungen sicherstellen – Drucksache 20/2142 –“
19	5270	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13./14. Juni 2012 „Überwachung des fließenden Verkehrs – echte Prävention statt bloßer Abzocke!“ – Drucksache 20/4313 –
21	5228	Bericht des Haushaltsausschusses

**B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
7	4966	Öffentliche Beschaffung in Hamburg – wirtschaftlich und fair, nachhaltig und innovationsfördernd?	SPD und GRÜNEN	Haushaltsausschuss
16	5177	Unterrichtung der Bürgerschaft über die im Jahr 2011 durchgeführten Maßnahmen akustischer Wohnraumüberwachung	Interfraktionell	Kontrollgremium nach Art. 13 (6) GG
29	5254	Wer soll das Udo Lindenberg-Museum in der Speicherstadt bezahlen?	SPD	Kulturausschuss

**C. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
10	4969	Situation der Zeitarbeit in Hamburg
11	4970	Perspektiven und finanzielle Planungen im Arbeitsmarkt- und Sozialbereich